

Anträge von grundsätzlicher Bedeutung (§ 17 (5) Satzung)

Antrag: L.1.

Antragsteller/innen: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1	Für ein solidarisches Europa der Millionen, gegen eine	
2	Europäische Union der Millionäre	
3	Einleitung	Seite 45
4	1. Gute Arbeit gerecht in Europa	Seite 48
5	Löhne rauf! Wir kämpfen für Löhne, die für ein gutes Leben reichen.	
6	Programm gegen Arbeitslosigkeit und für eine Zukunft für die Jugend	
7	Demokratie und Mitbestimmung in Arbeit und Unternehmen	
8	2. Soziale Absicherung für alle, Armut in Europa abschaffen	Seite 52
9	Die Rentensysteme sicher machen: Raus aus der Privatisierung und	
10	aus den Finanzmärkten	
11	3. Ein gutes Leben für alle in Europa statt Markt und Privatisierung	Seite 54
12	Gute Gesundheitsversorgung in ganz Europa	
13	Die Pflege-Ketten unterbrechen. Für gute Arbeit in der Pflege	
14	Keine Rendite mit der Miete - Wohnen muss bezahlbar sein	
15	4. Menschen vor Profite - der LINKE Plan für eine gerechte, soziale	
16	und ökologische Wirtschaft	Seite 57
17	Wir investieren in die Zukunft	
18	Industriepolitik von links	
19	Die Finanzmärkte in ihre Schranken weisen	
20	Gerecht geht anders: Mit Steuern steuern	
21	5. Klimaschutz kennt keine Grenzen.	
22	Für einen sozialen und ökologischen Neustart	Seite 63
23	Mit LINKS: Das Klima retten	
24	Mehr Mobilität mit weniger Verkehr	
25	Ressourcen schützen	
26	Für eine gerechte und ökologische Landwirtschaft	
27	Die Meere schützen, Überfischung stoppen	
28	Die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten	
29	Wirksamer Tierschutz	

30	6. Für Frieden in Europa und der Welt	Seite 69
31	Gegen die Militarisierung der EU: Abrüsten!	
32	Rüstungsexporte verbieten	
33	Konflikte friedlich lösen	
34	Eine gerechte Handelspolitik als Motor für eine friedliche Entwicklung	
35	LINKE Entwicklungspolitik. So geht gerecht	
36	Für eine solidarische Nachbarschaftspolitik	
37	7. Das Sterben beenden – Kontinent der Solidarität statt	
38	Festung Europa!	Seite 74
39	Die Menschlichkeit retten: Investitionen in Seenotrettung statt Frontex	
40	Eine soziale Offensive und gleiche Rechte für alle	
41	Gerechtigkeit globalisieren! Unser europäischer Plan zur Bekämpfung von Fluchtursachen	
42	8. Wirkliche Demokratie statt Lobby der Konzerne	Seite 78
43	Die Macht von Kommission und Räten brechen. Das europäische Parlament stärken	
44	Mehr direkte Demokratie, Volksabstimmungen und Referenden	
45	Eine Verfassung für Europa	
46	Grundrechte verteidigen und weiterentwickeln	
47	Den Sumpf trockenlegen: Lobbyisten der Großunternehmen zurückdrängen	
48	Keine Sonderklagerechte für Konzerne - Neoliberale Freihandelsabkommen stoppen	
49	Bürgerrechte 4.0 – Datenschutz garantieren	
50	9. Unteilbar: Gegen Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung –	
51	gleiche Rechte für alle	Seite 83
52	Dem Rassismus entgegentreten: gegen Rechtspopulismus und Neofaschismus in Europa	
53	Antimuslimischem Rassismus entgegentreten – gleiche Rechte für Muslime	
54	Antisemitismus entgegentreten	
55	Gleiche Rechte für Sinti und Roma	
56	»Wenn wir streiken, steht die Welt still«: LINKER Feminismus	
57	Sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung	
58	Für ein inklusives Europa	
59	10. Information, Bildung und Kultur: demokratisch	Seite 87
60	Freier Zugang zu Wissen und Informationen	
61	Cybersicherheit	
62	Bildung für ein anderes Europa	
63	Wissenschaft und Innovation für den sozial-ökologischen Umbau Europas	
64	Kulturelle Vielfalt in Europa	
65	11. Europa nicht den Rechten und den Neoliberalen überlassen	Seite 91

66 Für ein solidarisches Europa der Millionen, gegen eine Europäische 67 Union der Millionäre

68 Einleitung

69 Wir kämpfen für ein soziales Europa, für eine andere Europäische Union, in dem alle gut arbeiten und
70 leben können. In dem nicht die Ungleichheit wächst, sondern der Zusammenhalt. In dem alle vor
71 Armut geschützt sind. Ein Europa, in dem sich nicht die großen Unternehmen vor der Finanzierung des
72 Gemeinwohls drücken können, sondern sich alle an die Regeln einer solidarischen Gesellschaft halten.
73 In dem nicht mit den Schultern gezuckt wird, wenn an seinen Grenzen tausende Menschen ertrinken.
74 In dem Sicherheit nicht heißt: Wir rüsten auf. Für ein Europa, in dem Demokratie nicht dem Markt
75 untergeordnet wird, sondern die Menschen tatsächlich mitentscheiden, wie sie leben wollen und was
76 sie herstellen wollen. In dem unser Klima nicht den Profitinteressen einiger Wenigen geopfert wird und
77 wir mit den Lebensgrundlagen so umgehen, dass wir – und die Menschen überall auf der Welt – gut
78 und gesund leben können.

79 Die Europäische Union ist nicht so, wie wir sie wollen. Sie ist nicht mal so, wie sie selbst behauptet.
80 Weil in ihre Verträge Neoliberalismus und Profitstreben eingeschrieben sind. In denen Wettbewerb
81 über dem Bedarf der Bevölkerung steht, die Freiheit der Unternehmen über der Freiheit der Menschen
82 von Armut und Unsicherheit. Weil die EU seit der Wirtschaftskrise vor zehn Jahren nicht dazugelernt
83 hat, sondern noch neoliberaler und autoritärer geworden ist. Statt solidarisch die Krise zu bekämpfen,
84 wurden in den südeuropäischen Ländern Löhne gedrückt, Sozialleistungen gestrichen, öffentliche
85 Einrichtungen und Leistungen den Konzernen zum Fraß vorgeworfen. Banken und Konzerne sind
86 immer noch unzureichend reguliert. Zum Zeitpunkt der Europawahl wird Großbritannien die EU
87 voraussichtlich verlassen haben. Das gemeinsame Haus Europa ist im Fundament erschüttert. Soziale
88 Sicherheit für die Menschen wird als Hindernis für den Wettbewerb verstanden. Dagegen will DIE
89 LINKE einen Neustart der Europäischen Union. Gemeinsam mit anderen linken Parteien stehen wir für
90 einen grundlegenden Politikwechsel in der Europäischen Union. Wir wollen eine andere, eine bessere
91 EU. Die Europäische Union muss zu einer tatsächlich demokratischen, sozialen, ökologischen und
92 friedlichen Union werden. Die Vertragsgrundlagen der Europäischen Union sind dafür nicht geeignet.
93 Die Europäische Union braucht einen Neustart mit einer vollständigen Revision jener vertraglichen
94 Grundlagen, die militaristisch, undemokratisch und neoliberal sind. Wir setzen uns deshalb weiter für
95 eine Verfassung ein, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet wird und über die sie zeitgleich
96 in allen EU-Mitgliedstaaten in einem Referendum abstimmen können.

97 Neustart der EU heißt, die Prioritäten umkehren: Nicht die Freiheit des Marktes steht an erster Stelle,
98 sondern die Interessen der Mehrheit der Menschen. Statt dass Konkurrenz und Wettbewerb den
99 Stress erhöhen und die Löhne nach unten drücken, wollen wir gute Arbeitsbedingungen und Löhne,
100 von denen wir leben können. Statt sozialer Ausgrenzung brauchen wir einen garantierten Schutz aller
101 vor Armut. Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich wollen wir schließen. Wir akzeptieren nicht,
102 dass große Konzerne Milliardengewinne machen und kaum Steuern bezahlen, während die Armut
103 wächst und bei den Sozialausgaben gekürzt wird. Wir wissen: Der Wohlstand in der EU wird von
104 Steuerflüchtlingen bedroht, nicht von den Menschen, die vor den Folgen unserer Politik auf der Flucht
105 sind. Wir kämpfen für eine Wirtschaftspolitik, die den Menschen dient und nicht den Profiten einiger
106 Weniger. Wir wollen, dass die Jugend in Europa eine Zukunft hat und dass in Bildung, Erziehung,
107 Gesundheit und Soziales investiert wird. Wir wollen ein friedliches Europa. Statt Aufrüstung und dem
108 Aufbau einer Interventionsarmee wollen wir Abrüstung und Entspannungspolitik. Die Zerstörung des
109 Klimas und der Umwelt muss gestoppt werden. Wir wehren uns gegen eine Politik, die wesentliche
110 Bestandteile unseres Lebens, wie Wasser, Luft, intakte Umweltbedingungen, Gesundheit, allein den
111 Profitinteressen unterordnet. Europa muss beim Klimaschutz vorangehen.

112 Wir streiten für ein demokratisches und weltoffenes Europa, in dem für verschiedene Lebensentwürfe
113 und Kulturen Platz ist und Menschen in Not geholfen wird. Wir setzen den Rechten und den Neolibera-
114 len ein Europa der Solidarität, der Demokratie und sozialen Gerechtigkeit entgegen. Gegen den
115 autoritären Kapitalismus stehen wir für Demokratie, Freiheit und Humanität. DIE LINKE kämpft für ein

116 Europa, in dem die Menschen im Mittelpunkt stehen. Für eine Demokratie, in der wir unsere Stimme
117 nicht abgeben, sondern in der wir gemeinsam bestimmen, wie wir leben wollen. Sie wird uns nicht
118 geschenkt werden. Immer noch gilt: Er kämpft das Menschenrecht!

119 Viele werden sagen: das geht doch nicht. Aber wir wissen: Nichts muss so bleiben, wie es ist – wir
120 können Europa gemeinsam verändern. So, dass das Leben für alle Menschen besser wird. Dafür
121 brauchen wir: den Mut, uns mit den Mächtigen anzulegen. Mit den Konzernen, die ihre Steuern
122 hinterziehen, mit den Banken, die sich durch Tricks ihre Gewinne nochmal und nochmal von der
123 Steuer auszahlen lassen, mit der Wirtschaftslobby, die sich ihre Gesetze selbst schreibt, mit den
124 Rechten, die gegen Menschen mit anderer Herkunft, Religion oder Hautfarbe mobil machen, mit den
125 Neoliberalen, die Gelder für ein soziales Europa immer weiter kürzen und stattdessen auf Aufrüstung
126 und den Aufbau von mehr Militär setzen.

127 Niemand muss sich sagen lassen, es geht nicht anders. Wir haben Vorschläge, wie es besser, sozialer,
128 ökologischer, gerechter geht. Wir können Europa solidarisch machen. Eine gerechte Alternative muss
129 das stärken, was die Menschen verbindet. Sie muss das, was für alle da ist, sozial und öffentlich
130 organisieren. Statt Planung und Entscheidung dem Markt zu überlassen, muss was alle angeht, auch
131 von allen demokratisch entschieden werden. Wir müssen ändern, wie unsere Wirtschaft funktioniert,
132 müssen die Kommunen und die Menschen stärken. Wir wollen ein neues Wirtschafts- und Wohl-
133 standsmodell im Interesse der Mehrheit der Menschen durchsetzen, ein Europa der sozialen Garantien
134 statt Abstiegsangst, ein Europa ohne Armut und Niedriglöhne.

135 Wir kämpfen für soziale Mindeststandards, für gute Arbeit, eine armutsfeste Rente. Und wir sagen den
136 Konzernriesen den Kampf an: Niemand darf sich um gerechte Steuern drücken.

137 Wir lehnen Privatisierungen ab und wollen sie auch mit Volksabstimmungen rückgängig machen. Wir
138 wollen das Öffentliche stärken. Wir wollen, dass bezahlbarer Wohnraum für alle gesichert wird. Wir
139 wollen mehr bezahlbaren Wohnraum in der ganzen EU schaffen. Wir wollen, dass alle Menschen
140 Zugang zu guter Gesundheitsversorgung und die Beschäftigten in Pflege und Gesundheit gute
141 Arbeitsbedingungen haben. Wir wollen Gesundheit und Wohnen dem Markt entziehen und wieder am
142 gesellschaftlichen Bedarf orientieren. Wir haben einen LINKEN Plan, wie wir das Klima retten, der
143 sozial gerecht ist. Wir wollen die Energieversorgung in öffentliche und genossenschaftliche Hand
144 bringen und alle schmutzigen Energiequellen abschalten: wir wollen einen europaweiten Kohle- und
145 Atomausstieg. Die Europäische Atomgemeinschaft EURATOM, die bis heute die Atomenergie fördert,
146 muss aufgelöst werden.

147 Dass Aufträge für wirtschaftliche Unternehmungen in der ganzen EU ausgeschrieben werden müssen,
148 drückt auf Löhne und Qualität und macht es in vielen Fällen unmöglich, vor Ort zu planen und die
149 Bevölkerung in die Entscheidungen einzubeziehen. Wir wollen weg von kurzfristigen Finanzspekulatio-
150 nen und regionale, tragfähige, innovative und nachhaltige Strukturen aufbauen. Dazu brauchen wir ein
151 Programm für Investitionen, die solche regionalen Strukturen aufbauen.

152 Wir wollen Demokratie ausbauen und dafür sorgen, dass es etwas zu entscheiden gibt. Wir wollen,
153 dass das EU-Parlament ein wirkliches Parlament wird – gleichzeitig soll in der EU nur das entschieden
154 werden, was dort hingehört. Was in der Kommune gemacht wird, soll auch dort entschieden werden.
155 Waffen schaffen keinen Frieden! Die Planungen für den EU-Haushalt sehen vor, die Ausgaben für
156 regionale Förderung um etwa ein Fünftel zu kürzen – zugunsten von Aufrüstung und Grenzschutz. Es
157 werden Voraussetzungen geschaffen, dass eine eigene EU-Armee aufgebaut werden kann. Wir sagen
158 nein! Stattdessen legen wir ein Programm für Abrüstung und Entspannung vor.

159 Wir wollen das Sterben an den Grenzen beenden. Die EU macht sich bereit für einen Krieg gegen die
160 Armen und Geflüchteten der Welt. Die EU hat die europäischen Staaten nach außen nicht friedlicher
161 gemacht. Die Abschottung der Festung Europa wird mit immer brutaleren Mitteln durchgesetzt. Wir
162 sagen dagegen: Seenotrettung ist kein Verbrechen, sondern Pflicht, internationales Seerecht und
163 Selbstverständlichkeit. Wir streiten für solidarische Lösungen, die allen Menschen eine Zukunft
164 ermöglicht. Die denen, die neu in die Europäische Union kommen, das Recht auf die freie Wahl des
165 Aufenthalts und eine gleichberechtigte Teilhabe gibt und gleichzeitig die Kommunen, Länder und

166 Staaten bei der Integration und dem Aufbau einer guten sozialen Versorgung für alle Menschen
167 unterstützt.

168 So wie die Europäische Union ist, darf sie nicht bleiben.

169 Was steht auf der Verpackung der EU? Solidarität, Freiheit, Frieden, ein geeintes Europa. Das wäre
170 gut. Aber die EU ist so nicht. Freiheit gilt vor allem für Konzerne und Unternehmen: freier Kapitalver-
171 kehr, freier Fluss von Gütern und Dienstleistungen und Arbeitskräften. Diese Freiheiten haben
172 Verfassungsrang; die sozialen Rechte der Menschen in der EU haben das nicht. Die »Solidarität« der
173 neoliberalen Krisenbearbeitung hat viele Menschen in Armut und Verzweiflung gestürzt und einer
174 Generation von jungen Menschen die Zukunft gestohlen. Statt gleichwertige Lebensverhältnisse für
175 alle zu schaffen ist soziale Ungleichheit gewachsen. Gelder, die die Lebensbedingungen der Menschen
176 angleichen sollten, werden in großem Stil vom Sozialen in die Aufrüstung umgeschichtet, die
177 Mitgliedstaaten werden zur Aufrüstung verpflichtet.

178 Viele Menschen erleben die EU als fern von ihnen: Entscheidungen fallen, die sie nicht beeinflussen
179 können. Sie hören von der EU, wenn erklärt wird, warum Aufträge in der Kommune an billigere Firmen,
180 die jedoch soziale und ökologische Standards missachten, vergeben werden. Sie hören von ihr, wenn
181 zentrale Aufgaben der Gesellschaft an private Unternehmen und den Markt übergeben werden – und
182 dann schlechter werden. Regierungen der Mitgliedsländer, kommunale und regionale Entscheider,
183 drücken sich unter dem Deckmantel von EU-Beschlüssen vor einer sozialen Politik. Volksentscheide
184 sind in der EU nicht möglich, die Europäische Bürgerinitiative ist eine Farce. Nicht einmal das von allen
185 Wahlberechtigten in der EU gewählte Europäische Parlament kann selbst Gesetze einbringen, weil dies
186 dem Europäischen Rat als Vertreter der jeweiligen Regierungen der Mitgliedsländer vorbehalten ist.
187 Wir wollen dagegen die Stimmen der Menschen und ihres Parlamentes zur Geltung bringen.

188 Die EU ist in einer Krise. Gemeinsame Lösungen für alle Mitgliedstaaten zu finden, gelingt kaum noch.
189 Wie oft in der Geschichte soll Aufrüstung politische Einigung ersetzen. Großbritannien verlässt die EU,
190 in vielen Ländern wächst die extreme Rechte. Sie bedroht das Leben und die Sicherheit vieler
191 Menschen, sie rufen zum Kulturkampf und greifen nach der Macht in Europa. Doch ausgerechnet die
192 Parteien, die die Grundlage für den rechten Erfolg gelegt haben – die neoliberalen, konservativen
193 Parteien und die kraftlose Sozialdemokratie – wollen ihre gescheiterte Politik fortsetzen. Auf die
194 drängenden Probleme geben sie keine Antworten – oder die falschen. Dabei spielt Deutschland unter
195 Kanzlerin Merkel – trotz lautstarker Bekenntnisse zur EU, zum Euro und zu internationalen Abkommen
196 und Absprachen – selbst die Rolle eines Brandstifters statt einer Feuerwehr. Merkels gnadenlose
197 Verteidigung der deutschen Niedrigpreis- und Hochexportwirtschaft hat die wachsenden Spannungen
198 in der Eurozone wesentlich mit verursacht. Gegen die wachsende Ungleichheit braucht es Steuerge-
199 rechtigkeit und eine gerechte Digitalsteuer, die den Internetgiganten ihre Privilegien nimmt. Wir
200 müssen Privatisierung und Wettbewerb zurückdrängen und die Bedürfnisse der Menschen in der EU
201 höher bewerten als den Profit für die Unternehmen. Gegen die Klimabedrohung hilft nicht nur ein
202 bisschen grünerer Kapitalismus, wir müssen die Erhaltung von Natur und Umwelt über den Profit
203 stellen.

204 Wir überlassen Europa nicht den Rechten und nicht den Neoliberalen. Nicht Macron oder Merkel sind
205 die Alternative zum Ruck nach rechts. Der Rechtsruck ist Teil einer tiefen politischen Krise und auch
206 ein Ergebnis der neoliberalen Politik. Erfolg im Kampf gegen rechts kann es nur geben, wenn wir die
207 Grundlagen ändern, von denen die extreme Rechte zehrt: die unsoziale Politik von Wettbewerbsfähig-
208 keit, Schuldenbremse, Privatisierung und die Aushöhlung der Demokratie, die die Bundesregierung
209 vorangetrieben hat. Wir stehen vor einer Weichenstellung: Neustart der Europäischen Union oder eine
210 autoritäre Entwicklung, die Sozialstaat, Demokratie und Frieden bedroht. Die Macht der Superreichen
211 und der Konzerne wird immer mehr zur Gefahr für die Demokratie. Die Zeit drängt. Kleine Korrekturen
212 hier und da reichen nicht. Wir wollen die linke europäische Idee von sozialer Gerechtigkeit, Humanis-
213 mus und internationaler Solidarität vor ihrer Zerstörung durch die neoliberale Politik der EU bewahren.

214 Die Vorstellung eines geeinten Europas beflügelt die Wünsche und Träume vieler Menschen. Auch von
215 uns. Denn es gibt ein anderes Europa: das Europa der vielen Menschen, die gegen die Privatisierung
216 des Wassers knapp zwei Millionen Unterschriften gesammelt haben und so erreicht haben, dass die

217 Wasserversorgung in öffentlicher Hand bleibt – sie wissen, dass der Markt keine gleichwertigen
218 Lebensverhältnisse schafft. Das Europa der Beschäftigten von RyanAir und Amazon, die über die
219 Grenzen hinweg einen gemeinsamen Kampf geführt haben für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen
220 und für Würde und Respekt – sie zeigen, was Solidarität ist. Das Europa der vielen Menschen, die
221 gegen die unsoziale Austeritätspolitik, gegen Sozialabbau und Lohnkürzungen zusammen mit ihren
222 Gewerkschaften streiken und demonstrieren. Das Europa der Millionen Menschen, die sich gegen die
223 Privatisierung von öffentlichem Eigentum eingesetzt haben und die für wirklichen Klimaschutz streiten.
224 Unzählige, die nicht nur in Deutschland gegen rechte Hetze und Rassismus auf die Straße gehen. Der
225 vielen die an der Seite der Geflüchteten gegen Abschottung und für legale und sichere Fluchtwege
226 demonstrieren. Das Europa der Frauen, die aufgestanden sind und für ihre Rechte kämpfen, sie
227 wissen, was Freiheit ist. Das Europa der Menschen, die sich Rüstungsexporten und Kriegseinsätzen in
228 den Weg stellen – sie wissen, Waffen schaffen keinen Frieden.

229 Viele bewegen sich. Sie sind die Hoffnung. Zusammen sind wir die Zukunft. Zeigen wir das.

230 1. Gute Arbeit: gerecht in Europa

231 Millionen Menschen in Europa wünschen sich gute Arbeit, von der sie gut leben können. Aber die
232 Politik der EU folgt nicht den Interessen der Mehrheit der Beschäftigten, sondern denen einer
233 Minderheit von Konzerneigentümern, Superreichen und Finanzinvestoren. Während die Profite der 265
234 größten, börsennotierten Unternehmen aus Europa um 21 Prozent gewachsen sind, haben es
235 Millionen Menschen in Europa schwer, mit ihrem Lohn über die Runden zu kommen. Das ist die Folge
236 der Politik der deutschen Regierung, die Folge von einem zu niedrigen Mindestlohn, von – politisch
237 absichtlich – geschwächten Tarifverträgen, von einem staatlich aufgeblasenen Niedriglohnsektor. DIE
238 LINKE streitet in Deutschland und Europa für höhere Löhne und gute Arbeit!

239 Jeff Bezos, der Besitzer von Amazon, ist der reichste Mann der Welt. Seine Beschäftigten kämpfen an
240 vielen Standorten in Europa für die einfachsten Dinge: aufs Klo gehen dürfen, von einer Gewerkschaft
241 vertreten zu werden, genug zu verdienen, um davon leben zu können. In den USA haben die Beschäf-
242 tigten bei Amazon erfolgreich für einen Stundenlohn von mindestens 15 Dollar gekämpft. Auch in
243 Deutschland und Europa gilt: Niemand, der für den reichsten Mann der Welt arbeitet, sollte den Lohn
244 mit Hartz IV aufstocken oder einen zweiten Job annehmen müssen! Konzerne wie Ryanair und Amazon
245 haben Lohndumping und Niedriglöhne zum Geschäftsmodell erhoben. Dagegen wehren sich die
246 Beschäftigten mit Streiks – mittlerweile Grenzen überschreitend. Wir stehen an der Seite der
247 Beschäftigten und der Gewerkschaften. Wenn wir gemeinsam durchsetzen, dass auch die Großkon-
248 zerne soziale Verantwortung tragen, können wir die EU im Interesse aller Beschäftigten, im Interesse
249 der Mehrheit, verändern.

250 In Österreich wurde von der konservativ-rechten Regierung der 12-Stunden-Tag eingeführt. Auch in
251 Deutschland arbeiten viele Menschen immer länger, um über die Runden zu kommen. Gleichzeitig
252 finden Millionen Menschen keine Arbeit oder nur Minijobs. Viele Frauen landen in prekärer Teilzeit, die
253 am Ende zu Altersarmut führen kann – entweder, weil sie keine anderen Verträge bekommen oder
254 weil sie sich um Kinder und pflegebedürftige Menschen kümmern. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in
255 Süd- und Osteuropa und befristete Jobs auch hierzulande verhindern, dass sich junge Menschen eine
256 Zukunft aufbauen können. Noch immer verdienen Frauen in der EU im Schnitt 16,1 Prozent weniger
257 als Männer. Viele Frauen arbeiten zu Niedriglöhnen und in Bereichen, in denen keine Tarifverträge
258 gelten. Die Arbeit mit den Menschen in der Pflege, Gesundheitsversorgung, Bildung und sozialen
259 Arbeit wird immer noch viel zu schlecht bezahlt.

260 Die EU will die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit steigern, den EU-Binnenmarkt für die Unterneh-
261 men weiter öffnen und die Arbeitsmärkte weiter flexibilisieren. Wettbewerb und die Freiheit der
262 Unternehmen dürfen jedoch nicht über den Schutzrechten für die Beschäftigten und den sozialen
263 Rechten der Menschen stehen. Statt gute Arbeit für alle in der EU zu schaffen, wird der Kampf um die
264 besten Köpfe geführt. Was »Flexicurity« genannt wird, zielt darauf, Tarif- und Sozialstandards
265 abzusenken. So wie die EU aufgestellt ist – und so wie die Bundesregierung in der EU Politik macht –
266 kommt dabei raus: Niedriglöhne, prekäre Arbeit und Dauerstress.

267 Dem setzen wir entgegen: Gute Arbeit muss für alle Beschäftigten normal werden. Dafür schaffen wir
268 klare Standards, die von niemandem und nirgendwo unterlaufen werden dürfen:

269 Wir wollen unbefristete und sozial abgesicherte Arbeit. Arbeit mit Zukunftsperspektiven statt prekäre
270 Jobs. Wir wollen Arbeitszeiten, die zum Leben passen statt Dauerstress, prekärer Teilzeit und Minijobs.

271 Löhne rauf! Wir kämpfen für Löhne, die für ein gutes Leben reichen

272 Die Löhne in Deutschland sind gemessen an der hohen Produktivität der Arbeit viel zu gering.
273 Millionen Beschäftigte leben unter schlechteren Lebensbedingungen als es wirtschaftlich möglich und
274 sinnvoll wäre. Denn die zu niedrigen Löhne und zu hohen Exporte der deutschen Konzerne sorgen
275 dafür, dass die Wirtschaft in den anderen EU-Ländern nieder konkurriert wird. Es ist eine Spirale nach
276 unten: Deutsche Exporte machen Druck auf die Löhne in der EU und dann wird den Beschäftigten in
277 Deutschland gesagt, dass sie die Standards senken müssen, um konkurrenzfähig zu sein. Wir brechen
278 mit der Spirale nach unten! Wir brauchen gemeinsame Standards. Viele Menschen haben zu Recht
279 Angst, dass gemeinsame Standards bedeuten, dass sie schlechter gestellt werden. Wir wollen das
280 Gegenteil. Gemeinsame Standards muss heißen: Von den Errungenschaften der jeweiligen Länder aus
281 geht es nur nach oben. Eine Angleichung nach unten muss ausgeschlossen sein. In vielen europäi-
282 schen Ländern konnte mit Mindestlöhnen eine untere Grenze für die Löhne gezogen werden. Aber
283 viele dieser Mindestlöhne sind keine existenzsichernden Löhne, sondern weiter Armutslöhne – auch
284 der Mindestlohn in Deutschland gehört dazu. Tarifverträge und Gewerkschaften werden durch
285 Maßgaben der EU geschwächt. Nur noch eine Minderheit von Beschäftigten in Europa ist durch
286 Tarifverträge geschützt. Dazu drückt die Niedriglohnpolitik der Bundesregierung auf die Beschäftigten
287 anderer Länder und hat Lohndumping auch dort als Ergebnis.

288 Ein Weg zu höheren Löhnen für alle ist:

- 289 – Mindestlöhne zu schaffen, die zum Leben und für eine armutsfeste Rente reichen. Davon sind wir
290 in vielen Ländern in der EU weit entfernt – auch in Deutschland.
- 291 – Eine solidarische Lohnpolitik in Europa, die in allen Mitgliedstaaten die Spielräume der Produktivi-
292 tät nutzt und so die Umverteilung von den Beschäftigten zu den Unternehmen stoppt. Das würde
293 für Deutschland bedeuten, dass die Löhne sofort steigen – und damit der Lebensstandard von
294 allen.

295 Wir treten für eine verbindliche europäische Mindestlohnregelung ein: Alle EU-Staaten werden dazu
296 verpflichtet, existenzsichernde Mindestlöhne einzuführen. Dafür müssen sie oberhalb von 60 Prozent
297 der mittleren Verdienste in den jeweiligen Ländern liegen. Für Deutschland heißt das heute: 12 Euro
298 Mindestlohn, ohne Ausnahmen. Statt Frontex und die Festung Europa auszubauen, brauchen wir
299 wirksame Kontrollen für den Mindestlohn, die von den Gemüsefeldern in Griechenland und Spanien
300 bis zu Schlachthöfen, Bauwirtschaft und Landwirtschaft in ganz Europa reicht.

- 301 – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort: Lohndumping durch Leiharbeit, Werkverträge und
302 Auslagerungen stoppen! Für Subunternehmen und für einzelne Branchen dürfen keine Ausnahmen
303 gemacht werden.

304 Es ist ein Erfolg der Gewerkschaften und der linken Parteien, dass die Entsenderichtlinie ausgeweitet
305 wurde. Jetzt müssen die letzten Ausnahmen fallen – gerade im Transportsektor! Und: Wo keine
306 Tarifverträge abgeschlossen sind, ist nur der Mindestlohn die Orientierung und drückt damit die
307 Löhne. Lohndumping können wir nur unterbinden, wenn wir die Tarifverträge wieder ausweiten.

- 308 – Die Umsetzung der Entsenderichtlinie muss konsequent kontrolliert und durchgesetzt werden.
- 309 – Die Troika hat in die Tarifautonomie verschiedener Länder eingegriffen, damit das Lohnniveau
310 gesenkt und den Wettbewerb nach unten in der ganzen EU verschärft. Wir wollen die Mitglieds-
311 staaten verpflichten, flächendeckende Tarifverträge statt Tariffucht zu fördern. Wenn die Tarifbin-
312 dung abnimmt, müssen die Mitgliedstaaten Gegenmaßnahmen ergreifen. In Deutschland wollen wir
313 durchsetzen, dass Tarifverträge auf Antrag der Gewerkschaften für allgemeinverbindlich erklärt

314 werden können. Damit wollen wir die Tarifbindung stärken und dazu beitragen, dass alle Beschäf-
315 tigten durch flächendeckende und verbindliche Tarifverträge vor Lohndumping geschützt werden.

316 – Das neue EU-Vergaberecht bietet mehr Spielräume, in Bund, Ländern und Kommunen eigene
317 Kriterien für Vergaben festzulegen. Wir wollen als Kriterien festlegen: Wer ökologisch verträglich
318 regional und wirtschaftet und Tarifverträge einhält, bekommt den Zuschlag. Kommunen
319 und Ländern dürfen nur Unternehmen zur Ausschreibung von öffentlichen Aufträgen zulassen, die
320 unter Tarifverträge fallen und in Deutschland einen Vergabe-Mindestlohn von 12 Euro in der Stun-
321 de einhalten.

322 – Solidarität kennt keine Grenzen: Der Kampf der Beschäftigten von RyanAir an unterschiedlichen
323 Standorten hat deutlich gemacht: Die Unternehmen nutzen alle Möglichkeiten, um Löhne zu drü-
324 cken und Standards zu senken. RyanAir hat dabei gegen die Entsenderichtlinie verstoßen. Die
325 Gegenwehr der Beschäftigten kann und muss über die Grenzen reichen. Wir wollen die Möglichkei-
326 ten grenzüberschreitender Kämpfe und Streikaktivitäten verbessern. Wirkliche Freiheitsrechte
327 erfordern einen Schutzrahmen für die Beschäftigten.

328 In vielen europäischen Ländern werden mit Verweis auf niedrigere Lebenshaltungskosten niedrigere
329 Löhne gerechtfertigt. Das Preisniveau für die Bevölkerung ist aber oft ähnlich dem deutschen. Das ist
330 ein Problem für die Beschäftigten dort wie hier – und es steht dem Ziel der gleichen Lebensbedingun-
331 gen in der EU entgegen. Wir wollen die Voraussetzungen für grenzüberschreitende Solidarität und
332 Kooperation der Belegschaften und Gewerkschaften verbessern.

333 – Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit: Wir wollen, dass in den EU-Staaten Arbeit im öffentlichen
334 und privaten Dienstleistungssektor, in körperlich belastenden Berufen und in der Landwirtschaft
335 besser entlohnt wird.

336 Ein gemeinsamer europäischer Arbeitsmarkt – u.a. Arbeit von Erwerbstätigen im Ausland und die
337 grenzüberschreitende Entsendung von Arbeitskräften – braucht gemeinsame Regeln, die sich am
338 Interesse der Beschäftigten nicht der Konzerneigentümer orientieren. Um Lohn- und Sozialdumping zu
339 überwinden und den Standort- und Konkurrenzdruck zu verringern, wollen wir gemeinsame Mindest-
340 standards und starke, einklagbare Rechte für die Beschäftigten durchsetzen – auch bei grenzüber-
341 schreitender Arbeit. Während z. B. in Deutschland viele Beschäftigte nur Minijobs, Werkverträge oder
342 Verträge mit zu wenig Stunden erhalten, gilt in Frankreich eine Mindeststundenzahl von 24 Stunden
343 pro Woche für Arbeitsverträge – als Recht der Beschäftigten.

344 Wir wollen ein Neues Normalarbeitsverhältnis in der EU durchsetzen. Arbeit muss für alle Beschäftig-
345 ten sicher und unbefristet, tariflich bezahlt, sozial abgesichert und demokratisch mitgestaltet sein.
346 Das gilt, egal ob die Arbeit mit Laptop oder Wischmopp, im Pflegekittel oder Blaumann geleistet wird.
347 Niemand darf dazu gezwungen werden, die Heimat zu verlassen, weil er oder sie keine Arbeit finden
348 oder der Lohn nicht zum Leben reicht. Alle erhalten gleiche Rechte und eine starke Absicherung für
349 grenzüberschreitendes Arbeiten.

350 – Wir wollen prekäre Arbeit zurückdrängen: Wenn ein Mitgliedstaat einen zu hohen Anteil an
351 Beschäftigten in unfreiwilliger Teilzeit, Leiharbeit, sachgrundloser Befristung oder im Niedriglohn
352 hat, wird er verpflichtet, Regulierungen einzuziehen und gute Arbeit zu fördern.

353 – Befristete Beschäftigung ohne Sachgrund abschaffen: In ganz Europa drücken befristete
354 Arbeitsverträge auf die Löhne und erschweren gewerkschaftliche Organisation und gewerkschaft-
355 liche Kämpfe. Wenn die Quote der befristeten Arbeitsverträge über fünf Prozent steigt, müssen die
356 Mitgliedstaaten Gegenmaßnahmen einleiten. Dabei kommt dem Öffentlichen Dienst eine wichtige
357 Vorbildfunktion zu!

358 – Wir wollen Leiharbeit abschaffen. In der EU gilt: gleicher Lohn für Beschäftigte in Leiharbeit und
359 Festanstellung. Deutschland unterläuft diese Richtlinie. Wir wollen die Öffnungsklauseln für Leihar-
360 arbeit ausschließen. Bis dahin müssen sich Unternehmen die Flexibilität mit 10 Prozent zusätzlichem
361 Lohn über Tarif für Leiharbeitende leisten.

362 – Digitalisierung nicht auf dem Rücken der Beschäftigten: Wir brauchen Regulierung von Plattform-
363 arbeit, die der digitalen Prekarität etwas entgegengesetzt. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten

364 von Deliveroo und anderen Lieferdiensten, die an verschiedenen Orten in Europa um gute Löhne,
365 Arbeitsverträge, Gesundheitsschutz und gewerkschaftliche Vertretung kämpfen. Die Definition von
366 »Arbeitnehmer« und »Betrieb« muss in Zeiten des digitalen Kapitalismus angepasst und europaweit
367 einheitlich gefasst werden. Für Plattformen, Arbeit in der Cloud oder Crowd und für alle anderen
368 neuen Formen von Betrieben müssen die gleichen Arbeitsstandards und Schutzrechte wie in her-
369 kömmlichen Betrieben gelten. Dazu muss ein EU-Rahmen zum Thema Crowdfunding geschaffen
370 werden, damit Mindestlöhne, Arbeitszeitregulierung, Sozialversicherung, Rentenversicherung,
371 Besteuerung etc. weder ausgehöhlt noch umgangen werden können.

- 372 – Die EU wird mit uns das Recht auf Bildung und Ausbildung sichern und mit EU-Mitteln fördern.
- 373 – In der EU gibt es zu viele Behörden, die im Interesse von Konzernen arbeiten und zu wenige, die
374 Rechte der Beschäftigten schützen. Die Europäische Arbeitsbehörde wollen wir stärken: Sie
375 braucht Initiativ- und Sanktionsrechte bei Verstößen gegen Beschäftigten-Rechte, Regeln und
376 Gesetze. Auch die nationalen Kontrollinstanzen wollen wir stärken.

377 Wir wollen Arbeitszeiten, die zum Leben passen. Arbeit darf nicht krank machen. Wir stoppen
378 Dauerstress und den Überstundenberg. In allen EU-Ländern muss eine wöchentliche Höchstarbeitszeit
379 von 40 Stunden eine Grenze sein. Jede Arbeitszeit muss dokumentiert und bezahlt werden. Das wollen
380 wir mit der Arbeitszeitrichtlinie festsetzen. Wir wollen ein Veto-Recht der Beschäftigten gegen
381 Dauerstress. Statt Überstunden und Überlastung der Beschäftigten als gegeben hinzunehmen
382 schaffen wir einen Mechanismus »mehr Personal statt Überstunden«: Indem wir eine verbindliche
383 Grenze für Überstunden einführen und die Mitbestimmung bei Personalbemessung und Arbeitsorgani-
384 sation verbessern.

385 Mit dem Neuen Normalarbeitsverhältnis können die Beschäftigten die Arbeitszeit selbstbestimmter
386 gestalten, mit Arbeitszeiten zwischen 22 und 35 Stunden pro Woche. Alle Beschäftigten erhalten das
387 Recht auf 22 Stunden/Woche in ihrem Arbeitsvertrag. Das ermöglicht Frauen und Männer, gleichbe-
388 rechtigt am Erwerbsleben teilzunehmen und Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeiten zu gleichen Teilen
389 zu schultern. Und es schafft Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven für junge Menschen!

390 Programm gegen Arbeitslosigkeit und für eine Zukunft für die Jugend

391 15 Prozent der jungen Menschen in der EU sind erwerbslos. In Griechenland, Spanien und Italien sind
392 es zwischen 30 und 40 Prozent. Eine ganze Generation wird um ihre Zukunft betrogen. Viele sind
393 gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und nach Möglichkeiten in anderen EU-Ländern zu suchen. Die
394 EU hat in der Bewältigung der Krise versagt. Alle Parteien sprechen davon, wie sie Jugendarbeitslosig-
395 keit bekämpfen wollen, aber die »Jugendgarantie« der EU ist wirkungslos: sie ist kraftlos und zu niedrig
396 geplant. Wir wollen eine Offensive gegen Jugendarbeitslosigkeit.

397 Für viele stellen prekäre Arbeitsbedingungen und schlechte Löhne den »normalen« Einstieg in die
398 Berufstätigkeit dar. Unsere Normalität sieht anders aus! Wir wollen gute Arbeit für junge Menschen,
399 mit der sie ihre Zukunft planen können.

400 Wir streiten dafür, ein Beschäftigungsziel für die EU gesetzlich festzuschreiben: Unser Beschäftigungs-
401 ziel ist Vollbeschäftigung. Dieses Beschäftigungsziel wollen wir auch als Leitlinie für die Europäische
402 Zentralbank festschreiben.

- 403 – Die Mittel für die Jugendgarantie müssen erhöht werden.
- 404 – Dafür wollen wir in Bildung und Weiterbildung investieren, sozial und ökologisch sinnvolle Innovati-
405 onen fördern und öffentliche Beschäftigung stärken.
- 406 – Ab fünf Prozent Erwerbslosenquote werden Mitgliedstaaten verpflichtet, ein öffentliches Beschäfti-
407 gungsprogramm und Schritte für Arbeitszeitverkürzung einzuleiten. Unsere Perspektive für ein
408 Europa ohne Armut und Arbeitslosigkeit ist: Arbeit gerecht verteilen, Arbeitszeitverkürzung mit
409 Lohn- und Personalausgleich durchsetzen.

410 Wir wollen die wirtschaftlichen Perspektiven der Menschen vor Ort stärken. Wir investieren in
411 öffentlichen Dienstleistungen, wir stärken die wirtschaftliche Eigentätigkeit der Kommunen im
412 sozialen Wohnungsbau, wir schaffen Bildung und Arbeit in der Bildung.

413 Mit Arbeitszeiten rund um die 30-Stunden-Woche kann Erwerbslosigkeit überwunden werden.
414 Reichtum und Zeit werden gerecht verteilt: eine sozial und ökologisch sinnvolle Perspektive für ein
415 besseres Leben.

416 Demokratie und Mitbestimmung in Arbeit und Unternehmen

417 In der EU ist es um die Demokratie nicht gut bestellt. Wir wollen die Mitbestimmung der Menschen auf
418 allen Ebenen stärken: in den Parlamenten, in Bund und Ländern, in den Regionen und Kommunen.
419 Demokratie darf nicht an den Toren der Unternehmen enden: Wir wollen Mitbestimmung der
420 Beschäftigten stärken. Gewerkschaften und Betriebsräte sollen in regionalen Gremien über Einsatz
421 von Investitionsmitteln mitentscheiden. Und wir wollen kollektive Unternehmen – Belegschaftsbetrie-
422 be, Genossenschaften und öffentliche Unternehmen – stärken.

- 423 – In fast der Hälfte der EU-Mitgliedsstaaten gibt es keine Mitbestimmung. Deshalb haben wir eine
424 Initiative für mehr Mitbestimmung in den Unternehmen gestartet. Wir wollen, dass für die EU
425 Mindeststandards zur Beteiligung der Beschäftigten festgelegt werden. Schlupflöcher müssen
426 geschlossen werden: Unternehmen dürfen sich nicht aus den deutschen Regeln der Mitbestim-
427 mung schleichen, indem sie den Unternehmenssitz in ein mitbestimmungsfreies Land verlegen
428 oder eine europäische Aktiengesellschaft (SE) gründen.
- 429 – Wir wollen europäische Betriebsräte stärken. Die Beschäftigten müssen das Recht haben,
430 Beschäftigtenvertretungen zu wählen, die im Aufsichtsrat sitzen. Wir schlagen eine europäische
431 Arbeiterkammer vor, die im Sinne der Beschäftigten in Europa deren soziale, wirtschaftliche und
432 berufliche Belange vertritt.
- 433 – Unternehmen, die Profite machen, dürfen keine Massenentlassungen durchführen und Arbeitsplät-
434 ze vernichten.
- 435 – Bei Standortverlagerungen haben die Gewerkschaften ein Veto-Recht.
- 436 – Unternehmen, die Fördermittel, Steuererleichterungen oder andere Anreize von EU, Bund, Land
437 oder Kommune für die Ansiedlung erhalten haben, dürfen ihre Standorte nur verlagern, wenn für
438 Steuererleichterungen und Fördermittel Ersatz geleistet haben.
- 439 – Die Europäische Menschenrechtskonvention garantiert ein Streikrecht auch für den Großteil der
440 Beamten und erlaubt Streiks für Ziele außerhalb der Tarifverhandlungen. In Deutschland ist beides
441 verboten – Deutschland wurde dafür von der EU gerügt. Wir streiten für ein Recht auf europaweit-
442 en politischen Streik und eine Weiterentwicklung des Streikrechts: Solidaritätsstreiks in transnati-
443 onalen Unternehmen müssen möglich sein.

444 2. Soziale Absicherung für alle, Armut in Europa abschaffen

445 Für alle Menschen in der EU muss gelten: die Grundbedürfnisse – Wohnen, Gesundheit, Schutz vor
446 Armut – und sozialen Menschenrechte werden gesichert. Der Vorrang für Markt und Wettbewerb in
447 Gesundheit und Wohnen haben den Alltag vieler Menschen verschlechtert. Die »Krisenbewältigung«
448 der EU hat mit den Auflagen und »Reformen« Millionen Menschen in die Krise gestürzt. Was als
449 »Strukturanpassung« bezeichnet wird, bedeutet für die Menschen zunehmende Verarmung und
450 Ausgrenzung zugunsten der Profite der Unternehmen.

451 Alle EU-Staaten müssen verpflichtet werden, allen Menschen ein Leben ohne Armut zu ermöglichen.
452 Das gilt für Erwachsene wie für Kinder und Jugendliche – unabhängig von Herkunft oder Nationalität.
453 Dazu gehört eine sanktionsfreie Mindestsicherung für Menschen, die keine Erwerbsarbeit haben oder
454 ausüben können. Sie muss oberhalb der Armutsrisikogrenze des jeweiligen Landes liegen.

455 Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten sind unterschiedlich. Es ist nicht notwendig, sie zu vereinheitli-
456 chen. Einheitlich muss sein: das Recht auf ein Leben frei von Armut.

457 Dafür braucht es:

- 458 – Einen Rettungsschirm für die Beschäftigten statt für die Banken: Wenn in Krisen die Erwerbslosigkeit stark ansteigt, muss die soziale Absicherung für Betroffene europaweit garantiert werden.
- 459 – Europäische Arbeitslosenversicherung: Wir wollen, dass in der EU ein Solidar-Fonds eingerichtet
- 460 wird, aus dem im Krisenfall die Sozial- und Arbeitslosensysteme eines Krisenlandes gestützt werden.
- 461 Für diesen Fonds muss gelten: Superreiche und Konzerne des betroffenen Landes werden
- 462 durch Sonderabgaben an den Kosten gerecht beteiligt. Der Solidar-Fonds entlässt die Mitgliedstaaten
- 463 nicht aus der Pflicht, gute Arbeit und gute Ausbildung zu schaffen, den Schutz vor prekärer
- 464 Beschäftigung zu garantieren und eine existenzsichernde Erwerbslosenabsicherung und -
- 465 vermittlung sicherzustellen.
- 466 – Versicherungsleistungen aus der Renten- und Arbeitslosensystemen müssen ohne Verluste in
- 467 verschiedenen EU-Ländern ausgezahlt werden (können). Wir wollen die Frist verkürzen, nach der
- 468 Beschäftigte dem Sozialversicherungssystem des Arbeitsortes unterliegen. Grenzüberschreitendes
- 469 Arbeiten muss gut abgesichert sein.
- 470 – Deutschland tut zu wenig gegen Armut. Das hat auch die EU-Kommission beanstandet. Für eine
- 471 Abschaffung der Armut in Deutschland ist es notwendig, endlich das Hartz-IV-System durch eine
- 472 Erwerbslosenversicherung zu ersetzen und eine individuelle Mindestsicherung ohne Sanktionen in
- 473 Höhe von derzeit 1.050 Euro netto einzuführen. Wir streiten für eine eigenständige Kindergrundsicherung,
- 474 die jedes Kind, jeden Jugendlichen sicher vor Armut schützt. Jedes Kind ist gleich viel
- 475 wert. Gegen Armut wirkt auch: Mehr sozialer Wohnungsbau, ein soziales Grundkontingent an
- 476 Energie, Investitionen in einen besseren und ticketfreien ÖPNV und gebührenfreie Bildung von der
- 477 Kita bis zur Hochschule für alle.
- 478

479 Teile der LINKEN vertreten das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf
480 eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu
481 entkoppeln und vorsorglich vor Armut zu schützen. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers
482 diskutiert. Diese Diskussion wollen wir weiterführen. Wir unterstützen Diskussionsinitiativen und
483 Prüfaufträge zum Grundeinkommen auf europäischer Ebene.

484 Die Rentensysteme sicher machen: Raus aus der Privatisierung und aus den 485 Finanzmärkten

486 Über ein Fünftel der Bevölkerung in der EU ist von Altersarmut bedroht oder bereits betroffen. Die EU
487 muss dafür zu sorgen, dass in allen EU Staaten ein gesetzliches Rentensystem besteht, in dem die
488 Renten den Lebensstandard erhalten und sicher gegen Armut schützen – und in dem die Menschen
489 nicht den Unsicherheiten der Finanzmärkte ausgeliefert sind. Private oder kapitalgedeckte Rentenver-
490 sicherungen sind nicht geeignet, um diese Sicherheit zu schaffen.

- 491 – Die EU-Staaten müssen mit einer Mindestrente garantieren, dass alle Menschen sicher vor Armut
- 492 geschützt sind. Sie muss oberhalb der Armutsrisikogrenze des jeweiligen Landes liegen: Die liegt
- 493 bei 60 Prozent des gewichteten mittleren Einkommens (fachpolitisch: des Medianäquivalenzein-
- 494 kommens). In Deutschland streiten wir für eine einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische
- 495 Mindestrente von derzeit 1.050 Euro.
- 496 – Die Europäische Kommission hat ein Rentenprodukt entwickelt, das vor allem die Wünsche der
- 497 Finanzlobby bedient. Die Erfahrungen mit der Riester-Rente in Deutschland haben jedoch gezeigt:
- 498 private Renten rechnen sich für niemanden außer für die Versicherungswirtschaft. Kapitalgedeckte
- 499 Rentensysteme wollen wir abschaffen und in umlagefinanzierte überführen.
- 500 – In Deutschland kämpfen wir dafür, dass die gesetzliche Rente wieder den Lebensstandard sichert:
- 501 Zurück zu einem Rentenniveau von 53 Prozent und eine Aufwertung von Zeiten im Niedriglohn. Die
- 502 Beiträge der Arbeitgeber müssen dabei über denen der Beschäftigten liegen, wie es im österreichi-
- 503 schen Modell vorgemacht wird.

504 3. Ein gutes Leben für alle in Europa statt Markt und Privatisierung

505 Die EU hat mit ihren Richtlinien und Verträgen für Wettbewerb und Liberalisierung einen großen Anteil
506 daran, dass weite Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr öffentlich und nach Bedarf
507 organisiert werden, sondern privat, in öffentlich-privaten Partnerschaften und mit der Orientierung auf
508 Profit. Wir wollen zentrale Bereiche des Lebens dem Markt entziehen: Gesundheit, Pflege, Wohnen,
509 Bildung, öffentlicher Nahverkehr, Energie- und Wasserversorgung. Sie haben entscheidenden Anteil
510 daran, wie sich der Alltag der Menschen anfühlt. Nur Reiche können sich einen »schlanken Staat« und
511 eine schlecht ausgebaute öffentliche Daseinsvorsorge leisten. Die Verpflichtung auf Wettbewerb,
512 Privatisierung und Schuldenbremse haben die Versorgung in vielen Bereichen verschlechtert. Wir
513 kämpfen zusammen mit vielen anderen gegen Austeritätsprogramme; dagegen, dass öffentliche
514 Infrastruktur und Dienstleistungen privatisiert oder zusammengekürzt werden. Wir wollen das
515 Öffentliche stärken: Was für alle da ist, muss allen gehören. Der Markt versagt, wenn es darum geht,
516 bezahlbaren Wohnraum, Mobilität und Gesundheitsversorgung für alle sicherzustellen. Seine Triebkraft
517 sind nicht die Bedürfnisse der Menschen, sondern Profitinteressen. Für uns hat Profitstreben, hat der
518 Markt in der öffentlichen Daseinsfürsorge nichts zu suchen, ob in der Kommune oder in der EU. Wir
519 wollen Gesundheit, Wohnen, Mobilität und Energieversorgung in öffentlicher Hand – nicht als
520 Ausnahme von den EU-Regelungen, sondern als deren Bestandteil. Die Verträge und Richtlinien der
521 EU müssen entsprechend geändert werden.

522 Gute Gesundheitsversorgung in ganz Europa

523 Pflege und Gesundheit stecken europaweit in der Krise. Von der EU, von neoliberalen Regierungen
524 und von der Lobby der Krankenhauskonzerne wird Druck ausgeübt: Krankenhäuser und personennahe
525 Dienstleistungen werden immer mehr nach Profit und Wettbewerb organisiert – auf Kosten der
526 Patientinnen und Patienten. Es fehlen Investitionen, Dienstleistungen werden ausgegliedert und im
527 privaten Wettbewerb unterboten. Die Folge: Es fehlt Personal, Pflegekräfte sind unterbezahlt und
528 überlastet, in Krankenhäuser wird nicht ausreichend investiert.

529 Zehn Jahre nach der Bankenkrise sind die Folgen von Austerität und Kürzungen im Sozialen ungebro-
530 chen: Die Maßnahmen der Troika haben in Griechenland einen Elendssektor geschaffen. Viele
531 Griechinnen und Griechen sind bis heute auf ehrenamtlich organisierte Gesundheitsversorgung
532 angewiesen – und das in einer reichen Region wie Europa. Millionen Menschen in Europa sind nicht
533 krankenversichert oder haben keinen Zugang zu Krankenversorgung. Auch in Deutschland werden
534 Hürden aufgebaut, die Menschen hindern zum Arzt zu gehen – zum Beispiel das Anfang des 2018 in
535 Kraft getretene sogenannte Leistungsausschlussgesetz, das bestimmte Gruppen von EU-Bürgern fast
536 vollständig vom Zugang zum regulären Gesundheitssystem ausschließt.

537 – Wir wollen, dass jeder Mensch in der EU ein Recht auf Krankenversicherung und Zugang zu gut
538 ausgestatteten Gesundheitsleistungen hat. Zugang zu guter Gesundheitsversorgung ist ein Men-
539 schenrecht und muss gegen Markt, neoliberale Kürzungen und Profitinteressen durchgesetzt
540 werden.

541 Der gesamte Gesundheitsbereich wird seit den 1990er Jahren immer mehr Markt und Wettbewerb
542 unterworfen. Die Folge: Die Lebenserwartung von ärmeren Menschen sinkt und vermeidbare
543 Todesfälle steigen. Stationen oder ganze Krankenhäuser werden geschlossen, weil sie nicht »profita-
544 bel« sind. Behandlungen, die lukrativ sind, werden bevorzugt. Die Versorgung wird schlechter.

545 Personalmangel und wenig Zeit für die Hygiene kosten Menschenleben. Wir wollen die Gesundheits-
546 versorgung Markt und Profitstreben entziehen.

547 – Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sind für die Versorgung der Bevölkerung da. Sie werden
548 über Steuern und Abgaben finanziert und dürfen keinen Gewinn machen.

549 – Wir wollen europaweiten Gesundheitskonzernen regulieren und ihnen verbieten, an die Börsen zu
550 gehen, sie in öffentliches Eigentum überführen und unter demokratische Kontrolle stellen.

- 551 – Pharmakonzerne verkaufen Medikamente zu willkürlich festgelegten Preisen, die sich je nach Land
- 552 stark unterscheiden – die Patientinnen und Patienten sind dem ausgeliefert. Wir wollen Medika-
- 553 mentenpreise regulieren: Wir brauchen eine europaweite Preisbindung und eine EU-
- 554 Notstandsverordnung für Generika.
- 555 – Den Preis für die fetten Profite im Gesundheitsbereich zahlen nicht nur die Patientinnen und
- 556 Patienten, sondern auch die Pflegekräfte. Europaweit gilt: »Mehr von euch ist besser für alle!«
- 557 Deutschland ist im europäischen Vergleich Schlusslicht beim Verhältnis Patient-Pflegekraft (aktuell
- 558 13:1). Die Folgen sind Stress, der krank macht und Burnout für die Beschäftigten, Lücken bei der
- 559 Versorgung und Hygiene, tausende von vermeidbaren Todesfällen bei den Patientinnen und Patien-
- 560 ten. Um annähernd im europäischen Mittelfeld anzukommen und eine bedarfsgerechte Pflege zu
- 561 ermöglichen, brauchen wir 100 000 zusätzliche Pflegekräfte in den Krankenhäusern und 40 000 in
- 562 den stationären Pflegeeinrichtungen. Wollten wir auf das Niveau der Schweiz kommen, müssten es
- 563 300 000 sein, Norwegen liegt noch darüber (Patient-Pflegekraft 5:1).

564 Die Pflege-Ketten unterbrechen. Für gute Arbeit in der Pflege überall in der EU

565 Europaweit sind Pflegekräfte knapp. Trotzdem sind die Löhne zu niedrig, besonders Pflegekräfte ohne
 566 Berufsausbildung verdienen oft einen Hungerlohn. In Deutschland sind viele Patientinnen und
 567 Patienten darauf angewiesen, privat eine Pflegekraft zu engagieren, weil sie sich professionelle Pflege
 568 nicht leisten können. Oft sind das Migrantinnen, die in ihren Heimatländern keine Perspektive haben –
 569 und in deren Familien dann andere Frauen Sorge-Aufgaben übernehmen, manchmal sogar aus
 570 Ländern, in denen die Perspektiven noch schlechter sind. So entsteht eine Kette aus prekärer Pflege-
 571 Arbeit. Davon profitieren internationale Gesundheitskonzerne wie Fresenius Helios, der in Deutsch-
 572 land und Spanien dutzende private Kliniken betreiben.

- 573 – Schutz für die Pflegenden aus der EU: Die Lücken des deutschen Pflegesystems dürfen nicht über
- 574 Lohndumping und Entrechtung von Pflegenden aus dem (innereuropäischen) Ausland geflickt
- 575 werden.
- 576 – Wir wollen solidarische Finanzierungssysteme, wie eine Pflegevollversicherung, die die gesamten
- 577 Kosten der Pflege abdeckt – auch die Personalkosten für gute, tariflich bezahlte Pflegekräfte.
- 578 Private Pflegefirmen wollen wir regulieren: Pflegeplattformen gehören in öffentliche Hand.
- 579 – Europaweit kämpfen Beschäftigte in der Pflege, ihre Gewerkschaften, Patienten-Initiativen und
- 580 linke Parteien gegen den Pflegenotstand. DIE LINKE streitet gemeinsam mit Pflegekräften und
- 581 Gewerkschaften für mehr Pflegepersonal und bessere Bedingungen in der Pflege.
- 582 – Für den besonderen Bedarf an qualifiziertem Nachwuchs in Pflege und Gesundheitsbereich legen
- 583 wir ein Ausbildungsprogramm auf, mit dem Perspektiven für junge Leute vor Ort eröffnet werden.

584 DIE LINKE will, dass europaweit alle Pflegekräfte gut arbeiten können. Das schaffen wir durch

- 585 – einen europaweiten Pflegemindestlohn, der alle Tätigkeiten in der (Alten)Pflege absichert;
- 586 – durch eine verbindliche gesetzliche Personalbemessung und europaweite Mindeststandards bei
- 587 Löhnen und Personalschlüssel.
- 588 – Die Europäische Dienstleistungsrichtlinie darf im Bereich von Gesundheit und Pflege keine Anwen-
- 589 dung finden.
- 590 – Wir wollen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zurück in die öffentliche Hand von Ländern und
- 591 Kommunen bringen. Um den Bedarf vor Ort zu ermitteln, wollen wir »Pflegeräte« schaffen, zusam-
- 592 mengesetzt aus Beschäftigten, Gewerkschaften, Kommunen und Patientenvertretungen. Das
- 593 Gesundheitssystem muss bedarfsdeckend finanziert werden und eine qualitativ hochwertige Ver-
- 594 sorgung für alle sichern.

595 Keine Rendite mit der Miete – Wohnen muss bezahlbar sein

596 Steigende Mieten, Verdrängung, Zwangsräumungen, Obdachlosigkeit: Das Kapital walzt durch die
 597 europäischen Städte. Bürogebäude werden hochgezogen, um Steuern zu vermeiden und Luxuswoh-
 598 nungen geschaffen, die sich vor allem das reichste ein Prozent der Bevölkerung leisten kann. Nach der

599 Finanzkrise drängte das Kapital in die Immobilienspekulation. Immobilien sind für Investoren und
600 Banken lukrativ. Zinsen für Geldanlagen sind niedrig. In Innovation und soziale und ökologisch
601 nachhaltige Wirtschaftszweige zu investieren, bringt weniger und langsameren Profit. Aber wohnen
602 müssen die Menschen ja immer! 2008 wurde die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise von einer
603 Immobilienblase ausgelöst. Daraus wurde nichts gelernt. Spekulation und ungebremste Mietsteige-
604 rungen nähren weiterhin Profiterwartungen. Die Staaten investieren wenig in bezahlbaren Wohnraum
605 – auch getrieben von der Immobilienlobby in ihren Ländern. Die EU verbietet es, Mieten öffentlich zu
606 subventionieren – außer für besondere Bevölkerungsgruppen, die als »bedürftig« definiert werden. Wir
607 sagen: Bezahlbarer Wohnraum ist ein Bedürfnis für die Mehrheit der Menschen. Wir wollen, dass sich
608 der Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen am realen Bedarf orientieren muss – und das sind
609 in vielen Städten schon mehr als die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner.

610 Mieterinnen und Mieter in ganz Europa leiden unter dieser Wohnungspolitik. Ein immer größerer Teil
611 des Lohns geht bei vielen fürs Wohnen drauf. Auch Haus- und Wohnungsbesitzer kommen unter
612 Druck: Viele verschulden sich, um ein Haus oder eine Wohnung zu kaufen und verlieren ihr Zuhause,
613 wenn sie die Raten nicht mehr zahlen können.

614 In vielen Ländern spitzt sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt zu. In Irland leben tausende Erwachse-
615 ne und Kinder in Notunterkünften, weil sie ihre Wohnung verloren haben. Gleichzeitig wächst die
616 Wirtschaft. In Spanien werden immer noch täglich Menschen zwangsgeräumt. Allein 2017 gab es über
617 25 000 Zwangsräumungen wegen unterlassener Mietzahlungen und mehr als 15 000 Zwangsräumun-
618 gen wegen ausstehender Hypothekenzahlungen (Amnesty International).

619 – Wir wollen selbst genutzte Erstwohnungen (ausgenommen Luxusimmobilien) von der Pfändung
620 ausnehmen.

621 – Wir fordern: Schluss mit Räumungen in die Obdachlosigkeit!

622 In Deutschland explodieren die Mieten besonders in den großen Städten, Ballungszentren und
623 Universitätsstädten – und in den darum gelegenen ländlichen Einzugsgebieten. Immer mehr Men-
624 schen können sich die Miete nicht leisten. Die Bundesregierung stützt die Vermieter und bremst beim
625 Bau von bezahlbarem Wohnraum. Die Mietpreibremse der Bundesregierung wirkt nicht. In den letzten
626 30 Jahren hat sich der Bestand an Sozialwohnungen um zwei Drittel verringert - es fehlen 5 Millionen
627 Sozialwohnungen. Währenddessen machen Immobilienkonzerne fette Profite. Die Deutsche Wohnen
628 hat 2017 Rekordgewinne von 1,8 Milliarden Euro gemacht. Der deutschlandweit größte Konzern
629 Vonovia verzeichnet ebenfalls hohe Gewinne – und will zukünftig stärker in anderen Ländern Europas
630 tätig werden.

631 In den Metropolen treiben kommerzielle Betreiber von Ferienwohnungen die Mieten zusätzlich in die
632 Höhe. Konzerne wie Airbnb profitieren davon. Aus vielen Stadtteilen werden Mieter verdrängt. Bei
633 alldem gilt: Die Investoren verdienen, das Risiko tragen die Menschen.

634 Wir wollen uns die Städte zurückholen. DIE LINKE will, dass Wohnraum garantiert und bezahlbar
635 gemacht wird. Wohnen ist Teil der Daseinsvorsorge und darf nicht dem Markt überlassen werden.
636 Gemeinsam mit Mieteninitiativen und Bewegungen in Europa setzen wir uns dafür ein, dass alle eine
637 bezahlbare Wohnung haben – und legen uns mit den Spekulanten an. Wir wollen die Mietenexplosion
638 in ganz Europa stoppen. Dazu braucht es:

639 – Investitionen in den sozialen gemeinnützigen Wohnungsbau: Soziale Wohnungsfonds müssen
640 erhalten, mehr Wohnungen gebaut und durch die öffentliche Hand aufgekauft werden. Wir wollen
641 Wohnraum Schritt für Schritt dem Markt entziehen.

642 – Wir setzen uns dafür ein, europaweit den Rückkauf von Wohnungen durch öffentliche und
643 gemeinnützige Träger zu ermöglichen und gehen dabei voran. Mehr Wohnungen in öffentlicher
644 Hand bedeuten mehr Möglichkeiten, die Mieten niedrig zu halten.

645 – Wir wollen europaweit die Gemeinnützigkeit fördern und setzen uns mit der europäischen
646 Mietervereinigung für europäische Wohngenossenschaften ein.

- 647 – Sozialen Wohnungsbau in der EU ausbauen! Die EU kann sozialen Wohnungsbau über das
648 Wettbewerbsrecht einschränken. Für die Immobilien-Lobby werden Spielräume geschaffen. Dage-
649 gen müssen die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, einen festen Anteil von Sozialwohnungen
650 nachzuweisen für den dauerhafte Sozialbindung besteht.
- 651 – Der Spekulation einen Riegel vorschieben: Immobilienfonds wollen wir die Zulassung entziehen.
652 Unternehmen, die mit Wohnraum spekulieren, wird die Börsenzulassung entzogen. Das legt großen
653 Konzernen wie Vonovia und Deutsche Wohnen das Handwerk. Wir wollen sie in öffentliches Eigen-
654 tum überführen. DIE LINKE ist Teil der Kampagnen »Vonovia und Deutsche Wohnen & Co enteig-
655 nen«!
- 656 – Investoren blockieren oft den Bau: Genehmigte Projekte bleiben Jahre liegen, weil die Investoren
657 auf weiter steigende Preise hoffen. Das ist schlecht für den Wohnungsmarkt und schlecht für den
658 Arbeitsmarkt. Der Markt versagt, wenn es darum geht, die notwendigen und bezahlbaren Wohnun-
659 gen bereitzustellen. Dann müssen die Kommunen selbst bauen. Wir wollen die Investoren aus den
660 Bauentscheidungen zurückdrängen und die öffentlichen Akteure, Kommunen, Länder und Bund
661 stärken.
- 662 – Für Deutschland wollen wir, dass alle Mietsteigerungen gestoppt werden, bis ein bundesweiter
663 Mietspiegel erstellt wurde, der verbindlich Mietobergrenzen ermöglicht. Die Mietpreisbremse der
664 Bundesregierung versagt. Wir wollen sie durch eine echte Mietpreisbremse ersetzen, die flächen-
665 deckend, bundesweit, unbefristet und ausnahmslos gilt.
- 666 – AirBnb entmachten und den Plattformkapitalismus regulieren: Konzerne wie AirBnb profitieren von
667 geringer Regulierung und treiben die Mietpreise besonders in den Städten in die Höhe. Die ange-
668 bliche »Share economy« ist ein lukratives Geschäftsmodell. Einige Städte (z. B. Berlin) haben Regula-
669 rien eingeführt, um die Zweckentfremdung von Wohnraum zu verhindern. Das braucht es europa-
670 weit. Wohnungen dürfen nicht ausschließlich zum Zweck der Vermietung an Touristen verwendet
671 werden. Wir wollen eine soziale Alternative schaffen: Eine Plattform in öffentlicher Hand statt eines
672 Konzerns, um freie Zimmer zu vergeben.

673 4. Menschen vor Profite – der LINKE Plan für eine gerechte, soziale 674 und ökologische Wirtschaft

675 Die Regeln und Verträge der Wirtschafts- und Währungsunion orientieren sich an der Förderung von
676 »Wettbewerbsfähigkeit«. Die Europäische Union in ihrer derzeitigen Form als Wettbewerbsraum richtet
677 sich vor allem an den Interessen von Konzernen, Banken und Besitzern großer Vermögen aus. Das
678 heißt Profite von Wenigen stehen über den Interessen der Mehrheit der Menschen in Europa.
679 Kürzungen bei Sozialausgaben, De-Regulierung der Arbeitswelt, Privatisierung führen zu wachsenden
680 Profiten auf der einen, zu sinkenden Löhnen, prekärer Arbeit und sozialer Ungerechtigkeit auf der
681 anderen Seite.

682 Die Eurokrise ist noch lange nicht überwunden. Die grundlegenden Probleme der Architektur der Euro-
683 Zone werden nicht angegangen. Reformen waren kosmetischer Natur. Auch die Vorschläge des
684 französischen Präsidenten Macron bieten keine Abhilfe, da sie weder an der neoliberalen Politik in der
685 EU noch an einer Hauptursache für die Krise ändern wollen: die »Exportweltmeisterschaft« der
686 deutschen Konzerne. Sie ist eine der Ursachen für die wirtschaftlichen Ungleichgewichte und Krisen in
687 der Eurozone. Die Exportüberschüsse der einen sind die Schulden der anderen. Kehrseite der
688 »Exportweltmeisterschaft«: Gemessen an der hohen Produktivität sind die Löhne in Deutschland zu
689 niedrig. Eine linke Wirtschaftspolitik für Europa heißt daher auch: höhere Löhne und öffentliche
690 Investitionen hierzulande.

691 Die europäische Krisenpolitik der Troika aus Europäischer Zentralbank (EZB), EU-Kommission und
692 Internationalem Währungsfonds (IWF) unter maßgeblicher Führung der Bundesregierung hat Millionen
693 ins Elend gestürzt. Sie hat Banken auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gerettet. Sie hat
694 durch die Kürzung von öffentlichen Investitionen, Löhnen und Renten die Rezession und die Verschul-
695 dung in den Krisenländern noch verstärkt. Dabei wurden soziale Menschenrechte verletzt: Gesund-
696 heitsversorgung und Renten gekürzt, Tarifverträge und Rechte von Beschäftigten zerstört und die

697 Privatisierung von öffentlichem Eigentum zu Dumpingpreisen erzwungen. Die Folgen sind: dramatische
698 Jugendarbeitslosigkeit, erzwungener Abwanderung, Armut und Obdachlosigkeit in Südeuropa.

699 Die Übertragung des deutschen Modells mit zu niedrigen Löhnen, prekärer Beschäftigung auf die
700 gesamte EU ist keine Lösung. Eine solche Politik führt zur Ausbreitung von Armut und Arbeitslosigkeit
701 statt diese zu bekämpfen. Eine weitere Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion unter den
702 derzeitigen neoliberalen und politischen Vorzeichen, wie von den EU-Institutionen vorangetrieben,
703 würde den Le Pens, Salvinis und Straches dieses Kontinents bloß weiteren Aufwind geben.

704 Die Kehrseite der Politik der Wettbewerbsfähigkeit und Austerität ist auch hierzulande deutlich
705 spürbar: In Deutschland ist mittlerweile das Armutsrisiko unter Erwerbslosen das höchste innerhalb
706 der EU. Privaten Investoren werden alle Türen in Bereichen wie Wohnen, Gesundheitsversorgung,
707 Bildung, Energieversorgung und Mobilität geöffnet. Es wird nicht in Lebensqualität für alle, sondern in
708 kurzfristige Profite investiert. So steigt die Gefahr neuer Finanzkrisen. Gleichzeitig zerfällt vielerorts
709 die öffentliche Infrastruktur. Dringend notwendige Investitionen werden nicht getätigt und stauen sich
710 auf. Der Reichtum in Europa wächst, Geld ist vorhanden, aber die dringenden Investitionen in Bildung,
711 Gesundheitsversorgung, bezahlbares Wohnen und Mobilität, in die Energiewende, Klimaschutz und
712 den ökologischen Umbau der Industrie werden blockiert.

713 Die Ungleichheit zwischen den Regionen in der EU und innerhalb Deutschlands wächst. Die ostdeut-
714 schen Bundesländer sind weiterhin die größte zusammenhängende strukturschwache Region
715 Deutschlands. Die EU hat sich selbst das Ziel gegeben, für gleichwertige Lebensverhältnisse in den
716 Regionen zu sorgen. Doch die neoliberalen Grundlagen und Verträge bestimmen Wirtschaftspolitik als
717 Förderung von »Wettbewerbsfähigkeit« statt regionale, nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung zu
718 fördern. Real baut die EU-Kommission die bisherige Förderpolitik jedoch zugunsten von Kreditinstru-
719 menten um, statt sie von der Unübersichtlichkeit und Bürokratie zu befreien. Vorbild für diese
720 Entwicklung ist der Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSl), der real eine unkontrol-
721 lierbare Privatisierung europäischer Fördergelder für strategische Großprojekte darstellt.

722 Wenn im europäischen Wirtschafts- und Währungsraum mit einer Stimme gesprochen wird, dann
723 müssen statt Wettbewerbsfähigkeit und Profit die Interessen der europäischen Bürgerinnen und
724 Bürger an erster Stelle stehen. Das erfordert einen grundlegenden Richtungswechsel: von der
725 neoliberalen Ausrichtung und Verfassung der EU zu einer Wirtschaft, die den Menschen dient.

726 Dafür schlagen wir ein Gesamt-Konzept für eine demokratisch kontrollierte, ökologische und sozial
727 gerechte Zukunftswirtschaft in Europa vor:

- 728 – In Zeiten des Klimawandels und der sich weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich stellt
729 DIE LINKE die Eigentumsfrage: Wir kämpfen für die Überführung der Schlüsselindustrien in öffentli-
730 ches Eigentum, um die Wirtschaft nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur auszurichten.
- 731 – Die bestehenden Fonds (ESF, EFRE) sind wichtige Instrumente der Kohäsionspolitik der EU. Wir
732 wollen regionale Akteure bei der Ausgestaltung der Fonds stärker einbeziehen. Dazu müssen
733 Regularien überprüft und wo möglich vereinfacht werden. Den teilweise ehrenamtlichen Strukturen
734 von Förderungsempfängern muss stärker Rechnung getragen werden. Regionale Entwicklungskon-
735 zepte sollen Grundlage für die Förderung sein, in deren Rahmen auch Förderprogramme flexibler
736 angewendet werden können. Die Eigenanteile bei den
737 Förderprogrammen wollen wir senken, wo nötig bis auf Null, damit die Förderungen auch wirklich
738 in den strukturschwachen Regionen ankommen. Stadt-Umland-Kooperationen und Zusammenar-
739 beit zwischen Kommunen sollen beispielsweise mit Regionalbudgets besser gefördert werden.
- 740 – Investitionen, die die Lebensqualität verbessern, soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz sollen die
741 Orientierung auf Wachstum um jeden Preis ersetzen. Eine solche öffentliche Investitionsoffensive
742 muss von der Schuldengrenze des sogenannten Stabilitätspakts ausgenommen werden. Öffentli-
743 che Investitionen müssen nach der Goldenen Regel der Fiskalpolitik kurzfristig von Schuldengren-
744 zen ausgenommen werden. Der Stabilitäts- und Wachstums- sowie der Fiskalpakt müssen abge-
745 schafft werden, weil sie verhindern, dass für zukünftige Generationen Vermögen durch Investitio-
746 nen geschaffen werden. Wir wollen, dass investiert wird und damit eine soziale und ökologische
747 Entwicklung in der Wirtschaft auf den Weg gebracht wird.

- 748 – Öffentliche Investitionen müssen daher an folgende Kriterien gebunden werden: wirtschaftliche
749 Kreisläufe vor Ort und in den Regionen fördern, tariflich abgesicherte gute Arbeit schaffen und die
750 Bevölkerung vor Ort, Gewerkschaften und Sozialverbände in die Entscheidungen einbeziehen. Dies
751 schafft insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern eine Perspektive, um wirtschaftlich
752 aufzuholen.
- 753 – Statt Investitionen zu blockieren, sollten die Regeln so geändert werden, dass übermäßige
754 Leistungsbilanzüberschüsse sanktioniert und die Handelsbeziehungen in der EU ausgeglichen
755 werden. Die EU braucht keinen Finanzminister, der die bisherige falsche Wirtschaftspolitik besser
756 umsetzt, sondern einen Neustart in der Wirtschaftspolitik.
- 757 – Eine europäische Industriepolitik für eine sozial-ökologische Wende und die Förderung struktur-
758 schwacher Regionen.
- 759 – Finanzmärkte und Banken müssen entmachtet und der Finanzsektor unter demokratische Kontrolle
760 gebracht und am Gemeinwohl ausgerichtet werden.
- 761 – Wir wollen die öffentlichen Haushalte von der Diktatur der Finanzmärkte befreien. Kredite des EU-
762 Krisenfonds und die Währungspolitik der EZB sind bislang an Auflagen gebunden, die zu Lohnsen-
763 kungen und dem Abbau des Sozialstaates gezwungen haben. Statt der unsozialen und undemokra-
764 tischen Ausrichtung der EZB und der Troika wollen wir, dass öffentliche Investitionen im Interesse
765 des Gemeinwohls auch durch EZB-Kredite finanziert werden können: durch vermögensschaffende
766 Neuverschuldung im Rahmen der Goldenen Regel und über die EZB. Das geht kurzfristig und in
767 Übereinstimmung mit den EU Verträgen. Zusätzlich wollen wir Superreiche und Konzerne hierfür
768 stärker besteuern.

769 Wir investieren in die Zukunft

770 DIE LINKE will ein EU-weit koordiniertes Zukunftsprogramm, das Investitionen am gesellschaftlichen
771 Bedarf, nicht am Profit ausrichtet. Mit öffentlichem Geld müssen öffentliche Investitionen gefördert
772 werden. Den Juncker-Plan, der über sogenannte Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) private
773 Renditen mit öffentlichen Geldern sichert, lehnen wir daher ab. Statt nationaler Konkurrenz und
774 Standortwettbewerbs brauchen wir eine aktive, staatliche Politik zur Schaffung von Produktions-
775 schwerpunkten. Das Investitions- und Zukunftsprogramm muss das Öffentliche stärken, Beschäfti-
776 gung und Sozialstaat ausbauen und die Daseinsvorsorge im Wesentlichen öffentlich organisieren und
777 in die Hände der Bevölkerung zurückgeben. So stärken wir auch europäische, regionale und kommu-
778 nale Demokratie in ihren sozialen Grundlagen.

779 Mit der Europäischen Linken schlagen wir einen Fonds für soziale, inklusive, solidarische und
780 ökologische Entwicklung vor. Er soll vor allem öffentliche und soziale Dienstleistungen fördern. Der
781 Fonds muss wie die Investitionsprogramme demokratisch gesteuert werden. Dabei spielen Parlamen-
782 te, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen eine wichtige Rolle. In unserem Konzept
783 einer aktiven Wirtschaftspolitik bilden öffentliche Investitionen den Kern. Wir verbinden sie mit einer
784 Industrie- und Strukturpolitik, die Demokratie in der Wirtschaft voranbringt.

785 Öffentliche Investitionen sollen die öffentliche Daseinsvorsorge stärken. Wir lehnen öffentlich-private-
786 Partnerschaften (ÖPP) ab. Dabei kommt nur heraus: die Unternehmen dringen auf Profite, die auf
787 Kosten der Versorgungsqualität gehen.

788 Die Finanzierung des Zukunftsprogramms geschieht aus bestehenden Förderprogrammen, aus
789 Umwidmung von Geldern, die für Rüstung und PESCO geplant sind, und aus einer höheren Besteue-
790 rung von Großkonzernen, großen Vermögen und Spitzeneinkommen in den EU-Staaten.

791 Die Europäische Union muss die Regionen mit gravierendem Entwicklungsrückstand stärken und
792 zugleich die Stabilität in allen anderen Regionen stützen.

793 Unser Investitionsprogramm über mindestens 500 Mrd. Euro im Jahr schafft:

- 794 – bezahlbaren Wohnraum,

- 795 – eine Mobilitätswende, die Bus und Bahn bezahlbar macht und bessere Verbindungen schafft.
- 796 Initiativen und Kommunen werden bei der Einrichtung von kostenfreiem Schienen- und Nahverkehr
- 797 unterstützt.
- 798 – DIE LINKE steht für eine dezentrale, in den Regionen verankerte Energiewende, die sozial und
- 799 demokratisch ausgestaltet ist.
- 800 – Wir stärken die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen, wie wir
- 801 Energie erzeugen und in wessen Besitz sich Netze, Produktionsanlagen oder auch die Stadtwerke
- 802 befinden. Dabei orientieren wir uns am »Nullemissionsziel«, fördern einen effizienten Umgang mit
- 803 Ressourcen und stärken regionale Wertschöpfungskreisläufe.
- 804 – Es dürfen keine Haushaltsmittel für die Rüstungsforschung und Sicherheitsindustrie zur Verfügung
- 805 gestellt werden. Eine wirksame Jugendförderung und ein gut ausgebauter Bildungsbereich, die
- 806 auch die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen, müssen den Vorrang haben.

807 Wir setzen auf regionale Wirtschafts- und Energiekreisläufe und wollen die Planung in den Regionen so
 808 gestalten, dass alle beteiligt werden, zum Beispiel durch regionale Sozial- und Wirtschaftsräte. DIE
 809 LINKE steht für eine dezentrale, in den Regionen verankerte Energiewende, die sozial und demokra-
 810 tisch ausgestaltet ist. Die Entscheidung, wie wir Energie erzeugen, wie wir Handel betreiben, wie wir
 811 produzieren wollen und in wessen Besitz sich Netze, Produktionsanlagen oder auch die Stadtwerke
 812 befinden, sollen in die Hände der Menschen gelegt werden. Menschen in den Regionen müssen
 813 Zugang zu guten Leistungen der Daseinsvorsorge haben: von der Gesundheits- bis zur Breitbandver-
 814 sorgung, von der Bildung bis zur solidarischen sozialen Sicherung. Wir fördern Geschlechtergerechtig-
 815 keit und Bürgerrechte.

816 Industriepolitik von links

817 Die EU ist auf Förderung von Wettbewerb und Öffnung von Märkten ausgerichtet. Das macht die
 818 starken Regionen stärker und die schwachen schwächer. Jetzt wird wieder über Industriepolitik
 819 diskutiert. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Es enthält das Eingeständnis, dass der Markt es nicht
 820 richten wird. Umso entschiedener fordert DIE LINKE eine Industriepolitik von links für eine sozial-
 821 ökologische Wende der Wirtschaft.

822 Das Gelingen einer europäischen Industriepolitik setzt voraus, dass Austerität beendet und die
 823 Nachfrage im Inneren gestärkt wird. Starke europäische Industrien brauchen gut entwickelte
 824 öffentliche Dienstleistungen wie Bildung, Forschung, Pflege, Infrastruktur und gut funktionierende
 825 öffentliche Verwaltungen.

- 826 – Wir brauchen eine koordinierte europäische Industriestrategie, die den Rahmen für Fördermittel
- 827 der EU-Fonds und Kreditvergabe der Europäischen Investitionsbank einheitlich vorgibt. Auf natio-
- 828 nalstaatlicher und regionaler Ebene sollen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, der Gewerk-
- 829 schaften, Unternehmen, Wissenschaft, Umweltverbänden und Zivilgesellschaft in diesem Rahmen
- 830 industriepolitische Zukunftspläne aufstellen.

831 Linke Industriepolitik heißt, dass Investitionen schwerpunktmäßig in strukturschwache Regionen (bzw.
 832 Regionen mit absehbarem Strukturwandel, z.B. Kohle-Regionen) gelenkt werden. Andernfalls wird es
 833 nur ein Zukunftsprogramm für starke Regionen werden. Besondere Schwerpunkte sollen dabei u.a. auf
 834 erneuerbare Energien, flächendeckende digitale Teilhabe sowie auf die Herstellung von Bussen,
 835 Bahnen und anderen nachhaltigen Verkehrsmitteln gelegt werden.

- 836 – Wir wollen den Globalisierungsfonds der EU auch für Unternehmen unter 500 Beschäftigte öffnen.
- 837 – DIE LINKE tritt für die gezielte Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe ein, um regionale
- 838 Produktion und Verbrauch und damit insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen zu
- 839 stärken. Eine sich selbsttragende Wirtschaft schützt auch Arbeitsplätze vor Ort. Förderkriterien zur
- 840 Strukturmittelvergabe sind für uns vor diesem Hintergrund das Prinzip der guten Arbeit, soziale und
- 841 ökologische Standards.

842 – Wir brauchen demokratische Foren wie regionale Wirtschafts- und Sozialräte oder auch Public-
843 Equity-Fonds, die u. a. durch Unternehmen mit hohen Treibhausemissionen finanziert werden und
844 die den Strukturwandel ökologisch und sozialverträglich gestalten können. Wir wollen Gewerk-
845 schaften, Unternehmen, ökologische Initiativen, Sozialverbände und Bildungsinstitutionen an
846 Entwicklung und Entscheidungen vor Ort beteiligen.

847

848 Ab 2021 droht eine Kürzung der Struktur- und Kohäsionsfonds um bis zu zehn Prozent. 2014 wurde
849 der Fonds Strategischer Investitionen (EFSI) auf den Weg gebracht. Das ist ein bankengestützter
850 Garantiefonds für Investitionsvorhaben für EU-weite Großprojekte: praktisch eine Privatisierung der
851 Fördergelder. Mit dem neuen mehrjährigen Finanzrahmen der EU soll der EFSI nun unter dem neuen
852 Namen »InvestEU« aufgestockt werden. DIE LINKE will keine weitere Privatisierung der EU-
853 Regionalpolitik. Wir streiten für die öffentliche Kontrolle und Transparenz der EU-Fördermittel. EU-
854 Förderprogramme für Rüstungsforschung und -produktion einzusetzen, lehnen wir ab. DIE LINKE setzt
855 sich für die Entbürokratisierung und eine gute Informationspolitik der EU-Regionalpolitik ein. Die
856 Regionen sollen eine verbindlichere Mitsprache bei der EU-Investitions-, -Struktur- und -Förderpolitik
857 bekommen. Den Europäischen Ausschuss der Regionen und den Europäischen Wirtschafts- und
858 Sozialausschuss, in dem Unternehmen, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft vertreten sind, wollen
859 wir stärken.

860 Die Finanzmärkte in ihre Schranken weisen

861 Die Finanzmärkte sind dereguliert worden. Viele Schulden der Banken sind auf die öffentlichen
862 Haushalte übertragen worden. Die Verursacher der Krise blieben weitgehend ungeschoren.

863 – Wir wollen Schulden von Staaten bei privaten Banken überprüfen und zum Gegenstand eines
864 demokratischen Prozesses machen. Deshalb fordern wir ein Schuldenaudit (Überprüfung der
865 Legitimität des Schuldenbestands) und einen substanziellen Schuldenschnitt für illegitime Schul-
866 den, um Banken und andere private Gläubiger an der Finanzierung zu beteiligen.

867 – Die öffentlichen Haushalte sollen von der Diktatur der Finanzmärkte befreit werden, indem die
868 Staaten sich auch über die EZB – kurzfristig EU-vertragskonform durch den Ankauf von Anleihen
869 der EIB sowie nationaler Förderbanken – günstig finanzieren können. Damit die einzelnen Staaten
870 nicht mehr allein auf die Finanzmärkte angewiesen sind, müssen außerdem gemeinsame Euro-
871 Bonds unter europäischer parlamentarischer Kontrolle ohne die Verknüpfung mit nachfrage- und
872 investitionshemmenden Strukturreformen eingeführt werden

873 Die großen Investmentbanken (Universalbanken) mit ihren riskanten Geschäften können sich nach wie
874 vor darauf verlassen, dass sie auf Kosten der Steuerzahler gerettet werden. Sie sind immer noch zu
875 groß und zu stark verknüpft mit anderen Sektoren, um in die Pleite zu gehen wie jeder andere Betrieb,
876 der nicht gut gewirtschaftet hat.

877 – Wir wollen Banken verkleinern und das Investmentbanking abwickeln. Als ersten Schritt wollen wir
878 das Investmentbanking von den anderen Geschäftsbereichen isolieren. Alle Banken werden auf ein
879 solides, auf die Bedürfnisse der Gesellschaft und der Realwirtschaft bezogenes Geschäftsmodell
880 nach dem Vorbild der Sparkassen und Genossenschaftsbanken verpflichtet:

- 881 1. Abwicklung des Zahlungsverkehrs,
- 882 2. einfachere und sichere Sparinstrumente und
- 883 3. Finanzierung öffentlicher und privater Investitionen.

884 Gerecht geht anders: Mit Steuern steuern

885 Die Unternehmen, die die größten Gewinne in der EU machen, zahlen am wenigsten Steuern. Im
886 Verhältnis zu ihren Gewinnen zahlen Apple, Google, Amazon und Co weniger Steuern als andere
887 Unternehmen – und auch weniger als normale Beschäftigte oder der Bäckerladen nebenan.

888 Allein in Deutschland fehlen im Jahr Steuereinnahmen aus 55 Milliarden Euro Gewinnen, die in
889 Steueroasen verschoben wurden. Die Bundesregierung verzichtet durch ihr lasches Vorgehen gegen

- 890 Steueroasen auf knapp ein Drittel (28 Prozent, Studie Berkeley) ihrer Einnahmen aus Unternehmens-
 891 steuern – mehr als jedes andere europäische Land. Wir wollen Steueroasen innerhalb und außerhalb
 892 der EU austrocknen.
- 893 Der private Reichtum in Europa explodiert. Die Reichen werden überall in der EU reicher, Armut breitet
 894 sich aus. Das ist kein Zufall. Der private Reichtum wird nicht ausreichend durch Steuern dem
 895 Gemeinwohl zugeführt.
- 896 – DIE LINKE fordert einen EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmen mit breiten und einheitli-
 897 chen Bemessungsgrundlagen.
 - 898 – Wir brauchen gemeinsame Mindeststandards für die Besteuerung großer Vermögen und für
 899 Spitzeneinkommen.
 - 900 – Der Kampf gegen Steuerflucht muss verschärft werden: durch automatische Meldepflichten für
 901 Banken, die Möglichkeit, verdächtige Guthaben einzufrieren, Entzug von Banklizenzen für nichtko-
 902 operative Banken und verbesserte Strafverfolgung gegen Steuerhinterziehung und durch Kapital-
 903 verkehrskontrollen. Doppelbesteuerungsabkommen mit unkooperativen Staaten müssen gekündigt
 904 werden.
 - 905 – Um Steuertricks von Konzernen – wie die konzerninterne Verschiebung von Gewinnen und
 906 Verlusten – zu unterbinden müssen die Steuern ggf. direkt »an der Quelle« erhoben werden. Ban-
 907 ken, die in Steueroasen operieren, ist die Lizenz zu entziehen.
 - 908 – Beihilfe zur Steuerhinterziehung und zum Steuerbetrug sind kriminell und müssen bestraft werden.
 909 Die Praxis, sich mit »cum ex« und »cum cum« Geschäften Profite auf den Finanzmärkten von den
 910 Steuerzahlern aufstocken zu lassen, müssen schärfer verfolgt und bestraft werden. Banken und
 911 Steuerberatungsfirmen, die daran beteiligt sind, muss die Zulassung entzogen werden.
 - 912 – Für mehr Transparenz wollen wir eine öffentliche länderspezifische Berichterstattung von Konzer-
 913 nen über wichtige Kennziffern wie Gewinn, bezahlte Steuern, Umsätze und Beschäftigte auf EU-
 914 Ebene sowie eine lückenlose Veröffentlichungspflicht in öffentlichen Registern für alle tatsächli-
 915 chen Eigentümer von Briefkastenfirmen, Stiftungen, Trusts und Immobilien außer Eigennutzung.
 - 916 – Der Hochfrequenzhandel an der Börse muss ausgebremst werden. Dafür richten wir endlich eine
 917 umfassende Finanztransaktionssteuer von 0,1 Prozent ein, die schädliche Spekulation eindämmt,
 918 ohne realwirtschaftlichen Investitionen zu schaden.
- 919 Digitalkonzerne zahlen in der Europäischen Union im Schnitt gerade mal neun Prozent Steuern auf
 920 ihre Profite, während andere Unternehmen im Schnitt 23 Prozent zahlen. Die EU-Staaten verlieren
 921 dadurch Milliarden Euro an Steuereinnahmen. Google zahlte 2015/6 auf 1 Milliarde Euro Gewinn nur
 922 3,6 Prozent Steuern. Bis zu 21 Milliarden Euro haben Apples Steuertricks die EU-Mitgliedstaaten
 923 alleine in den letzten drei Jahren gekostet. Das entspräche einem effektiven Steuersatz von gerade
 924 einmal 0,7 Prozent. Das europäische System der Unternehmensbesteuerung unterstützt und fördert
 925 dies. Trotz der von der Europäischen Kommission 2014 eingeleiteten beihilferechtlichen Prüfung
 926 macht Apple mit dem Steuerraub weiter. DIE LINKE fordert deshalb:
- 927 – Abschreibungsregeln für immaterielle Vermögenswerte und Steuergutschriften für Forschungsaus-
 928 gaben müssen europaweit soweit angeglichen werden, dass Digitalunternehmen Steuern in selber
 929 Höhe zahlen, wie die anderen Unternehmen.
 - 930 – Profite müssen in den Ländern besteuert werden, in denen die Nutzer der Digitaldienste sie nutzen
 931 (Virtuelle Betriebsstätte).
 - 932 – Die Bundesregierung darf die Einführung einer Digitalsteuer als Zwischenschritt zur einheitlichen
 933 Besteuerung nicht weiter behindern. Der vorgeschlagene Steuersatz von drei Prozent ist zu gering.
 934 Die Höhe des Steuersatzes muss sich am Unterschied der durchschnittlichen Besteuerung von
 935 Firmen zu der von Internetkonzernen bemessen.

936 5. Klimaschutz kennt keine Grenzen. Für einen sozialen und
937 ökologischen Neustart

938 Mit LINKS: Das Klima retten

939 Beim Klimaschutz steht es fünf vor zwölf. Wir brauchen eine europäische Energiewende, denn
940 Treibhausgasemissionen machen nicht an Grenzen Halt. Dennoch bremst die Bundesregierung bei der
941 Energiewende – in Deutschland und in der Europäischen Union. Sie stellt sich im Abgas-Skandal vor
942 die Automobilindustrie. Sie setzt keine strengere Begrenzung der Abgaswerte durch – obwohl in
943 Europa fast eine halbe Million Menschen im Jahr durch Abgase ums Leben kommen. Die EU fördert
944 weiter klimaschädliche Technologien. Anstatt wie geplant bis 2020 keine fossilen Energieträger mehr
945 zu subventionieren, fließen Milliarden an Subventionen in den Transportsektor, vor allem über
946 Steuererleichterungen wie das Dieselprivileg. Die Gaskonzerne erhalten Unterstützung in Milliarden-
947 höhe für den Ausbau einer überflüssigen Infrastruktur, die sich gegen den notwendigen sozial-
948 ökologischen Umbau richtet.

949 Diese Politik ist nicht nur umweltfeindlich sondern unsozial. Sie trägt dazu bei, dass immer mehr
950 Regionen der Erde unbewohnbar werden. Das Wetter wird extremer. Naturkatastrophen werden
951 häufiger. Menschen verlieren Eigentum oder müssen ihre Heimat verlassen, viele verlieren ihr Leben.

952 Auch wenn es in der EU Vorstöße gibt, erneuerbare Energien zu stärken, geht es doch in zentralen
953 Bereichen nicht um echten Klimaschutz. Die sogenannte Energieunion zielt auf die Sicherung billiger
954 Importe von Öl und Gas aus anderen Teilen der Welt. Mit den geplanten transeuropäischen Netzen im
955 Strom- und Gassektor, mit einer Energie-Außenpolitik, die Öl- und Gasimporten sichern soll, verfolgt
956 sie ein zentralistisches und fossiles Energiekonzept. Die Macht der Energiekonzerne bleibt unangetas-
957 tet.

958 Wir können den Klimawandel noch stoppen: Selbst die Klimaziele 2020, die die Bundesregierung
959 aufgegeben hat, könnten noch erreicht werden, wenn sofort die 20 schmutzigsten Kraftwerke
960 abgestellt werden würden. Um die Erderwärmung noch auf 1,5 Grad zu begrenzen, braucht es
961 grundlegende Änderungen in allen Bereichen der Wirtschaft und des Lebens. Das stellte der Welt-
962 klimarat im Herbst 2018 fest. Das ist das Ziel LINKER Klimapolitik.

963 Was steht dem Umbau im Weg? Kurz: Profitinteressen. Wir wollen eine Wirtschaftsweise, die auf
964 erneuerbaren Energien basiert, nicht auf Kohle und Atom. Die regionale Kreisläufe stärkt statt einer
965 über Europa und die Welt verstreuten Produktion mit langen Transportwegen. Wir wollen eine
966 effiziente Wirtschaft, um Ressourcen und Atmosphäre zu schonen. Wir streiten für zukunftsfähige
967 Verkehrsmodelle, bei der der Auto-Verkehr nicht mehr die Städte verstopft und alle bequem dort
968 ankommen, wo sie hinwollen: mehr Mobilität mit weniger Verkehr und mehr Lebensqualität. Wir
969 wollen einen öffentlichen Nahverkehr, der qualitativ besser und ticketlos wird, Städte und Gemeinden,
970 in denen es Spaß macht, Rad zu fahren und zu Fuß zu gehen. Wir wollen Transporte vermindern und
971 möglichst auf die Schiene bringen, um Schwerlastverkehr zu reduzieren. Wir wollen eine ökologische
972 Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel, die sich alle leisten können.

973 Technologisch wäre ein sozialer und ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft längst
974 möglich. Auch das Geld für die Investitionen ist da. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass der Wandel
975 nicht an Profit- und Eigentumsinteressen scheitert. Ob wir das schaffen, daran entscheidet sich die
976 Zukunft des Kontinents – und wahrscheinlich auch der Menschheit.

977 Hunderttausende Menschen kämpfen seit langem für diesen Umbau. In Umwelt-, Verbraucher- und
978 Sozialverbänden, in alten und in neuen Bewegungen Zehntausende Menschen protestierten gegen die
979 Rodung des uralten Hambacher Forsts und haben vorerst verhindert, dass der Wald dem Kohleabbau
980 weichen muss. Solche Klimabewegungen haben sich europaweit vernetzt. Wir LINKEN stehen an ihrer
981 Seite. Die Schonzeit der Konzerne muss vorbei sein. Wir stehen in diesem Kampf an der Seite von
982 Gewerkschaften und Kommunen, wenn sie in Brüssel und Berlin Strukturwandelhilfen für den Umbau
983 einfordern. Dieser Umbau muss mit und nicht gegen die Beschäftigten und Regionen erfolgen. Die

984 Beseitigung von Umweltschäden müssen von den Unternehmen bezahlt werden, die sie verursachen -
985 dies gilt auch für die langfristige Nachsorge.

986 Die Energiewende wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie sozial gerecht ist. Wir kämpfen für eine
987 Versorgung mit Strom, Wärme und Wasser nicht in der Hand von Konzernen, sondern von Bürgerinnen
988 und Bürgern, von Kommunen und Genossenschaften. Wir wollen ihre Erzeugung und Verteilung so
989 dezentral wie möglich und so zentral wie nötig organisieren. Wir werden dafür kämpfen, dass alle
990 bezahlbaren Zugang zu Energie und Wasser haben.

991 Die vorübergehenden Mehrkosten der Energiewende wollen wir auf alle starken Schultern verteilen,
992 auch die Industrie muss sich endlich daran beteiligen. Wir kämpfen gegen Energiearmut und Energie-
993 sperren. DIE LINKE streitet dafür, dass die Vormachtstellung von Großkonzernen in der Energieversor-
994 gung beendet und die Energieversorgung umfassend bürgernah organisiert wird: Wir wollen Stadtwer-
995 ke und Energiegenossenschaften fördern statt Privatisierung und Spekulation.

996 Insgesamt muss die EU-Klimapolitik am Hauptziel des Pariser Klimaschutzabkommens ausgerichtet
997 werden: die Erderwärmung auf mindestens 2-Grad, möglichst aber auf 1,5 Grad gegenüber vorindust-
998 riellen Werten zu begrenzen. Die bestehenden Ziele, Regularien und Instrumente der EU sind weit
999 entfernt davon, diesem Ziel zu dienen. Darum brauchen einen europäischen Klimaschutzplan:

1000 – Energie: Der Kohleausstieg muss europaweit sofort beginnen und bis 2035 abgeschlossen sein.
1001 Wir wollen keine neue fossile Infrastruktur. Erneuerbare Energien müssen ausgebaut werden -
1002 bürgernah. Atomkraft und Fracking erteilen wir eine Absage.

1003 – Agrar: Wir setzen auf nachhaltige Landwirtschaft und regionale Kreisläufe statt langer Transport-
1004 wege.

1005 – Verkehr: Wir verlagern einen Großteil des Güterverkehrs und innereuropäischen Flugverkehrs auf
1006 die Schiene.

1007 – Mobilität: Autofreie Innenstädte fördern, in Bus und Bahn investieren. Im ticketlosen und flächen-
1008 deckend gut ausgebauten ÖPNV fahren alle mit.

1009 – Die großen Energiekonzerne sind faktische Monopole. Die großen Energiekonzern wollen wir
1010 vergesellschaften. Wir wollen Demokratie und öffentliches, genossenschaftliches Eigentum in der
1011 Energieversorgung stärken: Stadtwerke und Energiegenossenschaften in Bürgerhand. Die bisheri-
1012 gen rechtlichen europäischen Hürden (z. B. Vergabegesetz) sind entsprechend zu ändern.

1013 Bis zum Jahr 2040 muss die Energieerzeugung vollständig aus erneuerbaren Quellen und hauptsäch-
1014 lich dezentral organisiert sein.

1015 – Die EU-Emissionen von klimaschädlichen Treibhausgasen müssen bis 2030 um mindestens
1016 60 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden, bis zum Jahr 2050 um 95 Prozent.

1017 – Der Emissionshandel hat als zentrales Klimaschutzinstrument der EU komplett versagt. Auch nach
1018 seiner Reform wird es noch ein Jahrzehnt dauern, bis er relevante Wirkungen im Sinne des Klima-
1019 schutzes haben wird. Darum muss er ergänzt werden durch nationale Abschaltpläne für Kohle-
1020 kraftwerke in Verbindung mit europäischen bzw. regionalen CO2-Mindestpreisen bzw. Begrenzun-
1021 gen von Vollaststunden (Nutzungsgrad der Anlage) für jeweils verbliebene Meiler. Deutschland soll
1022 hier seine europäische Verantwortung wahrnehmen, indem es zunächst die 20 ältesten Braunkoh-
1023 lemeiler über 100 MW Leistung bis 2020 stilllegt und die verbleibenden Kohlekraftwerke drosselt.
1024 Zwischen 2030 und 2035 muss der letzte deutsche Kohlemeiler vom Netz.

1025 – Es braucht in der EU eine öffentliche Emissionsbremse! Öffentliches Geld darf nicht mehr in
1026 Konzerne investiert werden, die Geschäfte mit fossilen Energieträgern machen.

1027 – Der Einstieg in den Kohleausstieg muss europaweit mit Investitionshilfen und einer sozialen
1028 Abfederung des Strukturwandels verbunden werden. Kohlekraftwerke dürfen nicht über sogenann-
1029 te »Kapazitätsmärkte« subventioniert werden. Dies muss in der europäischen Verordnung zum
1030 Strommarkt verboten werden. Dies ist ein Beitrag zur Klimagerechtigkeit. Dafür brauchen wir
1031 entsprechende Regelungen im europäischen Beihilferecht. Der Kohleausstieg darf nicht auf dem
1032 Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. In Deutschland wollen wir aus Bundesmitteln 500

- 1033 Millionen Euro bereitstellen, um den Strukturwandel in den Braunkohleregionen zu unterstützen
1034 und sozial abzusichern.
- 1035 – Der Anteil erneuerbarer Energien am Verbrauch in der EU muss bis 2030 auf mindestens
1036 45 Prozent ansteigen, bis 2040 auf 100 Prozent. In Deutschland muss hier wieder Vorreiter werden
1037 und alle Ausbaudeckel abschaffen.
- 1038 – Die Produktion von erneuerbaren Energien, insbesondere Agroenergien, muss nachhaltig sein. Bio-
1039 Energien dürfen nicht die Nahrungsmittelversorgung oder Biodiversität gefährden. Landgrabbing
1040 und Importe von Agrotreibstoffen aus dem globalen Süden lehnen wir ab.
- 1041 – Europaweit sollen Kommunen an den Erträgen aus Wind- und Solarkraft beteiligt werden, die
1042 Investoren auf dem Gemeindegebiet erwirtschaften.
- 1043 – DIE LINKE kämpft für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Die europäische Vertragsge-
1044 meinschaft Euratom muss gekündigt und aufgelöst werden. Die europäische Kommission darf in
1045 Zukunft keine staatlichen Beihilfen mehr für den Bau von neuen Atomkraftwerken genehmigen
- 1046 – Die Vorgaben für die Wirtschaft zu Energiesparen und die Energieeffizienzrichtlinie müssen
1047 verschärft werden. Der Primärenergieverbrauch soll in der EU gegenüber dem Jahr 2000 um
1048 40 Prozent bis 2030 und um 60 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts sinken.
- 1049 – Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes wird europaweit eine Herausforderung, auch
1050 für die Sozialpolitik. Wir wollen verhindern, dass die energetische Sanierung dazu genutzt wird, die
1051 Mieten hochzutreiben: durch bessere öffentliche Förderung und mit einer wirksamen Mietpreis-
1052 bremsen.
- 1053 – Die LINKE wendet sich gegen Importe von Liquefied Natural Gas (LNG) in die EU und gegen den
1054 Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur für die Anlandung und Verteilung und gegen zusätzliche
1055 Erdgaspipelines.
- 1056 – Wir lehnen die durch Verpressung von Chemikalien unterstützte Förderung von Erdöl und Erdgas
1057 (Fracking) ab.
- 1058 – Wir wollen den Vorrang für öffentliche und genossenschaftliche Eigentumsformen in der Daseins-
1059 vorsorge durchsetzen. Dienstleistungen sind für den Bedarf der Menschen da, nicht damit Unter-
1060 nehmen Profite machen.
- 1061 – Wir werden die Energiearmut bekämpfen. Der Zugang zu Energie und Wasser sind soziale Grund-
1062 rechte – dies muss in der europäischen Gesetzgebung verankert werden. Wir wollen keine Strom-
1063 sperren in Europa und den Zugang zu Energie für alle. Energie darf für einkommensschwache
1064 Haushalte nicht zum Luxusgut werden. Staatliche Strompreisaufsichten müssen in allen Mitglied-
1065 staaten der EU die Entwicklung der Strompreise kontrollieren.

1066 Die Wettbewerbspolitik der EU will alle öffentlichen Dienstleistungen, auch die Versorgung mit
1067 Energie, den europäischen Binnenmarktregeln unterwerfen. Europas Konzerne sollen mit Dienstlei-
1068 stungen im öffentlichen Sektor (z. B. Energie, Wasser, Gesundheit, öffentlicher Verkehr) Profite machen
1069 können. Wir lehnen das ab und wollen stattdessen ein Grundrecht auf Energie und Wasser.

1070 Mehr Mobilität mit weniger Verkehr

1071 Die Verkehrsverhältnisse sind ungerecht und machen krank. Mehr Autoverkehr bedeutet mehr
1072 Belastung mit CO₂, Stickoxiden und Feinstaub. Für gute Alternativen wie Bus, Bahn und den Ausbau
1073 von Schienen und Radwegen wird zu wenig Geld ausgegeben. Die Bundesregierung muss sich an die
1074 strengen europäischen Abgasvorschriften halten und darf nicht einseitig erhöhte Abgasemissionen
1075 zulassen.

1076 Verkehr ist eine zentrale Ursache für Klimawandel und Umweltverschmutzung. Der Betrug der
1077 Autoindustrie hat gezeigt: es wird höchste Zeit, dass verbindliche Regeln durchgesetzt werden. Die EU
1078 hat mit der Lissabon-Strategie auch billige Flugverbindungen gefördert. Billig fliegen heißt: schlechte
1079 Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, schlechte Sicherheitsstandards, hohe Umweltverschmut-
1080 zung. DIE LINKE unterstützt die Beschäftigten von Ryanair, die sich europaweit für ihre Arbeitsrechte
1081 und eine bessere Bezahlung einsetzen. Wir fordern verbindliche Sozialstandards für alle Beschäftigten
1082 des europäischen Luftverkehrs.

- 1083 Wir wollen eine Verkehrswende: Wir fördern Öffentlichen Nahverkehr, bauen europaweit das Schie-
1084 nennetz aus, machen Radverkehr attraktiver und schaffen die Förderung der EU für neue Straßen und
1085 Flughäfen ab. Viele Kommunen sind mit guten Modellprojekten voran gegangen. Davon können wir
1086 lernen. Flächendeckende bezahlbare Mobilität für alle durch den Ausbau des ÖPNV ist zu verbessern
1087 anstatt ohne Verkehrsreduzierung Diesel- und Otto-Motoren gegen E-Motoren auszutauschen.
1088 Letzteres nützt nur den Automobilkonzernen.
- 1089 Viele Menschen in Europa können sich keine Tickets leisten. Unser Ziel ist, europaweit den Öffentliche
1090 Nahverkehr ticketfrei zu machen: Die alltäglichen Ziele erreichen, alle fahren mit. Schritte dahin sind:
- 1091 – Ein Förderprogramm, bei dem der Nahverkehr verbessert und die Fahrpreise bis zum Nulltarif
1092 gesenkt werden. Kinder und Jugendliche haben freie Fahrt. Wir wollen Modellprojekte mit kosten-
1093 freiem Nahverkehr in den Städten mit der größten Luftbelastung.
 - 1094 – Die Eisenbahn muss zur Flächenbahn mit schnellen Verbindungen entwickelt werden; reine
1095 Highspeed-Bahnen nützen den meisten Fahrgästen nichts. Ein beträchtlicher Teil des innereuropäi-
1096 schen Flugverkehrs muss auf die Schiene verlagert werden. Das europäische Nachtzug-Netz muss
1097 dafür ausgebaut werden. Wir treten für die Einführung eines europaweiten integralen Taktfahrpla-
1098 nes und eines gemeinsamen Ticketbuchungssystems ein, um grenzüberschreitendes Bahnfahren
1099 gegenüber dem Fliegen attraktiver zu machen.
 - 1100 – Die EU plant die Eisenbahninfrastruktur vom -betrieb zu trennen, wir lehnen das ab. Wir unterstüt-
1101 zen die europäischen Bahngewerkschaften und die Europäische Transportarbeiterföderation (ETF)
1102 in ihrem Einsatz gegen eine weitere Liberalisierung im Eisenbahnbereich und die Zerschlagung
1103 bisheriger, überwiegend noch in öffentlicher Hand befindlicher Eisenbahngesellschaften. Öffentli-
1104 che Bahnen und der ÖPNV dürfen nicht Wettbewerb und Kommerzialisierung geopfert werden.
 - 1105 – Wir wollen Zugtickets bezahlbar machen und Verbraucherrechte stärken.
 - 1106 – Geld für öffentlichen Verkehr statt Militär: Die EU plant, 6,5 Milliarden Euro auszugeben, um
1107 Brücken, Häfen, Eisenbahnlinien und Straßen in Europa panzerfähig zu machen. In der Connecting
1108 Europe Facility werden erstmals Gelder für militärische Mobilität bereitgestellt. Wir wollen dieses
1109 Geld in den Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs investieren.
 - 1110 – Die LKW-Maut soll in der ganzen EU für Lkw ab 3,5 Tonnen verbindlich werden, externe Kosten
1111 durch Luftverschmutzung, Lärm und Klimabelastung müssen in voller Höhe angelastet werden. Wir
1112 wollen die Lenkzeiten der LKW-Fahrerinnen und -Fahrer verkürzen und die Ruhezeiten verlängern.
1113 Die Sozialvorschriften EU müssen eingehalten werden. Wir wollen, dass die Entsenderichtlinie auch
1114 für den Transpostsektor gilt, so dass es keinen Wettbewerb nach unten bei den Arbeitsstandards
1115 und den Löhnen der Fahrerinnen und Fahrer aus unterschiedlichen Ländern gibt.
 - 1116 – Die Bundesregierung muss sich an die strengen europäischen Abgasvorschriften halten und darf
1117 nicht einseitig erhöhte Abgasemissionen zulassen.

1118 Ressourcen schützen

- 1119 Wir wollen weniger Rohstoffe verbrauchen, natürliche Ressourcen schützen den Flächenverbrauch und
1120 Abfall reduzieren. In der Zukunft brauchen wir dafür eine möglichst vollständige Kreislaufwirtschaft. In
1121 Deutschland und der EU ist dafür notwendig:
- 1122 – Lang haltbare Produkte machen wir attraktiver, auf nicht erneuerbare Rohstoffe und Einwegverpa-
1123 ckungen werden Abgaben erhoben. Wir wollen Produkte und Geräte, die von hoher Qualität sind,
1124 eine lange Lebensdauer besitzen, reparierbar sind und deren Komponenten weitgehend wieder-
1125 oder weiterverwendet werden können.
- 1126 Wir wollen verbindliche ökologische und soziale Standards für den Abbau von Rohstoffen. Die
1127 Sorgfaltspflicht muss entlang der gesamten Lieferkette eingehalten werden – einschließlich von
1128 Mineralien aus Konflikt- und Hochrisikogebieten und der Produkte, die solche Ressourcen enthalten.

- 1129 – Unternehmen müssen dazu verpflichtet werden, öffentlich über soziale und ökologische Standards
- 1130 der von ihnen verwendeten Ressourcen Bericht zu erstatten. Sie müssen für die Folgen ihrer Ge-
- 1131 schäfte international zur Verantwortung gezogen werden können.
- 1132 – Die Nutzung von Kunststoffen wollen wir drastisch reduzieren. Durch eine EU-Plastikstrategie
- 1133 wollen wir die Verwendung von Kunststoffen so weit wie möglich gegen Null führen und Mikroplas-
- 1134 tik verbieten.

1135 Für eine gerechte und ökologische Landwirtschaft

- 1136 Die Landwirtschaft wird in der EU und durch die EU liberalisiert und globalen Agrarmärkten ausgelie-
- 1137 fert. Industrielle Formen der Agrarerzeugung machen Druck. In ländlichen Regionen gehen Arbeits-
- 1138 plätze verloren. Gleichzeitig werden durch Subventionen europäische Landwirtschaftsprodukte bis auf
- 1139 die die Märkte im globalen Süden verbreitet: Es ist das subventionierte Hühnerklein aus der EU, das in
- 1140 Afrika die Menschen um ihre Lebensgrundlage bringt.
- 1141 Wir setzen auf regionale Kreisläufe und eine sozial und ökologisch verträgliche, nachhaltige Landwirt-
- 1142 schaft, die den Lebensstandard der Menschen innerhalb und außerhalb der EU sichert. Wir wollen eine
- 1143 Landwirtschaft, die gesunde Nahrungsmittel produziert und die Umwelt und Landschaft schützt.
- 1144 Wir wollen die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) zu einer Politik weiterentwickeln, die zur Lösung der
- 1145 wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme beiträgt. Die Strukturfonds wollen wir so
- 1146 umbauen, dass soziale und ökologische Kriterien verpflichtend für eine Subventionszahlung sind.
- 1147 – Gute Arbeit in der Landwirtschaft mit flächendeckenden Mindestlöhnen sozialversicherungspflich-
- 1148 tige Arbeitsplätze muss auch für mitarbeitende Familienangehörige und
- 1149 Saisonarbeitskräfte Normalität sein. Ausbildung und Beschäftigung für Menschen mit Behinderun-
- 1150 gen sowie die Anrechnung der Arbeitskosten bei Großbetrieben sollen überprüfbare Voraussetzun-
- 1151 gen für die Zahlung von Prämien aus dem Agrar-Etat der EU werden.
- 1152 – Mehr Bienen, mehr Käfer: Wir wollen den Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln
- 1153 und chemischen Unkrautvernichtern drastisch reduzieren. Zulassungsbedingungen von Chemika-
- 1154 lien wollen wir rigoros verschärfen. Wir wollen Landwirtinnen und Landwirte darin unterstützen, die
- 1155 Arten- und Biotopvielfalt zu erhalten und wiederherzustellen. Insekten, Wirbellose, Klein- und
- 1156 Großsäuger, Vögel und verschiedene Pflanzenarten sind auf eine strukturierte Kulturlandschaft und
- 1157 auf schadstoffarme Bewirtschaftung angewiesen.
- 1158 – Wir unterstützen Weidetierhaltung durch eine gekoppelte Prämie und finanzieren Herdenschutz-
- 1159 maßnahmen.
- 1160 – Die EU muss ihre Orientierung auf Wettbewerb und Export aufgeben. Stattdessen sollen regionale
- 1161 Erzeugung, Verarbeitung und Wertschöpfung gefördert werden.
- 1162 – Statt mit Freihandelsabkommen wollen wir faire internationale Handelsbeziehungen für nachhaltig
- 1163 produzierte Agrarprodukte und Rohstoffe.
- 1164 – Futtermittelimporte in die EU wollen wir reduzieren.
- 1165 – In der Erzeugerkette muss es eine faire Gewinn- und Risikoverteilung geben. Produzierende, die
- 1166 das größte Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn erhalten. So bleiben Lebensmittel
- 1167 erschwinglich und können kostendeckend produziert werden.
- 1168 – Wir wollen Landgrabbing verbieten. Verkauf bzw. Überlassung großer Landflächen an wenige
- 1169 Konzerne zerstört die Lebensgrundlagen der einheimischen Bevölkerung und führt zu Hunger,
- 1170 Vertreibung und Flucht. Boden ist keine handelbare Ware. Die Bodenspekulation muss beendet
- 1171 werden und landwirtschaftliche Fläche vor Ort wirtschaftenden Landwirtinnen und Landwirten zur
- 1172 Verfügung stehen.
- 1173 – Wir wollen Massentierhaltung, die nicht tiergerecht und umweltgerecht ist, verbieten. Lebendtier-
- 1174 transporte müssen drastisch eingeschränkt werden.
- 1175 – Gentechnik in der Landwirtschaft und Patente auf Pflanzen, Tiere und anderes Leben lehnen wir ab.
- 1176 Das uneingeschränkte Recht auf freien Nachbau des Saatgutes muss wiederhergestellt, Konzerne
- 1177 wie Monsanto entmachtet werden.

1178 – Die Wälder in der EU müssen nachhaltig bewirtschaftet werden. Der illegale Holzhandel muss
1179 stärker bekämpft werden. In waldarmen europäischen Ländern soll verstärkt aufgeforstet werden.

1180 Gemeinsam mit dem Bündnis »Wir haben es satt« fordert DIE LINKE, dass die EU in Zukunft eine tier-,
1181 klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass die Bäuerinnen und Bauern, die das schon
1182 heute umsetzen, faire Preise bekommen.

1183 Die Meere schützen, Überfischung stoppen

1184 Die Meere sind an vielen Orten leergefischt – mit Unterstützung und Subventionen der EU und oft
1185 illegal. Gerade vor der Küste in Westafrika zerstören die europäischen Trawler die Lebensgrundlagen
1186 der Menschen vor Ort.

1187 Wir wollen, dass der Fischfang wirksam reguliert wird: So dass nicht mehr Fische gefischt werden, als
1188 nachwachsen können. So dass die Lebensgrundlagen und die Arbeitsbedingungen der Menschen in
1189 der der EU, auf den Schiffen und in den Fanggebieten gesichert werden.

1190 Die EU hat eine Rahmenrichtlinie der Meeresstrategie; sie muss konsequent umgesetzt werden. Dazu
1191 müssen auch großflächige Meeresschutzgebiete eingerichtet werden.

1192 – Der kommerzielle Walfang muss gestoppt werden.

1193 – Die Belastung der Meere durch Müllentsorgung, Stoffe aus der Landwirtschaft und der Industrie
1194 muss drastisch gemindert werden. Das Marpol-Übereinkommen ist eine Grundlage dafür. Verstöße
1195 müssen effektiver geahndet werden.

1196 – Die EU muss durch verbindliche Standards und harte Sanktionen den Schutz der Meeresbiotope
1197 durchsetzen. Kleinere Betriebe sollen dabei unterstützt werden. Die notwendigen Fangreduzierun-
1198 gen dürfen nicht auf Kosten der in der Fischerei Beschäftigten gehen. Fischereisubventionen
1199 müssen an nachhaltige und soziale Standards gekoppelt werden.

1200 – Die Immissionsschutzbestimmungen für Wasserfahrzeuge und Infrastrukturprojekte müssen
1201 verschärft werden. Bei der technischen Umstellung ist eine Unterstützung der traditionellen Fami-
1202 lienbetriebe der Fischerei erforderlich.

1203 Die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten

1204 Saubere, schadstofffreie Gewässer, Böden und Luft und die biologische Vielfalt sind unsere Lebens-
1205 grundlagen. Wir wollen:

1206 – Die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie durchsetzen.

1207 – Einen EU-Naturschutzfonds für die Finanzierung von NATURA-2000 und Förderung von weiteren
1208 Maßnahmen zum Erhalt der Biologischen Vielfalt einrichten.

1209 – Das LIFE-Programm auf ein Prozent des EU-Haushalts aufstocken, da es sich als effektiv für die
1210 Verbesserung des Zustandes von Natur und Umwelt erwiesen hat.

1211 – Eine konsequente und vollständige Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, um einen guten
1212 ökologischen Gewässerzustand zu erreichen. Die Wasserrahmenrichtlinie und ihre Tochtrichtli-
1213 nien dürfen nicht aufgeweicht oder geöffnet werden.

1214 – Eine strikte Einhaltung des Vorsorgeprinzips bei der Regulierung von hormonschädlichen Stoffen
1215 und eine Chemikalienpolitik, die die Gesundheit des Menschen in den Vordergrund stellt.

1216 Wirksamer Tierschutz

1217 Der Tierschutz in der EU hat große Mängel: Noch immer gibt es Tierversuche und nicht tiergerechte
1218 Haltung. Produkte aus tierquälerischer Haltung oder von aus der Natur entnommenen Wildtieren
1219 werden weiter importiert. Ausschlaggebend dafür sind wirtschaftliche Interessen: Hühner in Käfigbat-
1220 terien sind billiger als Hühner in Freilandhaltung, wilde Graupapageien sind billiger als gezüchtete
1221 Tiere, und Meeressäuger in Delfinarien versprechen kräftige Gewinne für die Betreiber. Die tatsächli-
1222 chen Schäden an Natur und Umwelt sind in keiner Rechnung aufgelistet.

- 1223 – DIE LINKE setzt sich für verbindliche Tierschutzvorschriften auf EU-Ebene ein.
- 1224 – Wir fordern ein grundsätzliches Verbot von Tierversuchen. Stattdessen müssen Alternativen
- 1225 erforscht und gefördert werden. Wir fordern tiergerechte und ethisch vertretbare Haltungs- und
- 1226 Transportbedingungen für Nutztiere und die Stärkung regionaler Vermarktungskreisläufe. Die
- 1227 industrielle Tierhaltung muss durch umwelt- und ressourcenschonende Haltungsformen ersetzt
- 1228 werden.
- 1229 – DIE LINKE setzt sich für ein EU-weites Tierschutzsiegel sowie eine einheitliche Kennzeichnung von
- 1230 veganen und vegetarischen Lebensmitteln im Einzelhandel ein. Tierschutzverbände sollen in der EU
- 1231 ein Verbandsklagerecht erhalten.

1232 6. Für Frieden in Europa und der Welt

1233 Der Frieden in Europa und in der Welt ist so bedroht wie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr.
 1234 Aufrüstung und Wettrüsten bestimmt die Strategien der alten und neuen Großmächte, zu denen die
 1235 EU gehört. Auch Deutschland treibt die Aufrüstung voran. Der NATO-Generalsekretär spricht wie im
 1236 Kalten Krieg davon, dass ein »Gleichgewicht des Schreckens« hergestellt werden müsste. Die Arsenale
 1237 der Atomwaffen werden modernisiert. Das erhöht die Gefahr eines Atomkrieges. Und es treibt die
 1238 weltweiten Ausgaben für Rüstung in die Höhe. DIE LINKE weiß: Waffen schaffen keinen Frieden und
 1239 ein Gleichgewicht des Schreckens verbreitet vor allem eins: Schrecken. Gegen die neuen Kriege ist es
 1240 noch dazu wirkungslos: Sie lassen sich nicht mit militärischer Übermacht gewinnen, sie führen wie
 1241 etwa in Syrien eher zu endlosen Bürgerkriegen. Die Anzahl militärischer Auseinandersetzungen nimmt
 1242 zu: 2017 waren es weltweit 20 Kriege und 385 militärische Konflikte. Fast 70 Millionen Menschen
 1243 sind auf der Flucht. 815 Millionen Menschen leiden an Hunger. Das sind die Herausforderungen, die
 1244 im Mittelpunkt von globaler Politik stehen müssten.

1245 US Präsident Trump setzt auf militärische Aufrüstung und Abschreckung und auf einseitige Durchset-
 1246 zung seiner Interessen. Institutionen der gegenseitigen Verhandlung wie die UNO werden systema-
 1247 tisch geschwächt. In der EU wird Trumps Vorgehen genutzt, um selber die Aufrüstung voranzutreiben.
 1248 Gerade die Bundesregierung aus Union und SPD ist hier eine treibende Kraft. Die Folgen sind:
 1249 Stellvertreterkriege, die Aufkündigung internationaler Verträge und Abrüstungsvereinbarungen sowie
 1250 Handelseinseitigkeiten.

1251 Als Ziel für die EU wird »strategische Autonomie« ausgegeben. Gemeint ist: ein eigener Militäretat,
 1252 eigene Befehlsstrukturen und Einsätze, die von den nationalen Parlamenten unabhängig beschlossen
 1253 werden können. Viele machen wie Olaf Scholz von der SPD »Eigenständigkeit« an einer »echten
 1254 europäischen Armee« fest. Ziel dieser »ständigen strukturierten Zusammenarbeit« (PESCO) ist ein
 1255 gemeinsamer Rüstungsmarkt und die Rüstungsindustrie europäisiert werden. Der Binnenmarkt für
 1256 Verteidigungsgüter soll gestärkt werden.

1257 Der Ausbau einer »Verteidigungsunion« oder »Militärunion« eigenständiger Militärpolitik, eine
 1258 europäische Armee und andere Vorhaben der Militarisierung führen nicht zu mehr Sicherheit für die
 1259 Menschen in Europa, sondern sichern nur Konzerninteressen militärisch ab. Wir wollen die Militarisie-
 1260 rung der EU beenden. Sicherheit gibt es nur mit konsequenter Friedenspolitik und Förderung globaler
 1261 Gerechtigkeit statt nationaler Standortkonkurrenz.

1262 2012 hat die EU den Friedensnobelpreis erhalten. Zu Unrecht. Seitdem wurden neoliberale Wirt-
 1263 schafts- und Handelsabkommen ausgeweitet, im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenar-
 1264 beit (PESCO) wird Aufrüstung vorangetrieben, ein milliardenschwerer Europäischer Verteidigungsfonds
 1265 (EVF) eingerichtet und Europa zur Festung ausgebaut, gestützt auf polizeiliche und militärische
 1266 Maßnahmen von Frontex.

1267 DIE LINKE stellt sich Militarisierung und Aufrüstung entgegen. Wir wollen eine Union der Abrüstung
 1268 und Entmilitarisierung. Wir wollen eine friedliche Außen-, Entwicklungs-, und Menschenrechtspolitik,
 1269 die auf Solidarität, Kooperation und Entspannung setzt und eine starke parlamentarischen Kontrolle.

1270 Gegen die Militarisierung der EU: Abrüsten!

1271 Im Juni 2016 hat die EU eine Strategie verabschiedet, um Europa in Fragen der Sicherheits- und
1272 Außenpolitik »unabhängiger« zu machen. Die Rolle der NATO wird nicht in Frage gestellt. Ihr soll eine
1273 bewaffnete EU an die Seite gestellt werden. Geplant ist eine große Umschichtung von finanziellen
1274 Mitteln zugunsten von Aufrüstung und Militarisierung: Der Europäische Verteidigungsfonds (EVF) soll
1275 jährlich ca. 585 Mio. Euro aus EU-Haushaltsmitteln für Forschungsprogramme im Verteidigungsbe-
1276 reich sowie ca. 1,27 Mrd. Euro im Jahr für die Entwicklung und Beschaffung neuer Waffen-, Kommuni-
1277 kations- und Transportsysteme und weiterer Rüstungsgüter und –Technologien bereitstellen. Diese
1278 Mittel sollen durch Beiträge der Mitgliedstaaten in Höhe von bis zu 5 Mrd. Euro ergänzt werden.
1279 Insgesamt sollen jährlich rund 7 Mrd. Euro zusätzlich investiert werden. Nicht für den gesellschaftli-
1280 chen Bedarf, sondern für die Stärkung des Militärs. Das entspricht der Hälfte dessen, was weltweit zur
1281 Beendigung des akuten Hungers benötigt würde. Da wäre das Geld besser aufgehoben – und das wäre
1282 ein besserer Beitrag für die weltweite Sicherheit.

1283 Insgesamt sind im mehrjährigen Finanzrahmen (2021-2027) der EU bis zu 46 Mrd. Euro öffentliche
1284 Investitionen für Verteidigung, Rüstung und militärisch relevante Forschungsprojekte vorgesehen. Die
1285 Ausgaben der Mitgliedstaaten kommen noch hinzu. Und die müssen ständig steigen, so besagen es
1286 die Verträge der EU: »Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise
1287 zu verbessern.« »Verbessern« meint: erhöhen. Neben der »Verbesserung« der militärischen Kapazitä-
1288 ten durch neue Technologien und die Förderung von Standardisierung bei Rüstungsgütern geht es
1289 ausdrücklich darum, die europäische Rüstungsindustrie zu stärken.

1290 Im Rahmen der ständigen strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) verpflichten sich die beteiligten
1291 Mitgliedstaaten zur Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben und schaffen eigene Entscheidungsstruktu-
1292 ren und Projekte. Mit dem Europäischen Verteidigungsfond (EVF) soll ein Militärhaushalt ins Leben
1293 gerufen werden, über den bevorzugt PESCO-Rüstungsprojekte finanziert werden sollen. Durch PESCO
1294 wird das Konsensprinzip in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ausgehebelt. Ein Projekt
1295 von PESCO ist die sogenannte Military Mobility: Infrastruktur soll geschaffen werden, um die schnelle-
1296 re Verlegung von Kriegsgerät zu ermöglichen. 6,5 Milliarden Euro sollen investiert werden, um Straßen
1297 und Brücken panzerfest zu machen. Es zeigt sich: Wenn es um Militarisierung geht, bricht die EU ihre
1298 eigenen Regeln, aber nicht, wenn es um den Bedarf der Bevölkerung geht!

1299 Schon 2017 erreichten die weltweiten Militärausgaben mit 1,739 Billionen US-Dollar den höchsten
1300 Stand seit Ende des Kalten Krieges. Mit 630 Mrd. US-Dollar machen die Ausgaben der USA ein gutes
1301 Drittel davon aus. Die Europäischen NATO-Mitgliedstaaten geben alleine, ohne die USA, dreimal so
1302 viel für Rüstung aus wie Russland, die NATO insgesamt vierzehnmal so viel. Bei Erreichen ihres
1303 Aufrüstungszieles von zwei Prozent des Haushaltes hätte Deutschland alleine höhere Rüstungsausga-
1304 ben als die Atommacht Russland. Das zeigt: Die angebliche Bedrohung durch Russland ist nur ein
1305 Vorwand für die Aufrüstungsprogramme von NATO und EU.

1306 Die EU will mit diesen Schritten zur Aufrüstung auch handlungsfähiger gegen terroristische Bedrohun-
1307 gen werden. Über die Europäische Friedensfazilität (EFF) sollen im nächsten EU-Haushalt EU-
1308 Militäreinsätze sowie die Aufrüstung und Ausbildung von Verbündeten in Höhe von bis zu 10,5 Mrd.
1309 Euro finanziert werden. Aber Terror kann nicht militärisch besiegt werden! Die Bilanz des »Kriegs
1310 gegen Terror«, der seit 2001 gegen Afghanistan, Irak, Libyen, Jemen und Pakistan geführt wird ist
1311 desaströs: viele Hunderttausende Tote – und der Terrorismus wächst. DIE LINKE wirbt dafür, aus der
1312 Gewaltspirale auszusteigen und das Problem des Terrorismus an seiner Wurzel zu packen: gleichbe-
1313 rechtigte Entwicklungszusammenarbeit, Armutsbekämpfung und Verzicht auf präventive Kriegsfüh-
1314 rung sind dafür zentral.

1315 Das Ziel der EU-Maßnahmen ist dagegen, eine »Verteidigungsunion« zu gründen. bedeutet im Klartext:
1316 die EU zu militarisieren. Die Bundesregierung treibt diese Entwicklung voran. DIE LINKE lehnt eine
1317 militarisierte EU ab. Abrüstung, nicht Aufrüstung schafft Frieden!

- 1318 – Wir fordern die Auflösung der EU Battlegroups.
- 1319 – Die Verteidigungsagentur der EU wollen wir auflösen.

- 1320 – Die »Ständige Strukturierte Zusammenarbeit« (PESCO), die eigenständige militärische Strukturen
- 1321 der EU bildet und Voraussetzungen für eine eigene europäische Armee schafft, wollen wir beenden.
- 1322 Die geplanten Rüstungshaushalte EVF, EFF und die Ausgaben für Militärische Mobilität müssen
- 1323 gestrichen werden.
- 1324 – Die Verträge der EU müssen geändert werden: Die Aufrüstungsverpflichtung für die Mitgliedstaaten
- 1325 schreibt die Militarisierung in die Grundlagen der EU und muss abgeschafft werden.
- 1326 – Stattdessen muss die EU sich auf zivilen Konfliktlösungskapazitäten beschränken und diese
- 1327 stärken.
- 1328 – Wir wollen konventionelle Streitkräfte abrüsten. Als ersten Schritt wollen wir eine konventionelle
- 1329 Rüstungskontrolle in Europa nach dem Vorbild des A-KSE-Vertrags (Angepasster Vertrag über
- 1330 Konventionelle Streitkräfte in Europa).
- 1331 – DIE LINKE fordert, dass die Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag der UN unterzeichnet
- 1332 und sich dafür in der gesamten EU stark macht, mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Zone.

1333 Rüstungsexporte verbieten

1334 Waffen aus der EU kommen in vielen Konflikten und Kriegen zum Einsatz. Frankreich und Deutschland
 1335 sind nach den USA und Russland die größten Rüstungsexporteure. Zu den Empfängerländern gehören
 1336 kriegführende Länder wie Saudi-Arabien und Länder, in denen Menschenrechte missachtet und die
 1337 eigene Bevölkerung mit Waffengewalt unterdrückt wird. Die EU hat sich auf verbindliche Regeln mit
 1338 festen Kriterien zum Umgang mit Rüstungsexporten festgelegt, diese werden jedoch ständig übergan-
 1339 gen. Strengere Ausfuhrgenehmigungen oder Kontrollen blieben wirkungslos. Neben Panzern, Raketen
 1340 oder Kleinwaffen werden auch militärische Dienstleistungen exportiert, die keiner Kontrolle unterlie-
 1341 gen. Private Sicherheitsfirmen arbeiten als Söldner in Konfliktgebieten. Die mangelnden Vorschriften
 1342 und Kontrollen bei der Auslieferung von sogenannten Dual-Use-Gütern haben dazu geführt, dass u.a.
 1343 deutsche Firmen die Chemikalien für das in Syrien eingesetzte Giftgas lieferten. Rüstungsexporte
 1344 bringen keinen Frieden, sondern verschärfen Konflikte!

1345 Daher fordert DIE LINKE:

- 1346 – Stopp aller Rüstungsexporte! Exporte von Waffen, Rüstung und Waffenteilen in Krisen- und
- 1347 Kriegsgebiete müssen sofort ausgesetzt werden.
- 1348 – EU-Mitgliedstaaten, die die EU-Vorschriften für Waffenexporte nicht einhalten, müssen mit
- 1349 Sanktionen bestraft werden.
- 1350 – Rüstungsindustrie darf durch die EU nicht weiter gefördert werden.
- 1351 – Dual-Use-Gütern, die für zivile und militärische Zwecke eingesetzt werden (können), müssen
- 1352 gekennzeichnet werden.
- 1353 – Dual-Use-Güter, die zur Waffenproduktion genutzt werden können, dürfen nicht an Staaten
- 1354 geliefert werden, die keine internationalen Abrüstungsverträge unterzeichnet haben.
- 1355 – Entwicklung, Produktion und Verwendung von vollautonomen Waffen müssen verboten werden und
- 1356 vollautonome Waffensysteme international geächtet werden.
- 1357 – Der Handel mit militärischen oder militär-relevanten Dienstleistungen muss kontrolliert werden.
- 1358 – Wir wollen die EU-Rüstungsagentur abschaffen.
- 1359 – Unser Investitionsprogramm umfasst auch Mittel für den zivilen Umbau der Rüstungsindustrie. Die
- 1360 Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie müssen in ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Ar-
 1361beitsplätze überführt werden. Die bestehenden Rüstungskapazitäten müssen umgebaut werden
 1362 (Rüstungskonversion).

1363 Konflikte friedlich lösen

1364 DIE LINKE steht für Frieden, für Demokratisierung der internationalen Beziehungen, für eine gerechte
 1365 und solidarische Weltwirtschaftsordnung, für die Achtung des Völkerrechts und eine nachhaltige
 1366 globale Entwicklung. Langfristig wollen wir ein Deutschland, eine EU und eine Welt ohne Armeen und
 1367 ohne Kriege.

1368 Was die EU und ihre Mitgliedstaaten - besonders die deutsche Regierung - in der Sicherheitspolitik
1369 vorantreibt, schafft keinen Frieden und keine Entspannung, sondern befeuert die Konflikte weiter. Die
1370 EU muss sich der Sicherung des Friedens in der Region verschreiben.

- 1371 – Die OSZE sollte mehr als ein Instrument zur Bearbeitung und Lösung regionaler Konflikte sein. Sie
1372 muss das zentrale Forum für eine gesamteuropäische, gemeinsame Sicherheitsarchitektur werden,
1373 die auf Abrüstung und politische Veränderung in Richtung kollektiver und strukturell nicht angriffs-
1374 fähiger Verteidigungssysteme zielt.
- 1375 – Wir wollen, dass die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird und die Bundesre-
1376 publik aus den militärischen Strukturen des Bündnisses austritt. Perspektivisch wollen wir die
1377 NATO auflösen und durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung von Russland
1378 ersetzen, das auf Abrüstung zielt.
- 1379 – Wir wollen eine neue, auf Entspannung orientierte Ostpolitik. Sicherheit in Europa kann nur
1380 Sicherheit mit und nicht gegen Russland sein. Das muss die sicherheitspolitische Orientierung von
1381 europäischem und deutschem Handel werden. Militärmanöver oder Pläne zur Stationierung von
1382 Waffensystemen entlang der russischen Westgrenze heizen Konflikte an. Wir lehnen sie ab. Die EU
1383 Sanktionen gegen Russland müssen beendet werden.
- 1384 – Über die UNO muss eine globale Abrüstungsinitiative angestoßen werden, in der für alle Mitglieds-
1385 staaten verbindliche Abrüstungsziele festgelegt werden.
- 1386 – Wir wollen die UNO und das Völkerrecht stärken.
- 1387 – Zivile Konfliktprävention und -bearbeitung wollen wir stärken. Wir wollen einen europäischen
1388 Zivilen Friedensdienst ins Leben rufen und die Länder Afrikas bei der Einrichtung eines afrikani-
1389 schen Zivilen Friedensdienstes unterstützen. Das kann aus einem Teil der Gelder finanziert werden,
1390 die bis-her für Militärausbildungsmissionen ausgegeben werden.

1391 Eine gerechte Handelspolitik als Motor für eine friedliche Entwicklung

1392 Hundertausende Menschen sind aus Protest gegen TTIP, TISA und ähnliche Freihandelsabkommen auf
1393 die Straße gegangen, auch DIE LINKE. Sie unterwerfen zentrale Bereiche des Lebens Markt und
1394 Wettbewerb und schränken demokratische Entscheidungsmöglichkeiten ein.

1395 Über Handelsabkommen der Europäischen Union mit anderen Regionen oder Ländern entscheiden
1396 inzwischen nur noch das Europäische Parlament und der Rat der Regierungen der Mitgliedstaaten. Wir
1397 werden den Widerstand gegen Abkommen wie TTIP und gegen Sondergerichte für Investoren ins
1398 Europaparlament tragen und uns für gerechte und nachhaltige Handelsbeziehungen einsetzen.

- 1399 – Die LINKE will mit Abkommen über Partnerschaft und fairen Handel die globalen Wirtschaftsbezie-
1400 hungen der Europäischen Union neu ausrichten und die bestehenden Handelsabkommen ersetzen.
- 1401 – Wir unterstützen die Entwicklung des »UN Treaty«-Abkommens. Bei transnationalen Unternehmen
1402 kommt es weltweit zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen. Bislang gibt es nur Richtli-
1403 nien, die auf freiwillige, unverbindliche Initiativen transnationaler Konzerne setzen. Sie sind nur
1404 schwer einklagbar und haben kaum rechtliche Folgen. Wir wollen, dass die menschenrechtliche
1405 Verantwortung transnationaler Konzerne und anderer Wirtschaftsunternehmen international fest-
1406 geschrieben wird. Die EU muss ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden und sich aktiv
1407 für den Schutz von Menschenrechten weltweit einsetzen.
- 1408 – Wir wollen die Handelspolitik in Einklang bringen mit Entwicklungszusammenarbeit, Klimaschutz
1409 und Frieden sichernder Politik. Dazu gehört die Überwindung der Armut, auch innerhalb Europas. In
1410 den Handelsbeziehungen, in den globalen Produktionswegen und Wertschöpfungsketten müssen
1411 anständige Arbeitsbedingungen und umweltgerechte Produktionsmethoden als Norm durchgesetzt
1412 werden.
- 1413 – Wir wollen eine gesetzliche Sorgfaltspflicht für Unternehmen durchsetzen, auf die Einhaltung dieser
1414 Norm bei ihren Bestellungen zu achten. In der letzten Legislaturperiode haben wir das im Europa-
1415 parlament für die sogenannten Konfliktrohstoffe bereits geschafft und wollen es nun auf die Textil-
1416 branche und weitere Branchen ausdehnen. Wir konnten auch bereits durchsetzen, dass die EU

1417 Kommission künftig Fälle von Umweltdumping und Sozialdumping bei der Berechnung von Strafzö-
1418 len sanktionieren kann.

1419 Zu den UNO-Zielen gehört die Abschaffung des Hungers. DIE LINKE will das zu einer Priorität der
1420 Europäischen Kommission machen. Weltweit ist die Zahl der Hungernden im letzten Jahr auf 821
1421 Millionen Menschen gestiegen. Eine strukturelle Ursache sind benachteiligende Handelsbeziehungen
1422 und Billigexporte von Agrarüberschüssen, zum Beispiel Hühnerteile aus Europa. Dadurch werden
1423 Kleinbauern um ihre Existenz gebracht. Landwirtschaft muss vor Ort Ernährung sichern, statt
1424 zunehmend in Großbetrieben für den Weltmarkt zu produzieren. Auch in der EU soll Landwirtschaft
1425 gesund, umweltgerecht und regional orientiert produzieren können, statt in einen globalen Preiskrieg
1426 gezwungen zu werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Europäische Union für eine Reform der
1427 Welthandelsorganisation (WTO) eintritt, damit Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität nicht
1428 länger durch das Dogma des Freihandels verhindert werden.

1429 – Schulden zurückzahlen! Auf UN-Ebene wollen wir einen Kompensationsfonds für die Folgen von
1430 Klimawandel und Kolonialismus einrichten, der von den Industriestaaten finanziert wird. In diesen
1431 Fonds sollten ehemalige Kolonialmächte als Form der Reparation mehr einzahlen als andere Staa-
1432 ten. Außerdem fordern wir einen solidarischen Wissens- und Technologietransfer für eine Energie-
1433 wende in den Ländern des Südens. Die entsprechenden Klimafinanztransfers wollen wir jährlich
1434 erhöhen und zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen.

1435 DIE LINKE setzt sich für Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ein, die zu Zusammenarbeit und
1436 friedlicher Koexistenz beitragen. Dazu gehört der Schutz der Menschenrechte, demokratische
1437 Teilhabe, Umweltschutz und gewerkschaftliche Organisierung.

1438 LINKE Entwicklungspolitik – so geht gerecht

1439 Die europäische Entwicklungspolitik ist – ebenso wie die deutsche – durch Eigeninteressen der
1440 Mitgliedsländer geleitet. Entwicklungszusammenarbeit wird fast nur noch zur Abwehr von Migration
1441 instrumentalisiert. Mit dem Europäischen Treuhandfonds für Afrika (EUTF), der sich aus Entwicklungsg-
1442 geldern speist, werden hauptsächlich Abschottungsmaßnahmen finanziert. Entwicklungspolitik wird
1443 zunehmend mit Sicherheitspolitik verzahnt. Diesen sogenannten »vernetzten Ansatz«, drückt die EU vor
1444 allem in Afrika durch.

1445 – DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von Entwicklungsgeldern und anderer Fördermittel mit Maß-
1446 nahmen des Grenzschutzes und der Migrationskontrolle ab.

1447 Die EU setzt Entwicklung immer mehr mit Wirtschaftsförderung gleich – und denkt dabei vor allem an
1448 die Förderung europäischer Unternehmen. Entwicklungsgelder sollen nach diesem Verständnis in
1449 Form von Risikoabsicherungen, Bürgschaften, als »Hebel« für Privatinvestitionen dienen. DIE LINKE
1450 lehnt eine Privatisierung von Entwicklungszusammenarbeit ab.

1451 – Wir setzen uns für eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit ein. Sie muss auf die
1452 Interessen und Bedürfnisse der unterstützten Länder ausgerichtet sein und sich am Gedanken von
1453 Gerechtigkeit, Solidarität und der nachhaltigen Entwicklung orientieren. Sie muss ein Instrument
1454 globaler Umverteilung im Sinne sozialer Gerechtigkeit sein und darf nicht als Instrument der Einmi-
1455 schung sowie als ein Druckmittel zugunsten der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Inte-
1456 ressen der Geberländer und internationaler Konzerne missbraucht werden.

1457 – DIE LINKE will eine bessere Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen
1458 Union und der einzelnen Mitgliedstaaten.

1459 – In der Zusammenarbeit mit afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP) müssen
1460 koloniale Beziehungen überwunden werden. Dies bedeutet, diesen Ländern keine Abkommen zu
1461 diktieren: Die Freihandelsabkommen (EPAs) müssen gestoppt werden.

1462 Für eine solidarische Nachbarschaftspolitik

1463 Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) ist auf die östlichen und südlichen Nachbarn der EU
1464 ausgerichtet. Sie zielt mittels ihrer Assoziationsabkommen und den darin enthaltenen »umfassenden
1465 und tiefen Freihandelsabkommen« auf den neoliberalen Umbau der Nachbarschaft und setzt die
1466 dortigen Länder einem unfairen Wettbewerb mit europäischen Konzernen aus. Stattdessen sollte die
1467 Nachbarschaftspolitik Armutsbekämpfung und soziale Entwicklung in den Mittelpunkt rücken und zu
1468 Modernisierung und Stabilisierung sowie Reformen zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie beitragen.
1469 Jeder Staat muss das Recht haben, sich selbstständig und ohne Druck und Erpressung von außen in
1470 das System internationaler Beziehungen einzuordnen.

1471 Durch die bestehenden Assoziierungsabkommen werden die Nachbarstaaten verpflichtet, den
1472 heutigen und zukünftigen EU-Rechtsbestand zu übernehmen, ohne selbst EU-Mitglied zu werden. Das
1473 souveräne Recht der Bürgerinnen und Bürger in den Partnerländern, ihre Zukunft ohne Einmischung
1474 von außen zu gestalten, muss gesichert werden.

1475 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die folgenden Themen in den Mittelpunkt der Nachbarschaftspoli-
1476 tik gestellt werden:

- 1477 – Frieden,
- 1478 – internationale Sicherheit und Stabilität,
- 1479 – die Beseitigung von Armut und Unterentwicklung,
- 1480 – die Gewährleistung grundlegender demokratischer, sozialer und Menschenrechte,
- 1481 – die langfristige und ökologisch nachhaltige Sicherung der Energieversorgung und
- 1482 – der Kampf gegen den Klimawandel.

1483 7. Das Sterben beenden – Kontinent der Solidarität statt Festung 1484 Europa!

1485 Einwanderung ist kein Krisenfall. Sie hat zu Wohlstand, Demokratie und kultureller Entwicklung
1486 wesentlich beigetragen. Wir in Europa haben ihr viel zu verdanken: Europa ist längst ein Kontinent der
1487 Einwanderung. Der Wohlstand der Industriestaaten beruht auf grenzübergreifendem Handel. Es wäre
1488 nur konsequent, wenn auch Menschen sich frei bewegen könnten. Statt gleiche Rechte und grenz-
1489 übergreifende Solidarität zu stärken, wird von den mächtigen Regierungen dieser Welt weiter eine
1490 Politik von Abschottung, Ausbeutung, Krieg und Ausgrenzung betrieben.

1491 Weltweit sind so viele Menschen auf der Flucht wie noch nie. Aber die EU macht die Grenzen dicht
1492 und bekämpft die Geflüchteten – nicht die Fluchtursachen. An den Grenzen der EU entstehen
1493 Massengräber. 2017 sind allein im Mittelmeer über 3 000 Geflüchtete ums Leben gekommen. Das
1494 massenhafte Sterben ist ein Ergebnis der Abschottung Europas und der Kriminalisierung der Seenot-
1495 rettung. Das verhöhnt die europäischen Werte von Menschenrechten und Demokratie. Es setzt die
1496 Menschenrechtskonvention und das internationale Seerecht außer Kraft. Dabei sind EU-Kommission,
1497 Bundesregierung und europäische Konzerne wesentlich dafür verantwortlich, dass Menschen ihr
1498 »Recht zu bleiben« nicht wahrnehmen können und ihre Heimat verlassen müssen. Fluchtursachen
1499 hängen mit den Kriegen und Bürgerkriegen zusammen, die durch Aufrüstung und Militarisierung
1500 vorangetrieben werden. Und sie sind ein Ergebnis der weltweiten Ungleichheit zwischen Arm und
1501 Reich. Sie ist Resultat von Jahrhunderten des Kolonialismus und wächst durch Ausbeutung in unfairen
1502 Handelsbeziehungen, durch das Erstarken der großen Agrarfirmen und rücksichtslos agierende
1503 Konzerne. Zwar behaupten auch die regierenden Parteien in der EU inzwischen, dass sie Fluchtursa-
1504 chen bekämpfen wollen. Ihren Worten folgen aber keine Taten. Waffenexporte, Kriegseinsätze von EU-
1505 Staaten, die Kollaboration mit Diktatoren und der durch die Industrieländer in erster Linie zu verant-
1506 wortende Klimawandel schaffen immer neue Fluchtursachen. »Freihandelsabkommen« mit afrikani-
1507 schen Staaten, auch wenn sie – wie der »Compact for Africa« – den Anstrich von »Entwicklungspolitik«
1508 haben, vertiefen Armut und Instabilität. Menschen, die vor den daraus folgenden Lebensumständen

1509 fliehen, sind keine »Wirtschaftsflüchtlinge«. Die Probleme dieser Weltwirtschaft sind das Ergebnis
1510 politischer Entscheidungen – und sie können verändert werden.

1511 Rechte und Rassisten hetzen gegen diejenigen, die in Europa – oft unter Lebensgefahr – Zuflucht
1512 suchen und propagieren ausgerechnet das Treten nach Unten als »Alternative«. Die liberalen Parteien
1513 lassen sich in der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik von den Rechten treiben: Der Streit um das
1514 Gemeinsame europäische Asylsystem (GEAS) zeigt, dass Einigkeit unter den Regierenden in der EU
1515 vor allem bei Abschottung, Abschiebung und der Aufrüstung der Grenzen besteht.

1516 Gutes Zusammenleben braucht eine soziale Infrastruktur, die dem öffentlichen Bedarf verpflichtet ist
1517 und die Ärmsten schützt, egal woher sie kommen. Doch weder EU-Kommission noch Bundesregierung
1518 haben die sozialen Grundlagen für eine gute Integration geschaffen. Im Gegenteil: Durch die Kürzungs-
1519 und Privatisierungspolitik der letzten Jahre haben sie den sozialen Zusammenhalt systematisch
1520 geschwächt.

1521 Schutzsuchende Menschen aus Nicht-EU-Staaten werden diskriminiert; teilweise dürfen sie nicht
1522 arbeiten, ihren Wohnsitz nicht frei wählen, werden im Rahmen des gescheiterten Dublin-Systems
1523 zwischen EU-Staaten hin und her geschoben. Die Flüchtlingsabwehr nach außen »funktioniert« auf
1524 zwei Ebenen: Mit der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (»Frontex«) direkt an den
1525 Außengrenzen der EU, sowie durch die Vorverlagerung der Grenzabwehr, in Kooperation mit Warlords
1526 wie in Libyen oder Diktatoren wie Erdogan in der Türkei. Diese Politik tötet Menschen, schafft selbst
1527 neue Fluchtursachen – und sie zerstört die Demokratie in Europa, denn sie spaltet und militarisiert
1528 unsere Gesellschaft.

1529 Nach dem Willen von Konservativen und Sozialdemokraten geht es so weiter: Frontex soll eine
1530 ständige Einsatzinheit von bis zu 10 000 Grenzern erhalten und erweiterte Befugnisse für Abschie-
1531 bungen bekommen. Die Vorverlagerung von Grenzkontrollen nach Afrika in Kooperation mit autoritä-
1532 ren Regimen führt dazu, dass noch mehr Flüchtlinge in von EU finanzierten Lagern und Gefängnissen
1533 unter unmenschlichen Verhältnissen gefangen gehalten werden. Der rechtliche Schutzanspruch von
1534 Menschen, die es nach Europa geschafft haben, wird durch zahlreiche europäische Regierungen außer
1535 Kraft gesetzt, indem »sichere Fluchtalternativen« erfunden werden. Die ehrenamtliche Seenotrettung
1536 durch Nichtregierungsorganisationen und Zivilgesellschaft wird durch einige Regierungen in der EU
1537 sogar direkt kriminalisiert.

1538 Die Flucht- und Migrationsbewegungen fordern dagegen die Abschottungspolitik der EU wie ihre
1539 ungerechte Außen- und Wirtschaftspolitik heraus. Sie zeigen, dass die Grenzen überwindbar sind und
1540 wir längst in einer Einwanderungsgesellschaft leben. Wir stehen mit Geflüchteten und Migrantinnen
1541 und Migranten gegen die Achse der Abschottung von Kurz über Orban bis Seehofer. Wir stehen auf
1542 der Seite der Vielen, die Solidarität grenzübergreifend praktisch werden lassen; die gegen Abschie-
1543 bungen und für Seenotrettung, gleiche Rechte, Bewegungsfreiheit und offene Grenzen auf die Straße
1544 gehen. Wir machen die falsche Unterscheidung von »richtigen und falschen Geflüchteten«, politischen
1545 und wirtschaftlichen Flüchtlingen nicht mit. Niemand flieht freiwillig.

1546 Rassistischer Hetze treten wir entschieden entgegen – die Armut muss bekämpft werden, nicht die
1547 Armen. Wir wollen einen Politikwechsel in der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik der EU und
1548 fordern daher einen Dreiklang:

1549 1. Menschen retten, menschenrechtliche Standards an den Grenzen durchsetzen und sichere und
1550 legale Flucht- und Einreisewege schaffen
1551 2. Grundrechte europaweit durchsetzen und soziale Voraussetzung für Integration verbessern
1552 3. die Fluchtursachen endlich tatsächlich bekämpfen.

1553 **Die Menschlichkeit retten: Investitionen in Seenotrettung statt Frontex!**

1554 – Seebrücken und Fähren statt Frontex! Frontex muss aufgelöst und durch ein ziviles europäisches
1555 Seenotrettungsprogramm ersetzt werden. Bestehende Instrumente zur Überwachung des Mittel-
1556 meers und der Außengrenzen wollen wir in den Dienst der Seenotrettung stellen. Die Kriminalisie-
1557 rung der zivilgesellschaftlichen Seenotrettung wollen wir beenden.

- 1558 – Fluchtwege nicht versperren! Wir wollen legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU. Das
- 1559 entzieht den Schleppern die Geschäftsgrundlage. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die UN-
- 1560 Kinderkonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen eingehalten werden.
- 1561 Der Grundsatz der Nicht-Zurückweisung an den EU-Außengrenzen und auf hoher See muss befolgt
- 1562 werden.
- 1563 – Flucht ist kein Verbrechen! Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für
- 1564 Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. Frauen, Kindern, sexuelle, religiöse
- 1565 und ethnische Minderheiten und Menschen mit Behinderung müssen vor Gewalt und Ausbeutung
- 1566 geschützt werden. Schnellverfahren und Inhaftierungen von Schutzsuchenden (egal ob in soge-
- 1567 nannten »Rückkehr-«, »Transit-«, »kontrollierten Zentren« oder »Hotspots«) wollen wir abschaffen.
- 1568 – Asylrecht wiederherstellen und durchsetzen! Wir wollen in der EU einheitliche Schutzstandards auf
- 1569 hohem Niveau; die Abschiebung der Verantwortung auf andere Staaten mithilfe von Drittstaaten-
- 1570 oder Herkunftsländerregelungen wollen wir beenden. Auch das Dublin-System muss ein Ende
- 1571 haben. Alle Schutzsuchenden sollen sich selbst entscheiden können, in welchem Land sie Asyl
- 1572 beantragen wollen. Der Negativ-Wettbewerb durch abgesenkte Standards bei Unterbringung,
- 1573 Versorgung und Rechten muss abgeschafft werden!
- 1574 – Niemand flieht freiwillig! Wir fordern die Ausweitung verbindlicher Flüchtlingsrechte auf Armuts-,
- 1575 Umwelt- und Klimaflüchtlinge und eine entsprechende humanitäre Visa-Vergabe. Es braucht um-
- 1576 fassende Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des UNHCR.
- 1577 – Kein Mensch ist illegal! Wir wollen gerechte Lebensverhältnisse und offene Grenzen für alle
- 1578 Menschen. Das Recht auf Bewegungsfreiheit darf nicht vom Zufall der Geburt oder der ökonomi-
- 1579 schen Verwertbarkeit abhängig sein. DIE LINKE setzt sich daher für eine umfassende Visa-
- 1580 Liberalisierung ein.

1581 Eine soziale Offensive und gleiche Rechte für alle

- 1582 Integration erfordert gleiche Rechte für alle Menschen! Alle Menschen müssen im Rahmen einer
- 1583 europäischen Teilhabe-Agenda rechtlich, politisch und sozial gleichgestellt werden.
- 1584 – Wer dauerhaft in der EU lebt, muss auch das Wahlrecht zum Europäischen Parlament und auf
- 1585 kommunaler Ebene bekommen. Den Einschränkungen sozialer Sicherheiten oder der Freizügigkeit
- 1586 in der EU stellen wir uns entgegen: Ausnahmen von Mindestlohn und Tarifverträgen darf es nicht
- 1587 geben!
- 1588 – Legalize them! Wir fordern eine Legalisierungsinitiative und effektive Bleiberechtsregelungen für
- 1589 alle Menschen, die in einem unsicheren Aufenthaltsstatus leben. Für sie wollen wir einen sicheren
- 1590 Zugang zu Bildung, Gesundheit und arbeitsrechtlichem Schutz vor Ausbeutung schaffen.
- 1591 – Abschiebungen stoppen! Ausweisungen und Abschiebungen aus der EU, insbesondere in Krieg,
- 1592 Armut und Elend oder als Form der Doppelbestrafung, lehnen wir – im Gegensatz zu allen anderen
- 1593 im Bundestag vertretenen Parteien – ab. Wir haben hier immer geschlossen dagegen gestimmt und
- 1594 werden das auch in Zukunft tun.
- 1595 – Familien vereinen! Wir fordern ein verbindliches Recht auf Familiennachzug – auch für »subsidiär«
- 1596 Schutzberechtigte und schon während des Asylverfahrens – und die effektive Umsetzung des
- 1597 Nachzugsrechts für Flüchtlinge. Es braucht eine Ausweitung der Familiendefinition auf Verwandte
- 1598 zweiten Grades; insbesondere für unbegleitete Minderjährige.
- 1599 – Raus aus den Lagern! Geflüchtete wollen wir dezentral und in Wohnungen unterbringen und ihnen
- 1600 flächendeckend kostenlose Sprachkurse anbieten. Statt diskriminierender Sach- wollen wir regulä-
- 1601 re Geldleistungen. Es braucht Investitionen in Integration statt in Aufrüstung, Ausgrenzung und
- 1602 Abschottung!
- 1603 – Menschenrechte durchsetzen! Statt nationalen Alleingängen wollen wir eine Flüchtlingspolitik, die
- 1604 der Verantwortung der EU gerecht wird. Die EU-Kommission muss endlich gegen die Länder vorge-
- 1605 hen, die ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen systematisch missachten. Für eine faire Vertei-
- 1606 lung von Geflüchteten in der EU wollen wir eine europäische Fluchtumlage: Alle Mitgliedsstaaten
- 1607 sollten entsprechend ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit Geflüchtete aufnehmen. Die Mitglied-

- 1608 staaten, die überproportional viele Flüchtenden bei sich aufnehmen, sollen entsprechend große
1609 Ausgleichsummen erhalten.
- 1610 – Kommunen der Solidarität fördern! Die Kommunen dürfen mit den Kosten von Flucht und Integrati-
1611 on nicht allein gelassen werden. Wir wollen einen »europäischen Fonds für Willkommenskommun-
1612 nen«, der Geflüchteten Bewegungsfreiheit sichert und zugleich aufnahmebereiten Kommunen und
1613 solidarischen Städten direkt hilft. Kommunen, die die Bedingungen für Willkommenskultur verbes-
1614 sern wollen, können damit Mittel für die Versorgung und Integration von Geflüchteten beantragen.
1615 Wenn sich Geflüchtete in einer Kommune niederlassen, kann die Gemeinde andererseits auf der
1616 Grundlage der Neumeldungen noch Investitionsmittel aus einem Fond beantragen. Diese Investiti-
1617 onsmittel können dann allgemein für die öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden.
- 1618 – Staatenlosigkeit beenden! Es gibt 600 000 Staatenlose in Europa, die Hälfte davon Kinder.
1619 Staatenlosigkeit macht rechtlos, verhindert die Teilhabe und schafft einen Teufelskreis der Diskri-
1620 minierung für nachfolgende Generationen. Wir fordern, dass die EU mit ihren Mitgliedsländern die
1621 Hürden für einen Nachweise über die Staatsangehörigkeit abbaut und insbesondere für staatenlos
1622 geborenen Kindern die Möglichkeit schafft, die Staatsangehörigkeit ihres Geburtslandes zu erwerben.
1623
- 1624 – Bildung anerkennen und Diskriminierung bekämpfen! Es braucht eine bessere Anerkennung der
1625 Qualifikationen und Abschlüsse von Nicht-EU-Bürgern, damit diese ihre Berufe weiter ausüben
1626 können. Rassistische und sexistische Diskriminierung muss in der EU aktiv bekämpft werden, dafür
1627 wollen wir die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte stärken und mit mehr Kompeten-
1628 zen ausstatten.
- 1629 – Selbstorganisation stärken! Zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich gegen Rassismus, Antisemitis-
1630 mus, Antiziganismus und für mehr Demokratie engagieren, Flüchtlingsräte, migrantische Verbände,
1631 selbstverwaltete Beratungsangebote und die Selbstorganisation von Flüchtlingen wollen wir in der EU
1632 stärker fördern.

1633 Gerechtigkeit globalisieren! Unser europäischer Plan zur Bekämpfung von 1634 Fluchtursachen

- 1635 – Hilfe vor Ort ausreichend unterstützen! 85 Prozent aller Geflüchteten weltweit halten sich in Länder
1636 des globalen Südens auf. Ihre Versorgung ist oft katastrophal. Die EU muss mit gutem Beispiel
1637 voran gehen und endlich die Finanzierungslücke des UNO Hilfswerks (UNHCR), des Welternäh-
1638 rungsprogramms und der Weltgesundheitsorganisation schließen. Im Fall des UNHCR geht es um
1639 knapp 4 Milliarden Euro, also nur einen Bruchteil der Rüstungsausgaben.
- 1640 – Effektiver Klimaschutz statt Symbolpolitik! Wir wollen, dass die EU mit einem europäischen
1641 Klimaschutzplan ihrer Verantwortung dafür gerecht wird, die Erderwärmung deutlich unter 2 Grad,
1642 möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Der Kohleausstieg muss europaweit sofort beginnen und bis
1643 2035 abgeschlossen sein. Die 20 schmutzigsten Braunkohlekraftwerke wollen wir bis 2020 ab-
1644 schalten! Es braucht in der EU eine öffentliche Emissionsbremse (vgl. Kapitel Klimaschutz kennt
1645 keine Grenzen).
- 1646 – Waffenexporten in Europa verbieten! Wir fordern einen sofortigen Stopp der Exporte von Rüstungs-
1647 gütern, Waffenteilen und der Lieferungen von Rüstungsfabriken. Europäische Rüstungskonzerne
1648 wie Rheinmetall müssen gezwungen werden, ihre Rüstungsproduktion in Diktaturen einzustellen.
1649 Gleiches muss für digitale Technik gelten, die Überwachung und Kontrolle des Internetzugangs
1650 ermöglichen oder in Konflikten als Waffen eingesetzt werden kann (vgl. Kapitel Für Frieden in
1651 Europa und der Welt).
- 1652 – In Entwicklung investieren! Wir wollen die Mittel für militärische Interventionen umwidmen und in
1653 ein ziviles Aufbau- und Friedenssicherungsprogramme der EU investieren. Die Gelder für Entwick-
1654 lungszusammenarbeit wollen wir endlich auf die zugesagten 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduk-
1655 tes anheben. Dieses Geld soll den Ländern des globalen Südens zur Verfügung gestellt werden, um
1656 eine eigenständige Entwicklung zu ermöglichen.
- 1657 – Nicht nur mehr, sondern anders! Entwicklungsfinanzierung muss öffentlich sein und darf nicht zu
1658 einer caritativen Einrichtung werden. Wir wollen, dass sich Entwicklungszusammenarbeit an den

- 1659 Bedürfnissen der ärmeren Länder orientiert – anstatt weiter vor allem den Interessen europäischer
1660 Unternehmen zu dienen! Die Verzahnung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, im Sinne des so
1661 genannten Grenzschatzes und der Migrationskontrolle, lehnen wir ab. Wir fordern eine Kündigung
1662 der EU-Deals mit Erdogan und Libyen und einen Stopp entsprechender Vertragsverhandlungen!
- 1663 – Nachhaltige Wirtschaftspolitik statt nationaler Standortkonkurrenz! Es braucht einen internationa-
1664 len Ausgleichsmechanismus, der die EU-Staaten mit Exportüberschüssen auf ausgeglichene Han-
1665 delsbilanzen verpflichtet. So wird die Wirtschaft stärker auf Nachfrage im Inneren ausgerichtet.
1666 Dafür braucht es ein Ende der Kürzungspolitik, die den Niedriglohnsektor befördert und Löhne in
1667 Europa künstlich niedrig hält. Das exportiert weltweit Armut und ist volkswirtschaftlich schädlich.
1668 (vgl. Kapitel Gute Arbeit: gerecht in Europa)
 - 1669 – Recht auf Nahrung durchsetzen! Wir wollen Landraub (land grabbing) und die Spekulation mit
1670 Nahrungsmitteln verbieten. Zudem wollen wir grenzübergreifend Ernährungssouveränität und eine
1671 nachhaltige Landwirtschaft fördern statt die Agrarindustrie weiter zu päppeln. Dafür wollen wir die
1672 bisherigen EU-Flächenprämien umwidmen und in den Umbau zu einer klimaverträglichen Landwirt-
1673 schaft investieren (vgl. Menschen vor Profite)
 - 1674 – Fair handeln! Wir wollen europäische Handelsabkommen mit sozialen, demokratischen und
1675 ökologischen Mindeststandards! Nein zu den »Europäischen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen«
1676 (EPA) mit den Afrikanischen Staaten, die nur Märkte öffnen und Privatisierungen zementieren. Die
1677 Länder des Südens müssen ihre Märkte schützen können. (Vgl. Kapitel Wirkliche Demokratie statt
1678 Lobby der Konzerne)
 - 1679 – Zivilgesellschaft fördern statt Deals mit Diktatoren schließen! Wir wollen einen europäischen Fonds
1680 zur Förderung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich für Demokratie, Gleichberechtigung
1681 und soziale Gerechtigkeit weltweit einsetzen, ihn wollen wir mit substantiellen finanziellen Mitteln
1682 ausstatten. Die EU muss sich aktiv für die Freilassung politischer Gefangenen in autoritären Regi-
1683 men einsetzen und aufhören, Autokraten unter die Arme zu greifen. Die willkürliche Kriminalisie-
1684 rung fortschrittlicher Bewegungen, auch durch Behörden hierzulande, wollen wir beenden. Die PKK
1685 muss von der Terror-Liste des EU-Ministerrates gestrichen werden.
 - 1686 – Verbindliche Regeln für Konzerne! Wir wollen europäische Konzerne verpflichten, weltweit die
1687 sozialen und ökologischen Standards einzuhalten. Die Einfuhr von Produkten aus Kinderarbeit
1688 wollen wir verbieten. Wir wollen, dass europäische Firmen ihre Zulieferer und deren Arbeitsbedin-
1689 gungen offenlegen müssen. Sie haben eine – auch menschenrechtliche – Sorgfaltspflicht entlang
1690 der gesamten Lieferkette. Wir wollen, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten die Konvention zum
1691 Schutz der Rechte von Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter ratifizieren.
 - 1692 – Arbeitsrechte globalisieren! Wir setzen uns für verbindliche Regeln für multinationale Unternehmen
1693 ein. Deshalb unterstützen wir den sogenannten Treaty-Prozess der Vereinten Nationen, der die
1694 Sorgfaltspflichten von Unternehmen gesetzlich verankern will und von den EU-Staaten bisher
1695 blockiert wird. Beschäftigte sollen gegen Menschenrechtsverletzungen durch Konzerne auch an ihren
1696 Heimatstandorten klagen können. Die Zuständigkeit europäischer Gerichte wollen wir entspre-
1697 chend erweitern!
 - 1698 – Die Reichen sollen für ihre Krisen zahlen! Reiche und Superreiche müssen über eine europäische
1699 Fluchtursachensteuer an den globalen Kosten der Krisen beteiligt werden. Außerdem braucht es
1700 ein gerechtes internationales Steuersystem, eine Finanztransaktionssteuer und die Trockenlegung
1701 von Steueroasen, um transnationale Konzerne stärker an der Entwicklung der Länder zu beteiligen,
1702 von deren Ausbeutung und Ressourcen sie massiv profitieren (vgl. Kapitel Mit Steuern steuern).
 - 1703 – Nachhaltigkeit braucht Verbindlichkeit! Wir wollen mehr als schöne Absichtsbekundungen: Die EU
1704 und ihre Mitgliedstaaten müssen sich auf die verbindliche Umsetzung der Nachhaltigen Entwick-
1705 lungsziele der UN »2030 Agenda« verpflichten.

1706 8. Wirkliche Demokratie statt Lobby der Konzerne

1707 Die Krise der EU heute ist vor allem eine soziale Krise. Ganze Regionen, Industrien und Wirtschaftssek-
1708 toren wurden in den Ruin getrieben. Nationalistische Motive in öffentlichen Debatten nehmen zu.
1709 Neben der linken, sozialen Kritik am neoliberalen Projekt EU nimmt auch eine von dumpfem Nationa-

1710 lismus und irrationalen Ängsten gespeiste Kritik von rechts zu. Wahlerfolge rechter, rechtsextremer
1711 und faschistischer Parteien in zahlreichen Ländern sind ein Ausdruck dieser politischen Krise.
1712 Spätestens mit dem »Brexit«-Referendum in Großbritannien ist offenbar geworden, dass die Gefahr
1713 eines Auseinanderbrechens der EU ganz real ist. Es sind diese unsoziale und undemokratische EU und
1714 die Politik ihrer Mitgliedsstaaten, die autoritären Kräften, Rassismus und Nationalismus Auftrieb
1715 geben. Europa kann durch Demokratie und soziale Gerechtigkeit verändert werden – andernfalls
1716 besteht die Gefahr, dass rechte Parteien und Populisten Europa nach ihrem Bild verändern.

1717 Die Krise der EU ist auch eine Krise der marktkonformen Demokratie: Freier Kapitalverkehr, freier
1718 Fluss von Gütern und Dienstleistungen sind die privilegierten Freiheiten, sie sind das Primärrecht der
1719 EU. Kommt es zum Konflikt mit sozialen, ökologischen und demokratischen Rechten, sind diese nur
1720 Sekundärrecht. Die Macht der Lobbyisten der Konzerne ist nicht nur eine Folge ihrer ökonomischen
1721 Macht oder gar Zufall. Marktkonforme Demokratie und Lobbymacht der Konzerne bedingen einander
1722 gegenseitig.

1723 DIE LINKE will einen Neustart der Europäischen Union. Wir wollen die linke europäische Idee von
1724 sozialer Gerechtigkeit, Humanismus und internationaler Solidarität vor ihrer Zerstörung durch die
1725 neoliberale Politik der EU bewahren. Nur so kann Europa und die EU eine wirkliche und dauerhafte
1726 Antwort auf die jahrhundertelange Geschichte von Kriegen und Gewaltherrschaft, insbesondere dem
1727 Zweiten Weltkrieg und dem Nationalsozialismus sein.

1728 Eine Verbesserung demokratischer und sozialer Standards wird es im 21. Jahrhundert in Europa nur
1729 auf der Grundlage des solidarischen Miteinanders geben. Wir wollen den Neustart der Europäischen
1730 Union durch eine Initiative für ein Europa von unten.

1731 Die EU kann durch Bewegung von unten für eine unteilbare Demokratie und soziale Gerechtigkeit
1732 verändert werden. Bereits früher konnten durch den Druck von Gewerkschaften und sozialen
1733 Bewegungen neoliberale Vorstöße zur Privatisierung der Wasserversorgung (2014) und die sogenann-
1734 te Bolkestein-Richtlinie (2006) zur Liberalisierung von Dienstleistungen im EU-Binnenmarkt verhindert
1735 bzw. abgeschwächt werden.

1736 Nach den Protesten gegen TTIP, CETA und TiSA wurde 2018 das Sonderklagerecht für Konzerne aus
1737 dem neuen NAFTA-Vertrag zwischen Mexiko, Kanada und der USA gestrichen. Das muss jetzt auch für
1738 die weiteren Handelsverträge der EU erreicht werden.

1739 DIE LINKE steht an der Seite der Gewerkschaften und ist Teil der sozialen Bewegungen. Wir werden in
1740 Deutschland und in Europa gemeinsam mit unserer Fraktion im EU-Parlament sowie unseren
1741 Schwesterparteien in der Europäischen Linken (EL) weiter dafür kämpfen, dass die Interessen der
1742 Menschen Vorrang vor Profit und Wettbewerb haben, dass das Recht auf Asyl und der Schutz vor
1743 Diskriminierung, Verfolgung und auf der Flucht verteidigt wird. DIE LINKE ist solidarisch mit den
1744 fortschrittlichen Kräften in Europa, die ein soziales und solidarisches Europa anstreben. Veränderun-
1745 gen sind nur möglich, wenn die Mehrheiten andere sind. Deshalb brauchen wir soziale Bewegungen
1746 und eine starke LINKE.

1747 Die Macht von Kommission und Räten brechen – Das europäische Parlament 1748 stärken

1749 Das Parlament der EU ist die am stärksten demokratisch legitimierte Institution der EU, weil sie durch
1750 das Verhältniswahlrecht zusammengesetzt ist. Entscheidungen dagegen werden vom EU-Rat und der
1751 EU-Kommission getroffen. Die Mitglieder des EU-Rats werden von den jeweiligen nationalen Regierun-
1752 gen delegiert. Auch in der EU-Kommission finden sich in aller Regel nur die Vertreter (und selten:
1753 Vertreterinnen) der Regierungen der Länder. Nur die EU-Kommission hat Initiativrecht für EU-Recht.
1754 Auch hier hat das EU-Parlament keine Rechte. Die Oppositionsparteien aus den europäischen Ländern
1755 im EU-Parlament können keine Gesetzesinitiativen anstoßen, weil sie im EU-Rat und der EU-
1756 Kommission nicht vertreten sind. Die demokratische Pluralität des Parlaments als ein Ergebnis der
1757 Wahlen zum Parlament wird so systematisch verzerrt. Sie muss gestärkt werden gegen die Macht der

1758 Kommission und Räte der EU. DIE LINKE kämpft für ein Europäisches Parlament, in dem es wirklich
1759 etwas zu entscheiden gibt:

- 1760 – Das Europäische Parlament muss das Initiativrecht bekommen, damit es selbst Gesetzesprozesse
1761 anstoßen und so Politik entwickeln kann.
- 1762 – Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll das EP gleichberechtigt zu Rat und Eurogruppe
1763 entscheiden können.
- 1764 – Die Abgeordneten sollen die Kommission und ihren Präsidenten wählen und abwählen können.
- 1765 – Das Europäische Parlament soll für seine Zuständigkeiten ein alleiniges Haushaltsrecht bekommen.
- 1766 – Die EZB muss unter demokratische Entscheidungen und Kontrolle des Europäischen Parlaments
1767 gestellt werden.

1768 Wir wollen die Institutionen der EU grundlegend demokratisieren. Dabei muss der Grundsatz der
1769 Subsidiarität gelten: Politische Entscheidungen in der EU sollen so bürgernah wie möglich getroffen
1770 werden. Entscheidungen sollen auf den Ebenen getroffen werden, die am stärksten davon betroffen
1771 sind: kommunale Angelegenheiten in den Kommunen und bundesweite Angelegenheiten in den
1772 nationalen Parlamenten. Grundlegende Entscheidungen in der EU müssen vom Europaparlament und
1773 den nationalen Parlamenten getroffen werden.

1774 Mehr direkte Demokratie, Volksabstimmungen und Referenden

1775 Die EU-Bürgerinitiative für ein Verbot von Glyphosat und verbindliche Reduktionsziele von Pestiziden
1776 sammelte über 1 Million Unterschriften in 28 Ländern für ihr Anliegen. Die EU-Kommission entschied
1777 dagegen mit den Stimmen von 18 Regierungen einschließlich Deutschlands, die Zulassung von
1778 Glyphosat um fünf Jahre zu verlängern, ohne über die Bürgerinitiative im Rat oder Parlament der EU
1779 überhaupt zu beraten.

1780 Die Bürgerinnen und Bürger müssen mit Volksbegehren und Volksentscheiden Themen auf der EU-
1781 Ebene verbindlich setzen können. Sie müssen sie zur Abstimmung bringen können, wenn sie im
1782 Institutionengefüge der EU nicht durchdringen. Demokratie ist mehr, als alle vier oder fünf Jahre seine
1783 Stimme abgeben zu dürfen!

1784 Die Menschen in der EU wollen Volksentscheide, aber es fehlen die rechtlichen Voraussetzungen. Seit
1785 2013 hat es außer der Glyphosat-Initiative keine EU-Bürgerinitiative mehr geschafft, die hohen
1786 bürokratischen Hürden zu nehmen. Die Menschen wollen Initiativen anstoßen und bei Gesetzgebungs-
1787 verfahren das letzte Worte haben, aber das geht in dieser EU bisher nicht. Auch die vor der Europa-
1788 wahl geplante Reform der EU-Bürgerinitiative plant keine Änderungen an der mangelnden Verbindlich-
1789 keit. DIE LINKE fordert dagegen:

- 1790 – Die Europäische Bürgerinitiative muss zu einer vollgültigen EU-Bürgergesetzgebung ausgebaut
1791 werden, die den Initiatoren das Recht gibt, ein EU-Bürgerbegehren durchzuführen und eine EU-
1792 weite Volksabstimmung anzustreben, wenn das Parlament ihre Initiative abgelehnt hat.
- 1793 – Bürgerinnen und Bürger in der EU sollen das Recht erhalten, über Volksentscheide und Volksbe-
1794 gehren konkrete EU-Politik mitzugestalten und Gesetze zu initiieren.
- 1795 – Bürgerinnen und Bürger wollen wir in der EU das Recht geben, mit einem Referendum ein von der
1796 EU beschlossenes Gesetz ändern bzw. verhindern zu lassen.

1797 Eine Verfassung für Europa

1798 Nicht nur diese Demokratiedefizite machen deutlich, dass die EU eine andere vertragliche Grundlage
1799 benötigt: DIE LINKE will einen Neustart der Europäischen Union. Die Verträge von Maastricht und
1800 Lissabon haben den Neoliberalismus in die Grundlagen der EU eingeschrieben. Wir brauchen eine
1801 grundsätzliche soziale, demokratische und europäische Alternative zu dieser neoliberalen EU: mit
1802 neuen Verträgen, neuen Strukturen, neuen Hoffnungen.

- 1803 – Eine neue Verfassung kann nur von und mit den Menschen in Europa entwickelt werden. Deswegen
1804 treten wir für einen Verfassungskonvent ein, in dem Vertreterinnen und Vertreter der Länder
1805 der EU gleichberechtigt und gemeinsam die Grundlagen der EU diskutieren, einen Entwurf für eine
1806 Verfassung erarbeiten und diesen zur Beratung und Abstimmung durch die Menschen in der EU
1807 vorlegen können.

1808 Grundrechte verteidigen und weiterentwickeln

1809 Ein Teil des Gründungsmythos der EU ist, dass sie ein Leuchtturm der Bürger- und Menschenrechte
1810 sei. Doch: In Polen wurden unabhängige Richter abgesetzt, in Österreich unterscheiden Ministerien
1811 zwischen freundlichen und kritischen Journalisten, in Italien und Ungarn werden Menschen kriminali-
1812 siert, die sich für Geflüchtete einsetzen.

1813 Wir brauchen Initiativen zum Schutz der Bürger- und Menschenrechte in der EU. Besonders die
1814 sozialen Menschenrechte müssen im Sinne der UN Menschenrechtserklärung gestärkt werden.

1815 – Seit 2010 ist die EU verpflichtet, der Europäischen Menschenrechtskonvention beizutreten. Das
1816 Beitrittsverfahren ist aber zum Stillstand gekommen, weil der Europäische Gerichtshof den bereits
1817 ausverhandelten Beitritt mit einer politisch motivierten und juristisch willkürlichen Stellungnahme
1818 blockiert hat. Die Mitgliedstaaten müssen diese Blockade überwinden, um soziale Rechte wie das
1819 Streikrecht zu garantieren und eine menschenrechtliche Kontrolle von Frontex, Europol und der
1820 Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu erreichen.

1821 – Die Menschenrechtskonvention muss um das Recht auf Asyl und Schutz auf der Flucht ergänzt und
1822 für jeden Mitgliedsstaat der EU verbindlich geregelt werden.

1823 – Soziale Grundrechte – entsprechend der revidierten Europäischen Sozialcharta des Europarates –
1824 müssen von einzelnen Personen auch beim Europäischen Gerichtshof einklagbar sein.

1825 – Wir wollen die Grundrechte in Europa stärken: Keine verdachtsunabhängige Datenspeicherung und
1826 kein Profiling.

1827 – Wir wollen, dass die Lage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten in der EU
1828 regelmäßig länderspezifisch evaluiert und Verstöße sanktioniert werden.

1829 Den Sumpf trockenlegen: Lobbyisten der Großunternehmen zurückdrängen

1830 Ein freiwilliges EU-Lobbyregister gibt es seit 2008. Ein verbindliches Lobbyregister scheiterte aber
1831 bislang am Widerstand von EU-Parlament und -Rat und der Mehrheit der Christ- und Sozialdemokraten
1832 darin. Ebenso fehlt ein verbindliches Transparenzregister, das den Umfang der Lobbyinterventionen
1833 deutlich machen könnte. Lobby- und Transparenzregister stärken die demokratische Kontrolle.
1834 Korruption und Bestechung, Vorteilsgewährung, Vorteilsnahme, Intransparenz und Parteiensponsoring
1835 dürfen nicht die Politik bestimmen.

1836 – DIE LINKE fordert für die EU wie auch für die Bundesrepublik verbindliche, digital lesbare Lobby-
1837 und Transparenzregister. Mit ihnen soll öffentlich gemacht werden, mit welchem Budget, in wessen
1838 Auftrag und zu welchem Thema die Lobbyisten Einfluss auf die Politik nehmen.

1839 – Wir wollen die europäische Anti-Korruptionsbehörde, das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung
1840 OLAF, ausbauen und stärken.

1841 José Manuel Durão Barroso war von 2004 bis 2014 Präsident der Europäischen Kommission und
1842 damit quasi Regierungschef der EU mit Richtlinienkompetenz. In dieser Funktion hatte er während der
1843 Finanzkrise u.a. eine eng mit der Finanzlobby verbundene Gruppe gebildet, die die Finanzmärkte und
1844 Finanzdienstleister beaufsichtigen sollte. 2016 wurde er von Goldman Sachs angestellt. Derartige
1845 Verflechtungen, Abhängigkeiten, Drehtüreffekte zwischen Wirtschaft und Politik sind auch in der EU
1846 alltäglich – und sie beschädigen die Demokratie nachhaltig. Gesetze dürfen nicht von denen geschrie-
1847 ben werden, die von ihnen profitieren.

1848 – Wir brauchen eine Abkühlphase für Politiker und Politikerinnen von mindestens drei Jahren vor
1849 einem Wechsel in die Privatwirtschaft sowie harte Sanktionen bei Verstößen gegen den Verhal-
1850 tenskodex.

- 1851 – Wir wollen Abgeordnetenbestechung wirksam unter Strafe stellen. Wer Gegenleistungen für
- 1852 Handlungen oder Unterlassungen im Zusammenhang mit der Ausübung des Abgeordneten-
- 1853 Mandats annimmt, soll bestraft werden.
- 1854 – Die Nebenverdienste von Abgeordneten sind auf Euro und Cent zeitnah zu veröffentlichen.
- 1855 – Spenden von Unternehmen und Lobbyisten an Parteien sowie Parteiensponsoring wie Unterneh-
- 1856 mensstände auf Parteitagungen wollen wir verbieten und Spenden von Privatpersonen auf 25 000 Euro
- 1857 im Jahr begrenzen.

1858 Keine Sonderklagerechte für Konzerne – Neoliberale Freihandelsabkommen 1859 stoppen

- 1860 Beim neuen NAFTA-Freihandelsabkommen verzichten Kanada, Mexiko und der USA auf die einseitigen
- 1861 Konzernklagerechte, gegen die wir uns seit Anfang an gewehrt und gegen die wir im Europäischen
- 1862 Parlament gestimmt haben. Auch der Europäische Gerichtshof hat kürzlich Abkommen über Konzern-
- 1863 klagerechte zwischen EU Staaten als rechtswidrig erklärt. Die EU Kommission hat auf die Kritik an
- 1864 Schiedsgerichten reagiert und eine Reformagenda angeschoben. Wenn Kanada mit den USA auf
- 1865 Schiedsgerichte verzichtet, dann müssen sie auf dieses umstrittene Instrument auch beim Handelsab-
- 1866 kommen CETA zwischen Kanada und der EU, TTIP zwischen der USA und der EU, JEFTA mit Japan und
- 1867 TiSA zwischen 23 Staaten und der EU verzichten.
- 1868 – Wir fordern, dass alle einseitigen Konzernklagerechte bei den Handelsverträgen CETA, TTIP, JEFTA
- 1869 und TiSA sofort abgeschafft werden.
- 1870 – Wir lehnen die neoliberalen Freihandels- und Konzernschutz-Abkommen ab: sie sind demokratie-
- 1871 feindlich und schränken die Entwicklungsmöglichkeiten schwächerer Länder ein. Deutschland
- 1872 muss ihnen die Zustimmung verweigern.

1873 Bürgerrechte 4.0 – Datenschutz garantieren

- 1874 Die Europäische Kommission hat Deutschland beim Gerichtshof der Europäischen Union verklagt, weil
- 1875 Deutschland es an einigen deutschen Flughäfen versäumt hat, alle Maßnahmen der Luftsicherheit
- 1876 regelmäßig zu überprüfen. Statt Straftaten oder Terroranschlägen durch regelmäßige Kontrollen
- 1877 vorzubeugen, werden bei Flügen nach wie vor anlasslos und grundrechtswidrig Fluggastdaten
- 1878 gespeichert und die Überwachungstechnik ausgebaut. So werden Freiheitsrechte ausgehöhlt, die zu
- 1879 verteidigen vorgegeben wird.
- 1880 Wir brauchen einen starken europäischen Datenschutz, damit der Datenschutz in Deutschland besser
- 1881 funktioniert. Die Datenschutzgrundverordnung leistet dies nur sehr begrenzt. Sie will die Grundlagen
- 1882 für einen europäischen Datenbinnenmarkt legen. Verstöße gegen den Datenschutz wollen wir schärfer
- 1883 bestrafen und Datenschutzbeauftragte stärken.
- 1884 Neue Technologien führen mit dramatischer Geschwindigkeit zu einer Veränderung unserer Wirtschaft
- 1885 und unserer Handelsbeziehungen. Die reichsten Konzerne der Welt handeln nicht mehr mit Öl,
- 1886 sondern mit Daten – und zwar mit unseren.
- 1887 – Wir wollen, dass die Europäische Union ein Regelwerk durchsetzt, das Beschäftigte und Konsumie-
- 1888 rende in einer digitalisierten Weltwirtschaft in ihren Persönlichkeitsrechten stärkt und vor Manipu-
- 1889 lation, Ausbeutung und Betrug schützt.
- 1890 – Private elektronische Kommunikation (ePrivacy-Verordnung) muss stärker reguliert werden.
- 1891 – Das »privacy shield« erlaubt es US-amerikanischen Firmen wie Facebook oder Amazon, persönliche
- 1892 Daten aus Europa in die USA zu übertragen, wo kein nennenswerter Datenschutz besteht. Wir
- 1893 wollen verhindern, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr und mehr zu Objekten von Datenhandel,
- 1894 datengestützten Analysen ihres Verhaltens und Ausbeutung ihrer persönlichen Daten zu Profit-
- 1895 bzw. Machtzwecken werden.
- 1896 – Die EU muss sich zum Prinzip der Gewaltenteilung und der Trennung von Polizei, Geheimdiensten
- 1897 und Militär bekennen und dieses verteidigen. Datenaustausch zwischen Strafverfolgungsbehörden

- 1898 muss auf eine rechtsstaatliche Basis gestellt und die Rechte der Betroffenen gestärkt werden. Die
 1899 Menschen dürfen nicht Objekt staatlicher Datenausspähung werden.
- 1900 – Hasskriminalität und illegale online-Inhalte müssen verhindert werden. Das Netzwerkdurchset-
 1901 zungsgesetz lehnen wir genauso ab, wie ähnliche Pläne in der EU. Der Rechtsschutz für Betroffene
 1902 muss gewahrt werden und darf nicht privaten Anbietern von Plattformen und sozialen Netzwerken
 1903 das Recht übertragen werden, über entsprechende Inhalte zu entscheiden.
- 1904 – Das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung gilt auch für Beschäftigte.
 1905 Arbeitgeber dürfen nur Daten abspeichern, die für die Erfüllung des Arbeitsvertrages erforderlich
 1906 sind. Einer Überwachung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch Video, Detektive oder des E-
 1907 Mail-Verkehrs stellen wir uns entgegen.
- 1908 – Die Vorratsdatenspeicherung und die anlasslose Speicherung von Fluggastdaten müssen beendet
 1909 werden.
- 1910 – Wir wollen Personen und Strukturen schützen, die kritische Öffentlichkeit möglich machen:
 1911 sogenannte Whistleblower. Das betrifft die Informanten über Missstände in Unternehmen und
 1912 Behörden und Plattformen im Internet, auf denen kritische Informationen veröffentlicht werden
 1913 können.

1914 9. Unteilbar: Gegen Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung – 1915 gleiche Rechte für alle

1916 Es findet eine dramatische politische Verschiebung statt: Rassismus, Antisemitismus und Menschen-
 1917 verachtung werden gesellschaftsfähig. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, ist
 1918 kurz darauf Realität. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und Rechtsstaat werden offen
 1919 angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.

1920 Die Politik von sozialer Verunsicherung und nationaler Abschottung hat den Nährboden bereitet, auf
 1921 dem Rassismus und Ideologien der Ausgrenzung gedeihen. Eine wirksame Politik dagegen muss in der
 1922 EU die Ursachen bekämpfen und aufklären: Prekarisierung zurückdrängen, die Demokratisierung der
 1923 Gesellschaft vorantreiben und soziale Sicherheit schaffen. Erst damit kann es wirksam und langfristig
 1924 verhindert werden, dass Menschen wegen ihres sozialen Status, Aussehens, Herkunft, sexuellen
 1925 Orientierung oder Religion ausgegrenzt oder gegeneinander ausgespielt werden.

1926 Wir treten für eine offene und solidarische Gesellschaft ein, in der Menschenrechte unteilbar, in der
 1927 vielfältige und selbstbestimmte Lebensentwürfe selbstverständlich sind. Wir stellen uns gegen jegliche
 1928 Form von Diskriminierung und Hetze. Gemeinsam treten wir antimuslimischem Rassismus, Antisemi-
 1929 tismus, Antiziganismus, Antifeminismus und LSBTTIQ* - Feindlichkeit entschieden entgegen.

1930 Es gibt keinen Gegensatz zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und denen des Feminismus,
 1931 Antirassismus, der LSBTTIQ* -Bewegung und der Ökologie. Eine linke Partei kann diese Themen nur
 1932 gemeinsam angehen. Menschenrechte sind unteilbar, weil das eine Menschenrecht nicht vom
 1933 anderen zu trennen ist, weil jedes Menschenrecht die anderen benötigt, weil es Rechte für jeden
 1934 Menschen sind.

1935 Dem Rassismus entgegentreten: gegen Rechtspopulismus und Neofaschismus 1936 in Europa

1937 Die extreme Rechte ist in Europa auf dem Vormarsch. In Österreich und Italien regieren diese Parteien
 1938 mit. In Polen und Ungarn sind sie die stärksten Parteien. In weiteren Ländern sind sie an der Regie-
 1939 rung beteiligt oder dulden sie. In den Niederlanden und Schweden finden sich erfolgreiche Rechtspar-
 1940 teien und in Deutschland ist die AfD in allen Landtagen vertreten und im Bundestag nominell stärkste
 1941 Oppositionspartei. Die AfD hat in uns ihre entschiedenste Gegnerin. DIE LINKE bietet den alten und
 1942 neuen Hetzern Paroli – in den Parlamenten und auf den Straßen – ob in der Stadt oder auf dem Land:
 1943 DIE LINKE mobilisiert breit gegen rechte Aufmärsche und Aktivitäten.

- 1944 – DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) und der der Agentur für Grundrechte der EU in den Mitgliedstaaten der Union
- 1945 tatsächlich umgesetzt bzw. sanktioniert werden.
- 1946
- 1947 – DIE LINKE fordert weiterhin die finanzielle Stärkung europaweiter Programme, die sowohl Mittel für
- 1948 Initiativen und Projekte gegen Rassismus und andere Formen der Diskriminierung. Diese sollen
- 1949 Bestandteil einer zu schaffenden europäischen Präventionsarchitektur gegen alle Formen des
- 1950 Rassismus und Neofaschismus sein.

1951 Antimuslimischem Rassismus entgegentreten – gleiche Rechte für Muslime

1952 Antimuslimische Rassismus ist zentraler Bestandteil von Hetze und Mobilisierung extrem rechter
 1953 Parteien in ganz Europa geworden. Auch der Grundrechte-Bericht der Agentur der Europäischen Union
 1954 für Grundrechte 2018 kritisiert die Diskriminierung auch im staatlichen Handeln. DIE LINKE verteidigt
 1955 die Freiheit der Gedanken, des Gewissens und Glaubens. Wir stellen uns dem antimuslimischen
 1956 Rassismus entgegen. Gegen einen vermeintlichen »Kampf der Kulturen« (Samuel Huntington) oder
 1957 eine »feindliche Übernahme« (Thilo Sarrazin) unterstützen wir den Einsatz von Menschen unterschied-
 1958 licher Herkunft, Weltanschauungen und Religionen für globale soziale Gerechtigkeit, Demokratie und
 1959 Frieden. Gegen Islamfeinde und Rassisten sagen wir: Der Islam gehört zu Europa. Wir wollen die
 1960 Selbstorganisation der Muslime fördern.

- 1961 – Wir brauchen kostenlose und diskriminierungsfreie Bildungs- und Ausbildungsangebote, die über
- 1962 die antimuslimische Hetze der Rechten und Religionen in ihrer Vielfalt aufklären.
- 1963 – Wir unterstützen gemeinsam mit unseren Bündnispartnern Proteste auf der Straße gegen antimus-
- 1964 limischen Rassismus und rechte Angriffe auf Moscheen.
- 1965 – Wir lehnen jegliche Form von Diskriminierung von Muslimen ab, auch Verbote bestimmter
- 1966 Kleidungsstücke.
- 1967 – Wir werden im europäischen Parlament Vorschläge einbringen, um gleiche Rechte für Muslime
- 1968 durchzusetzen und die Diskriminierung europaweit zu unterbinden.

1969 Antisemitismus entgegentreten

1970 Europaweit nehmen antisemitische Gewalt- und Hassverbrechen zu. Antisemitismus ist keineswegs
 1971 ein importiertes Problem: Er ist in allen Gesellschaftsschichten und politischen Richtungen vertreten,
 1972 aber in einem Lager deutlich am stärksten: unter Rechtsradikalen. Wir stellen uns daher auch gegen
 1973 rechtspopulistische Versuche, Musliminnen und Muslime gegen Jüdinnen und Juden auszuspielen.

1974 Um Antisemitismus zurückzudrängen, brauchen wir Bildung über die Verbrechen des Faschismus als
 1975 auch über antisemitische Bilder in der heutigen Gesellschaft. Wir treten für die Förderung interreligiö-
 1976 ser Vernetzung und Bildung ein.

1977 DIE LINKE steht konsequent gegen Antisemitismus und damit gegen »eine bestimmte Wahrnehmung
 1978 von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in
 1979 Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie
 1980 gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.«

1981 Gleiche Rechte für Sinti und Roma

1982 Sinti und Roma sind die größte ethnische Minderheit in Europa. Sie sind in einem höheren Maße von
 1983 Diskriminierung und Verfolgung, Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen, werden infolge der
 1984 neoliberalen Anpassungsprogramme immer weiter ins Elend gedrängt. Pogrome gegen einheimische
 1985 und zugewanderte Roma wie in Italien 2007, Frankreich 2010 und zuletzt in der Ukraine 2018 sind
 1986 Ergebnis von Hetze und Sündenbockpolitik. EU-Regierungen führen davon unbeeindruckt Massenab-
 1987 schiebungen durch, anstatt sich für die Sicherheit und Gleichberechtigung der Roma in ganz Europa
 1988 einzusetzen. Gegen die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn wurden seit 2014 EU-
 1989 Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil sie Kinder in Sonderschulen abschieben. Die Lage der
 1990 Sinti und Roma in der EU hat sich in den letzten Jahren weiter verschlechtert, weil die EU-Instrumente

- 1991 unzureichend adressiert sind, weil viel zu wenig Geld dafür zur Verfügung gestellt wird und weil die EU-Mitgliedsstaaten nicht verpflichtet werden, die Richtlinien und Gesetze umzusetzen.
- 1992
- 1993 – Wir wollen die Selbstorganisation und die öffentliche Unterstützung der Sinti und Roma fördern.
- 1994 – Die Programme zur Verbesserung der Lage der Roma sollen auf Dauer gestellt und finanziell abgesichert werden. Die gezielte Förderung benachteiligter Roma nach dem Prinzip »explizit aber nicht exklusiv« soll in allen Mitgliedsländern als Förderansatz verbindlich und verpflichtend erklärt werden.
- 1995
- 1996
- 1997
- 1998 – Über die Teilhabe von Roma an der Geschichte und Kultur Europas und über Antiziganismus soll in allen EU-Ländern in Schulen, Ausbildungseinrichtungen und Universitäten informiert, geforscht und gelehrt werden.
- 1999
- 2000
- 2001 – Sinti und Roma haben das Recht, die Freizügigkeitsregelungen in der EU wie in Deutschland in Anspruch zu nehmen. Diskriminierende Sonderregelungen sind abzuschaffen.
- 2002
- 2003 – Sinti und Roma darf nicht das Recht auf Asyl entzogen werden, indem potenziellen Beitrittskandidaten der EU Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden.
- 2004
- 2005
- 2006 – Keine Abschiebungen von Sinti und Roma in Staaten, in denen sie diskriminiert und verfolgt werden.
- 2007
- 2008 – Symbolische Erklärungen des EU-Parlaments reichen nicht! Nötig sind Sanktionen gegen Länder, in denen Roma diskriminiert werden.
- 2009

2010 »Wenn wir streiken, steht die Welt still«: LINKER Feminismus

- 2011 Die Rechten greifen weltweit Rechte von Frauen, Migrantinnen, Homosexuellen und Trans* Menschen an. Sie wollen gesellschaftlichen Rückschritt und die erkämpften Rechte von Frauen beschneiden – in einigen europäischen Ländern geschieht das bereits. Die LINKE steht für das Gegenteil ein: Wir unterstützen den Kampf für gleiche Rechte, sexuelle Selbstbestimmung, gegen Sexismus – und für soziale Gleichheit. Wir stehen für einen »Feminismus der 99 Prozent«, der Gleichheit und Emanzipation für alle Frauen erkämpfen, die Lebensbedingungen aller Frauen verbessern, und die Gesellschaft demokratischer gestalten will. Das geht nur im Konflikt mit den Reichen und Mächtigen und dem Anti-Feminismus von rechts.
- 2012
- 2013
- 2014
- 2015
- 2016
- 2017
- 2018
- 2019 Frauen werden immer noch schlechter bezahlt als Männer, sie sind stärker von Altersarmut und prekärer Arbeit, aber auch von Sexismus und sexualisierter Gewalt betroffen. Die neoliberale Politik in der EU hat Millionen Frauen in die Armut gestürzt, sie hat zu Erwerbslosigkeit, mangelnder Gesundheitsversorgung und zunehmender Gewalt gegen Frauen und Migrantinnen geführt.
- 2020
- 2021
- 2022
- 2023 Gleichzeitig ist auch die feministische Bewegung stärker geworden. In Spanien waren am 8. März 2018 fünf Millionen Frauen auf der Straße, in Polen haben sie gegen die Verschärfung der Abtreibungsgesetze gestreikt, in Irland das Abtreibungsverbot gekippt, auch in Deutschland werden feministische Proteste wie am 8. März stärker. Europaweit vernetzen sich Frauen für einen internationalen Frauenstreik. Wir unterstützen diese grenzenlosen feministische Kämpfe!
- 2024
- 2025
- 2026
- 2027
- 2028 – Wir setzen uns dafür ein, dass alle Frauen in der EU sozial abgesichert werden. Nur so ist ein selbstbestimmteres Leben möglich.
- 2029
- 2030 – Wir wollen europaweit die Lohndiskriminierung von Frauen überwinden. Europaweit muss gelten: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.
- 2031
- 2032 – Wir streiten für eine Aufwertung von Berufen etwa in der Pflege, Erziehung und im Einzelhandel, in denen vor allem von Frauen arbeiten und die häufig schlecht bezahlt werden.
- 2033
- 2034 – Die Gesundheitsversorgung muss insbesondere für Frauen verbessert werden. Alle Frauen müssen Anspruch auf die notwendige ambulante und stationäre medizinische Versorgung bei Krankheit und Schwangerschaft sowie auf die jeweilig notwendigen Vor- und Nachsorgemaßnahmen haben. Dafür wollen wir verbindliche Mindeststandards und stärkere Förderung unabhängiger Frauengesundheitseinrichtungen und –initiativen durch die EU.
- 2035
- 2036
- 2037
- 2038

- 2039 – Von Flucht und Vertreibung sind weltweit in besonderem Maße Frauen betroffen. Geschlechtsspe-
- 2040 zifische Verfolgung und Gewalt, auch Verfolgung aufgrund von sexueller Identität müssen als
- 2041 Asylgrund anerkannt werden.
- 2042 – Traumatisierte, geschundene, vergewaltigte Frauen aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten müssen
- 2043 ein den Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufgenommen und betreut werden.
- 2044 – Wir wollen eine bedürfnisorientierte Unterbringung und ausreichend Schutzräume für geflüchtete
- 2045 Frauen und ihre Kinder sowie für Lesben, Schwule und Trans* Menschen. Das Personal in den
- 2046 Unterkünften muss entsprechend besser geschult werden. Initiativen geflüchteter Frauen, Lesben,
- 2047 Schwulen, Trans* und intergeschlechtlichen wollen wir stärken.
- 2048 – Reproduktive Rechte stärken: In Irland und Polen gab es erfolgreiche Bewegungen gegen die
- 2049 Einschränkung des Abtreibungsrechts. Der Kampf um reproduktive Rechte muss in ganz Europa
- 2050 geführt werden. Auch in Deutschland ist noch viel zu tun, wie etwa der Prozess gegen die Ärztin
- 2051 Kristina Hänel gezeigt hat. Wir fordern die Streichung der Paragraphen 218 und 219 aus dem
- 2052 Strafgesetzbuch.
- 2053 – Hygieneartikel sind kein Luxus: Für Tampons und Binden gilt in Deutschland eine Mehrwertsteuer
- 2054 von 19 Prozent. Damit werden sie nicht als Dinge des täglichen Bedarfs behandelt, für die die
- 2055 vergünstigte Steuer von 7 Prozent gilt. Dabei ist die Periode kein Luxus. Wir fordern die Absenkung
- 2056 auf 7 Prozent. In Frankreich, Großbritannien und Spanien wurde die Steuer bereits gesenkt. Per-
- 2057 spektivisch soll die Steuer europaweit an den niedrigsten Satz angeglichen werden.
- 2058 – Sexismus überwinden. #metoo hat gezeigt, wie viel noch getan werden muss. Um Sexismus im
- 2059 Alltag zurückzudrängen wollen wir die Rechte von Frauen am Arbeitsplatz stärken, unbefristete
- 2060 Arbeitsverträge und verbindliche Anti-Diskriminierungsregelungen müssen in allen EU-Staaten zur
- 2061 Regel werden. Wir fordern ein EU-weites Förderprogramm für Bildungsarbeit gegen Sexismus,
- 2062 Homo- und Transfeindlichkeit, das Initiativen von Betroffenen stärkt und schulische wie außerschu-
- 2063 lische Bildungsarbeit fördert.
- 2064 – Wir wollen die Rechte von Sexarbeiterinnen und -arbeitern stärken.
- 2065 – DIE LINKE will Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution besser schützen. Solange die
- 2066 Betroffenen keinen sicheren und eigenständigen Aufenthaltsstatus erhalten, sind die Täter durch
- 2067 die Angst der Opfer geschützt. Aufenthaltstitel, Schutz und Entschädigung müssen unabhängig von
- 2068 der Bereitschaft der Opfer, als Zeugin oder Zeuge in einem Strafverfahren auszusagen, gewährt
- 2069 werden. Für die Betroffenen fordern wir Therapiemittel, medizinische sowie psychologische Be-
- 2070 treuung, Rechtsbeistand und Rechtshilfe, Zugang zu sozialen Leistungen und Bildungsangebote.

2071 Sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung

2072 Vielfalt ist für uns kein Lippenbekenntnis, sondern eine Selbstverständlichkeit. Der Kampf für die

2073 Menschenrechte und gegen Diskriminierung von homosexuellen, trans* und intergeschlechtlichen

2074 Menschen ist gerade angesichts des Aufschwungs rechter Kräfte zentral. Wir wollen, dass vielfältige

2075 Lebensweisen rechtlich gleichgestellt werden und setzen uns für ihre gesellschaftliche Akzeptanz und

2076 für soziale Gleichheit in den Lebensbedingungen ein. Dazu gehört, die Ungleichbehandlung von

2077 eingetragenen Lebenspartnerschaften in Europa zu überwinden.

- 2078 – Wir unterstützen Trans* Menschen in ihrem Kampf für das Recht auf selbstbestimmte Geschlechts-
- 2079 identität. Das beginnt damit, Trans* Identitäten nicht mehr als Krankheit zu betrachten, die geheilt
- 2080 werden muss. Das Transsexuellengesetz muss als Sondergesetz aufgehoben und in bestehendes
- 2081 Recht integriert werden.
- 2082 – Wir fordern Beratungs- und Aufklärungszentren für Betroffene und deren Angehörige sowie einen
- 2083 Entschädigungsfond für Intersexuelle, denen durch geschlechtsangleichende Operationen erhebliches
- 2084 Leid widerfahren ist.
- 2085 – Wir wollen den Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der geschlechtlichen Identität, sexuellen
- 2086 Orientierung und Lebensweise in Artikel 3 des Grundgesetzes und in das Antidiskriminierungsge-
- 2087 setz aufnehmen. Um dieses erweiterte Grundrecht zu garantieren, braucht es Antidiskriminie-
- 2088 rungsstellen, ein echtes Klagerecht für Verbände im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz sowie
- 2089 dessen EU-rechtskonforme Ausgestaltung.

- 2090 – Die Unrechtsurteile der nach §175 StGB in der BRD und DDR verfolgten Homosexuellen und
2091 Trans* Menschen müssen aufgehoben werden! Die Betroffenen müssen vollständig rehabilitiert und
2092 entschädigt werden.
2093 – Schutz- und Hilfseinrichtungen sollen einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich finanziert
2094 sowie barrierefrei werden.

2095 Für ein inklusives Europa

- 2096 DIE LINKE tritt für eine volle und wirksame Teilhabe aller Menschen mit Behinderungen ein. Wir wollen
2097 Barrieren abbauen – bauliche, kommunikative und strukturelle – und Menschen mit Behinderungen
2098 eine unabhängige Lebensführung erleichtern.
- 2099 Doch Inklusion geht weit darüber hinaus. Inklusion ist Menschenrecht: Sie eröffnet allen Menschen
2100 die Möglichkeit, überall im politischen, sozialen und kulturellen Leben nicht nur dabei zu sein, sondern
2101 es auch selbstbestimmt aktiv gestalten zu können. Doppelstrukturen in Bildung, Wohnen und Arbeit
2102 wollen wir europaweit auflösen. Für Menschen mit Behinderungen gibt es besonders viele Diskriminie-
2103 rungen und strukturelle Zugangsbeschränkungen: auf dem Arbeitsmarkt, im Sozialraum, im Verkehr, in
2104 der Bildung und in der ehrenamtlichen und politischen Betätigung. Das wollen wir ändern.
- 2105 – Die Behindertenrechtskonvention der UNO wurde bislang von der Bundesrepublik und fünf
2106 weiteren europäischen Staaten nicht vollständig ratifiziert. Das muss umgehend nachgeholt und
2107 die Konvention umgesetzt werden.
- 2108 – Die Bestimmungen zum Wahlrecht, Volksentscheide und Volksbegehren müssen für alle gelten, die
2109 ihren Lebensmittelpunkt in einem EU-Mitgliedstaat haben. Das gilt auch für Menschen mit Behin-
2110 derung, die unter Betreuung stehen.
- 2111 – Wir setzen uns dafür ein, dass alle rechtlichen Diskriminierungen von Menschen mit Behinderun-
2112 gen aufgehoben werden, insbesondere psychiatrische Sondergesetze und ärztliche oder betreu-
2113 ungsrechtliche Zwangsbefugnisse.
- 2114 – Menschen mit Behinderungen und ihre Selbstvertretungsorganisationen benötigen Unterstützung.
2115 Das beinhaltet vor allem die Förderung unabhängiger Beratung durch Expertinnen und Experten in
2116 eigener Sache, von Initiativen und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen.

2117 10. Information, Bildung und Kultur: demokratisch!

2118 Die Privatisierung und Kommerzialisierung von immer mehr privaten TV- und Radio-Sendern und
2119 Online-Angeboten folgt den Relevanzkriterien der Werbewirtschaft oder den Vermarktungsstrategien
2120 der Medienkonzerne. Sie zerstört die Vielfalt der Informationen. In einigen Ländern der Europäischen
2121 Union entscheiden rechtsextreme Parteien über Wissenschaft und Bildung und produzieren sie Fake-
2122 News, wie über den UN-Migrationspakt. In Ungarn sind die staatlichen Medien bereits seit Jahren
2123 unter Kontrolle der Regierung.

2124 In Deutschland versucht die AfD die demokratische Öffentlichkeit mundtot zu machen. Sie klagt
2125 gegen Bildungsvereine wie Miteinander e.V. in Magdeburg, richtet Internetpranger ein, um kritische
2126 Lehrer und Lehrerinnen einzuschüchtern. Der Bundeszentrale für politische Bildung und dem
2127 öffentlich-rechtlichen Rundfunk sollen die Gelder gestrichen werden. Politische Recherche, Bildung
2128 und Medien will sie privatisieren, damit nur noch die reichsten Unternehmen und Menschen die
2129 Debatte bestimmen. DIE LINKE setzt sich dagegen für eine vielfältige und reiche, streitfähige und
2130 streitbare demokratische Öffentlichkeit ein, die die bundesdeutsche Gesellschaft und Europa
2131 zusammenführt.

2132 Freier Zugang zu Wissen und Informationen

2133 Die EU-Urheberrechtsreform, die 2014 mit dem Anspruch gestartet ist, ein zeitgemäßes und einheitli-
2134 ches europäisches Urheberrecht zu schaffen, ist gescheitert. Die Verpflichtung zu Upload-Filtern und
2135 die Beschränkung von Verlinkungen durch das Leistungsschutzrecht für Presseverlage bedrohen die
2136 Meinungsfreiheit im Internet.

- 2137 – Die LINKE fordert einen Neustart für ein modernes und gerechtes Urheberrecht, das Nutzungen
2138 grenzüberschreitend regelt.
- 2139 – Die LINKE setzt sich für den freien Zugang zu Wissen ein, das durch die öffentliche Hand oder mit
2140 öffentlichen Mitteln geschaffen wird.
- 2141 – Wir wollen die Position der Kreativen gegenüber den Verwertern ihrer Leistungen deutlich
2142 stärken, ihre gerechte Vergütung und gute Arbeitsbedingungen absichern.
- 2143 – Unser Ziel ist eine Kultur des Teilens und den freien Zugang zu und Umgang mit Wissen und Kultur
2144 absichern – dazu gehören eine weitgehende Fair-Use-Regelung, eine Verkürzung der Schutzfristen
2145 und Schrankenregelungen für Wissenschaft und Bildung.
- 2146 2015 wurde eine europäische Verordnung zur Netzneutralität verabschiedet. Internetunternehmen
2147 europaweit unterlaufen sie weitgehend straffrei.
- 2148 – Wir kämpfen für eine tatsächlich wirksame gesetzliche Absicherung der Netzneutralität. Um diese
2149 abzusichern, sollen die Infrastruktur und Netze der Telekommunikation in öffentliches und ge-
2150 meinwirtschaftliches Eigentum überführt werden.

2151 Cybersicherheit

- 2152 Cybersicherheit betrifft das Grundrecht auf Sicherheit online, Vertraulichkeit und Verfügbarkeit
2153 informationstechnischer Systeme. Sie sind ein schützenswertes Gut. Wir wollen Sicherheitszertifikate
2154 verbindlich vorschreiben, die unabhängig von der Industrie entwickelt werden und deren Einhaltung
2155 Voraussetzung für den Zugang zum EU-Markt sind. Zugleich müssen die Gewährleistungspflichten der
2156 Unternehmen für ihre Produkte ausgebaut werden. Die Entwicklung eigener, offensiver Fähigkeiten für
2157 den »cyber-war« lehnen wir ab.
- 2158 – Statt über Forschungsförderungsprogramme und EU-NATO-Strukturen Milliarden Euro in digitale
2159 Waffen zu stecken, sollen diese Mittel für die Förderung von Open-Source-Software aufgewendet
2160 werden.
- 2161 – Wir fordern demokratiekonforme Verfahren zur Sicherung personenbezogener Daten statt
2162 marktconformer Verfahren zur Aushöhlung dieses Grundrechts.
- 2163 – Ohne unabhängige Sicherheitszertifikate und Gewährleistungsverpflichtungen für die Unternehmen
2164 kein Zugang zum EU-Markt.

2165 Bildung für ein anderes Europa

- 2166 Gerne rufen Regierungsvertreter nach qualifiziertem Personal oder malen die Gefahr eines Fachkräf-
2167 temangels an die Wand. Im Dezember 2017 hat die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren
2168 u.a. gegen Deutschland eingeleitet, weil Berufsqualifikationen von Fachkräften aus anderen EU-
2169 Mitgliedstaaten nicht anerkannt werden, obwohl das zugleich Verbraucher wie die Bürgerinnen und
2170 Bürger besser schützen würde.
- 2171 Gute Bildung ist ein Menschenrecht – für alle Menschen, unabhängig von ihren individuellen Voraus-
2172 setzungen und ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft. Wir wehren uns dagegen, Bildung auf ihre
2173 Verwertbarkeit für den ökonomischen Profit zu reduzieren. Die EU hat in den vergangenen Jahren die
2174 »Beschäftigungsfähigkeit« der Absolventinnen und Absolventen in den Mittelpunkt ihrer Bildungspolitik
2175 gestellt. Mit »lebenslangem Lernen« wurde vor allem die Aufforderung verknüpft, dass die Beschäftig-
2176 ten ihre Kenntnisse und Fähigkeiten möglichst flexibel dem sich wandelnden europäischen Arbeits-
2177 markt anpassen sollen. Damit muss Schluss sein. Die frühe Zuteilung von Bildungschancen muss
2178 überwunden werden. Es müssen ausreichend gute Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden –
2179 das gilt auch für alle Menschen mit Behinderung. In diesem Sinne ist eine inklusive Bildung in allen
2180 Mitgliedstaaten durchzusetzen.
- 2181 Im neuen mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 sollen zwar Programmflaggschiffe wie das Pro-
2182 gramm Erasmus+ verdreifacht werden, die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und die
2183 Unterstützung von KMU im Rahmen des Programms COSME, die auch Weiterbildungsanteile enthal-

2184 ten, werden verdoppelt. Doch diese Planungen verändern nicht die Fehlsteuerungen im bildungspoliti-
2185 schen Ansatz der EU. Denn letztlich geht es immer nur um eines: »Vorteile(n) durch mehr Wettbe-
2186 werbsfähigkeit in und durch den EU-Binnenmarkt«. Diese Orientierung untergräbt humanistische und
2187 inklusive Bildungskonzepte. Damit einher geht auch eine völlige politische Verantwortungslosigkeit
2188 gegenüber demokratischen Reformen in Bildungseinrichtungen, die Mitsprache von Studierenden und
2189 Auszubildenden sichert sowie geschlechtergerechte Bildungs- und Lehrangebote jenseits von
2190 Absichtserklärungen realisiert.

2191 Ein demokratisches Europa braucht gute und demokratische Bildungssysteme. Die Abschaffung der
2192 seit 2005 eingeführten Studiengebühren durch die Studierendenbewegung, in einigen Bundesländern
2193 auch auf Druck unserer Landtagsfraktionen, war ein Erfolg. DIE LINKE tritt für ein Umsteuern in der
2194 europäischen Bildungspolitik ein. Die Privatisierung von Bildungseinrichtungen muss gestoppt werden.
2195 Es darf nicht nur darum gehen, eine kleine europäische Bildungselite herauszubilden. Alle Programme
2196 müssen stärker für Interessenten mit Behinderungen und andere benachteiligte Gruppen ausgelegt
2197 werden.

- 2198 – DIE LINKE tritt gegen Privatisierungen im Bildungsbereich ein. Public Private Partnerships in
2199 Schulen und Hochschulen öffnen Profitinteressen Tür und Tor und gefährden demokratische Mit-
2200 bestimmung in den Bildungseinrichtungen.
- 2201 – Die Dienstleistungsrichtlinie der EU hat den Privatisierungsdruck auf die sogenannten Bildungs-
2202 dienstleistungen erhöht, wir haben sie deshalb abgelehnt. Bildung ist ein öffentliches Gut und muss
2203 in öffentlicher Verantwortung gestaltet und solidarisch finanziert werden.

2204 Die Einführung der Bachelor- und Master-Abschlüsse im Zuge der Bologna-Reform hat die Studiengän-
2205 ge zusätzlich verschult: Studieren wird von Zeitdruck und Prüfungsstress bestimmt.

- 2206 – Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen zu Hochschulen müssen überwunden werden. Die
2207 Zugangsmöglichkeiten für Menschen ohne Abitur müssen EU-weit verbessert werden. Auch der
2208 Zugang zum Master muss zulassungsfrei sein.
- 2209 – Wir fordern die Reform des Bologna-Systems. Hochschulen sind mehr als Einrichtungen zur
2210 Arbeitsmarktbefähigung, wie sie im Bologna-Prozess verstanden wurden. Hochschulen müssen
2211 europaweit als offene, soziale und demokratische Einrichtungen gestaltet und verstanden werden,
2212 an denen Lehre und Forschung sich frei und unabhängig von Markt und Profit, aber in gesellschaft-
2213 licher Verantwortung entwickeln können. Das bedeutet weg von repressiven Studienordnungen hin
2214 zu einem selbstbestimmten, interdisziplinären und kritischen Studieren. Die Promotion sehen wir
2215 nicht als Studienphase, sondern als erste Etappe wissenschaftlicher Berufsausübung.
- 2216 – Die EU darf nicht länger für Studiengebühren werben, sondern muss sich für die Umsetzung des
2217 UN-Sozialpakts stark machen: Dort steht das Recht auf Bildung im Mittelpunkt, und alle Unter-
2218 zeichnerstaaten haben sich verpflichtet, Studiengebühren abzuschaffen. Das bedeutet auch ein
2219 Ende der Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Ländern.
- 2220 – Wir wollen, dass Lehrende und Lernende sich über die Landesgrenzen hinweg austauschen. Damit
2221 sich nicht nur Jugendliche aus finanzstarken Elternhäusern während der Ausbildung einen Aus-
2222 landsaufenthalt leisten können, müssen die Förderprogramme der EU ausgebaut und gerade für
2223 finanziell Schwächere attraktiver gemacht werden.
- 2224 – Berufsbildung: Humanisierung der Arbeit, Demokratisierung und Partizipation sowie Emanzipation
2225 müssen Leitziele der allgemeinen und beruflichen Bildung sein. Die EU-Bildungspolitik darf nicht
2226 nur auf ihre Passgenauigkeit für Arbeitsmärkte orientieren.

2227 Wissenschaft und Innovation für den sozial-ökologischen Umbau Europas

2228 Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen können und sollen eine kritische Perspektive auf die
2229 europäische Gesellschaft einnehmen und zur Überwindung der ökonomischen und sozialen Krise
2230 beitragen.

- 2231 – Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften will DIE LINKE verstärkt fördern.

- 2232 – Wir fordern eine europäische Open-Access-Initiative. Das europäische Urheberrecht soll wissen-
2233 schaftsfreundlich gestaltet werden. Der Wissenstransfer in ärmere Regionen innerhalb und außer-
2234 halb Europas soll ausgebaut werden – etwa durch offene Publikationsformen und Datenbestände,
2235 aber auch eine sozial verantwortliche Lizenzierungspolitik. Um der Monopolstellung und dem
2236 Profitstreben einiger Wissenschaftsverlage entgegenzuwirken, wollen wir auf europäischer Ebene
2237 eine öffentliche geförderte Open-Access-Plattform schaffen, damit öffentliche Publikationen unab-
2238 hängig von Verlags- und Lizenzstrukturen gelingen können.
- 2239 – Die Gleichstellung der Geschlechter in Europas Wissenschaftseinrichtungen wollen wir durch klare
2240 Förderkriterien und geschlechtergerechte Arbeitsbedingungen voranbringen.
- 2241 – Wir wollen den Europäischen Forschungsraum (EFR) stärken und den Austausch von Wissenschaft-
2242 lerinnen und Wissenschaftlern fördern. Die Rahmenbedingungen wie etwa Sozial- und Altersver-
2243 sorgungssysteme müssen auf diese Mobilität besser eingestellt werden. DIE LINKE fordert, die
2244 Europäische Charta für Forscher endlich verbindlich auszugestalten und gute Arbeit in der Wissen-
2245 schaft zu fördern.
- 2246 – Die Europäische Forschungsförderung muss mehr an den Herausforderungen der Gesellschaft statt
2247 an den Interessen der Industrie ausgerichtet werden: sozial-ökologischer Umbau, die Umstellung
2248 der Energie auf zukunftsfähige Energieträger, Ausstieg aus der Atomenergieforschung und dem
2249 Fusionsprojekt ITER. Große Unternehmen und ihre Verbände haben zu viel Einfluss auf die Ausrich-
2250 tung der Forschungs- und Innovationsförderung.
- 2251 – Wir wollen, dass soziale Innovationen und Dienstleistungen stärker verankert werden. Die
2252 Förderung von Rüstungs- und Überwachungstechnologien wollen wir ausschließen.
- 2253 – Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses will DIE LINKE im Rahmen geeigneter
2254 Instrumente wie der Marie-Curie-Programme und des Europäischen Forschungsrates ausweiten.
2255 Dabei wollen wir sozialversicherungspflichtige Stellen statt Stipendien zur Grundregel machen. Wir
2256 wollen ein europäisches Förder- und Stipendienprogramm, das geflüchteten Wissenschaftlerinnen
2257 und Wissenschaftlern z.B. aus der Türkei die Möglichkeit gibt, an Hochschulen in der EU ihre Lehr-
2258 und Forschungstätigkeit fortzusetzen.

2259 Kulturelle Vielfalt in Europa

- 2260 Wir wollen die Bedingungen dafür verbessern, dass alle Menschen am kulturellen Leben teilhaben
2261 können. Ohne Kultur verliert Europa an Bedeutung! DIE LINKE will eine demokratische, soziale und
2262 vielfältige Kulturpolitik auf europäischer Ebene mit einer starken Finanzierungsbasis. Kürzungen der
2263 Kulturförderung, Schließungen oder Privatisierungen von öffentlichen Einrichtungen und ein massiver
2264 Personalabbau haben den öffentlichen Kultursektor in ganz Europa geschwächt.
- 2265 Kultur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Insbesondere seit der Finanz- und Wirtschaftskrise
2266 steht aber vor allem die wirtschaftliche Wettbewerbsförderung im Vordergrund.
- 2267 Die Kultur- und Kreativindustrie wächst, aber die Löhne und Honorare sind schlecht. Wir fordern ein
2268 »fair work Siegel« für Kulturprodukte, damit für Selbstständige wie Angestellte in der Kultur- und
2269 Kreativindustrie Mindeststandards einer fairen Arbeitswelt nachgewiesen werden müssen.
- 2270 – Kultur ist mehr als eine Ware und kann nicht allein nach marktwirtschaftlichen Kriterien bewertet
2271 werden. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, den Doppelcharakter von Kulturgütern anzuerkennen,
2272 so wie er in der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt festgeschrieben ist. Wir lehnen die
2273 Liberalisierung kultureller Dienstleistungen ab; sie folgt allein Profitinteressen.
- 2274 Der Ausbau öffentlicher europäischer Kulturinstitutionen, Filmarchive, Möglichkeiten der Fernleihe von
2275 Büchern und Medien, die digitale Ausstattung und die Zugänge zu Gedächtnisinstitutionen sind noch
2276 unzureichend. Die EU soll mit ihren eigenen Förderprogrammen Impulse für eine gute Kultur-
2277 Infrastruktur liefern, statt einseitig die Kultur- und Kreativindustrie zu fördern.

2278 11. Europa nicht den Rechten und den Neoliberalen überlassen

2279 Entweder Europa wird sozial, entweder es gibt einen neuen, gerechten Anlauf oder es geht nach
2280 rechts, in Richtung eines autoritären Kapitalismus. Wir wissen: Europa geht anders, geht gerecht,
2281 sozial, menschlich, umweltfreundlich, demokratisch, friedlich, ohne Aufrüstung und Interventionsar-
2282 mee. Wir wissen, wir sind nicht allein. Es gibt das andere Europa nicht nur als ferne Vision, es gibt
2283 schon heute das Europa von unten. In diesem Europa organisieren sich Beschäftigte der transnationa-
2284 len Konzerne und kämpfen gemeinsam für ein besseres Leben. In diesem Europa reichen die
2285 Menschen den Geflüchteten die Hände und helfen ihnen in Sicherheit. In diesem Europa stehen
2286 Frauen auf und sagen: Ohne uns steht Europa still. Dafür kämpfen wir in Deutschland und in Europa
2287 gemeinsam mit unserer Fraktion im EU-Parlament sowie unseren Schwesterparteien in der Europäi-
2288 schen Linken (EL).

2289 DIE LINKE tritt an für ein Europa, in dem die Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht die Profite der
2290 wenigen.

2291 DIE LINKE tritt an für ein Europa der Solidarität, der Menschenwürde und des Friedens.

2292 DIE LINKE tritt an weil sie weiß: nur wenn wir Europa radikal verändern, wird es bleiben.

2293 Wir kämpfen in den Parlamenten und auf der Straße, in Regierungen und in den Betrieben, in Europa,
2294 im Bund, den Ländern und den Kommunen. Außerparlamentarische Bewegungen sind ein wichtiger
2295 Motor linker Politik. Wir werden es nicht allein schaffen, Politik und Gesellschaft eine neue Richtung
2296 zu geben. Wir wissen um die Notwendigkeit von Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbänden
2297 und engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Stimmen wir nicht nur ab, erheben wir unsere Stimme! Es
2298 gibt viel Wut und Empörung in der EU – zu Recht. Vieles läuft falsch. Die gute Nachricht: Es muss nicht
2299 so bleiben.

2300 Für ein solidarisches Europa der Millionen, gegen eine Europäische Union der Millionäre.

